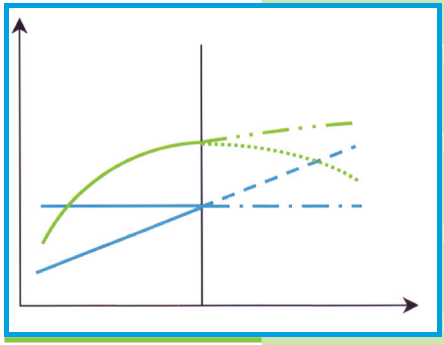
Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Migration und demographischer Wandel

Forschungsbericht 5



www.bamf.de

Forschungsbericht
ungsbericht
ungsbericht
ungsbericht
ungsbericht
Forschungsbericht
Forschungsbericht
Forschungsbericht
Forschungsbericht

Peter Schimany

Migration und demographischer Wandel

Inhaltsübersicht

Vorwort

Einführung

1 Begriffserläuterungen

2 Ursachen des demographischen Wandels

3 Bevölkerungsentwicklung

4 Bevölkerungsvorausberechnungen

5 Migrationspotenziale nach Deutschland

Literatur

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 14

Einführung 16

1 **Begriffserläuterungen** 20
1.1 Mortalität 20
1.2 Fertilität 21
1.3 Migration 23
1.3.1 Begriffe 23
1.3.2 Migrationsstatus 25
1.3.3 Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund 28
1.3.4 Erfassung und Maßzahlen von Wanderungen 34
1.3.5 Einfluss der Migration auf die Bevölkerungsalterung 38
1.4 Alterung 39

2 **Ursachen des demographischen Wandels** 41

3 **Bevölkerungsentwicklung** 44
3.1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 44
3.1.1 Trends der Geburtenentwicklung 44
3.1.2 Entwicklung der Lebenserwartung 48
3.1.3 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung 51
3.1.4 Wanderungen 55

3.1.4.1 Definitionen und Datenquellen 55
3.1.4.2 Migrationsgeschehen 59
3.1.4.3 Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern 62
3.1.4.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit 67
3.1.4.5 Alters- und Geschlechtsstruktur von Migranten 70
3.2 Bevölkerungsentwicklung in Europa 73
3.2.1 Entwicklung der Bevölkerung 73
3.2.2 Geburtenentwicklung 76
3.2.3 Entwicklung der Lebenserwartung 79
3.2.4 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung 81
3.2.5 Entwicklung der Wanderungen 83
3.2.5.1 Vergleichbarkeit des Migrationsgeschehens 83
3.2.5.2 Zu- und Abwanderungen 85
3.3 Entwicklung der Weltbevölkerung 93
3.3.1 Bevölkerungsentwicklung in globaler Perspektive 93
3.3.2 Geburtenentwicklung 95
3.3.3 Entwicklung der Lebenserwartung 98
3.3.4 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung 100
3.3.5 Internationale Wanderungen 103

4 Bevölkerungsvorausberechnungen 113
4.1 Aussagekraft von Bevölkerungsvorausberechnungen 113
4.2 Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2050 117
4.2.1 Annahmen 117
4.2.2 Ergebnisse 120
4.2.3 Zusammenfassung 126
4.3 Bevölkerungsvorausschätzungen für die Europäische Union bis 2050 127

4.3.1 Annahmen 128
4.3.2 Ergebnisse 130
4.3.3 Unterschiede zwischen den Ländern 136

4.4 Schätzungen der Weltbevölkerung bis 2050 141
4.4.1 Grundlagen und Annahmen der Vorausberechnungen 141
4.4.2 Entwicklung der Bevölkerung nach Weltregionen 144
4.4.3 Geburtenentwicklung 146
4.4.4 Entwicklung der Lebenserwartung 148
4.4.5 Bevölkerungsalterung 150
4.4.6 Internationale Wanderungen 154
4.4.7 Globale Entwicklungstrends 158

5 Migrationspotenziale nach Deutschland 163
5.1 Entwicklung des bisherigen Wanderungsgeschehens 163
5.2 Einschätzung der künftigen Wanderungsentwicklung 165
5.3 Annahmen zur künftigen Wanderungsentwicklung 169

Literatur 173

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung	1	Klassifikation der Bevölkerung nach Migrationsstatus
Abbildung	2	Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland 2005
Abbildung	3	Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2005
Abbildung	4	Modell des demographischen Überganges
Abbildung	5	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland
Abbildung	6	Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland 1991-2006
Abbildung		Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland 2006
Abbildung	8	Zuzüge nach den häufigsten Herkunftsländern 2006
Abbildung	9	Fortzüge nach den häufigsten Zielländern 2006
Abbildung	10	Zu- und Fortzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern 2006
Abbildung	11	Zu- und Fortzüge nach Gesamtbevölkerung und Altersgruppen 2006
Abbildung	12	Frauenanteile bei den Zu- und Fortzügen 1974-2006
Abbildung	13	Komponenten des Bevölkerungswachstums in der EU-25 1960-2004
Abbildung	14	Wachstumsrate der Bevölkerung in den Ländern der EU-25 2004
Abbildung	15	Zusammengefasste Geburtenziffer in der EU-25 1980-2004
Abbildung	16	Lebenserwartung bei der Geburt für Männer und Frauen in der EU-25 1980-2004
Abbildung	17	Jugend- und Altenquotient in der EU-25 1960-2005
Abbildung	18	Wanderungssaldo in der EU-25 1960-2004

Abbildung	19	Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz 2005
Abbildung	20	Zu- und Abwanderung pro 1.000 Einwohner in ausgewählten EU-Ländern 2004
Abbildung	21	Kumulierte Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz 1996-2005
Abbildung	22	Kumulierte Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung 1996-2005
Abbildung	23	Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Weltregionen 2004
Abbildung	24	Gesamt-, Jugend- und Altenquotient nach Weltregionen 2004
Abbildung	25	Vorausschätzungsvarianten
Abbildung	26	Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 2005-2050
Abbildung	27	Bevölkerungsentwicklung in den Ländern der EU-25 2005-2050
Abbildung	28	Zu- und Abnahme der Bevölkerung in den Weltregionen 2005-2050
Abbildung	29	Entwicklung des Außenwanderungssaldos Deutschland bis 2050

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle	1	Ausländer und Gesamtbevölkerung in Deutschland 1991-2006
Tabelle	2	Indikatoren der Geburtenhäufigkeit in Deutschland 1950-2004
Tabelle	3	Lebenserwartung in Deutschland 1871/1881 und 2002/2004
Tabelle	4	Entwicklung der Altersstruktur in Deutschland 1990-2005
Tabelle	5	Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in Deutschland 1950-2005
Tabelle	6	Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland 1991-2006
Tabelle	7	Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2006 im Vergleich zum Vorjahr
Tabelle	8	Zusammengefasste Geburtenziffer in ausgewählten Ländern 1990-2005
Tabelle	9	Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht in ausgewählten Ländern 2003
Tabelle	10	Entwicklung der Weltbevölkerung nach Ländergruppen und Makroregionen 1950-2005
Tabelle	11	Entwicklung der Bevölkerung in verschiedenen Makroregionen 1960-2004
Tabelle	12	Entwicklung der Fertilitätsrate nach Makroregionen 1960-2004
Tabelle	13	Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Weltregionen 1960-2004

Tabelle	14	Jährliche Nettomigration pro Dekade nach Ländergruppen und Makroregionen 1950-2010
Tabelle	15	Länder mit der höchsten positiven und der höchsten negativen Nettomigration 1950-1960, 1990-2000 und 2000-2010
Tabelle	16	Anzahl der Länder nach Makroregionen und Migrationsstatus 1950-2005
Tabelle	17	Natürliches Bevölkerungswachstum und Nettomigration als Einflussfaktoren der Bevölkerungsgröße nach Makroregionen 1990-2000
Tabelle	18	Länder mit der höchsten Zahl an Migranten 1990 und 2005
Tabelle	19	Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach Hauptaltersgruppen 2005-2050
Tabelle	20	Entwicklung des Altenquotienten in Deutschland bei unterschiedlichen Altersgrenzen 2005-2050
Tabelle	21	Bevölkerungsentwicklung in der EU-25 2004-2050
Tabelle	22	Bevölkerungsentwicklung in der EU-25 nach Hauptaltersgruppen 2004-2050
Tabelle	23	Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in der EU-25 2004-2050
Tabelle	24	Wanderungssaldo in den Ländern der EU 25 2005-2050
Tabelle	25	Entwicklung der Weltbevölkerung nach Ländergruppen, Makroregionen und Projektionsvarianten 1950-2050
Tabelle	26	Entwicklung der Geburtenrate nach Ländergruppen, Makroregionen und Projektionsvarianten 2005-2050
Tabelle	27	Lebenserwartung bei Geburt nach Ländergruppen und Makroregionen 2005-2050
Tabelle	28	Lebenserwartung für Männer und Frauen nach Ländergruppen 2005-2050

Tabelle	29	Entwicklung der Altersstruktur nach Ländergruppen und Weltregionen 2005-2050
Tabelle	30	Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten nach Ländergruppen und Weltregionen 2005-2050
Tabelle	31	Medianalter nach Ländergruppen und Weltregionen 2005-2050
Tabelle	32	Jährliche Nettomigration pro Dekade nach Ländergruppen und Weltregionen 1990-2050
Tabelle	33	Entwicklung der Nettomigrationsrate je 1.000 der Bevölkerung nach Ländergruppen und Weltregionen 2000-2050

Migration und demographischer Wandel

Internationale Wanderungen und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung

Vorwort

Der Zusammenhang zwischen internationalen Wanderungen und dem demographischen Wandel ergibt sich aus der „demographischen Grundgleichung“. Die Bevölkerungsentwicklung nach Größe und Struktur resultiert aus dem Saldo von Geburten und Sterbefällen sowie aus dem Saldo von Zu- und Abwanderungen. In globaler Perspektive heben sich die Wanderungssalden zwar auf, in regionaler Betrachtung trägt das Wanderungsgeschehen aber mehr oder weniger zur Veränderung der Bevölkerungsentwicklung bei.

Während in globaler Perspektive Wachstum weiterhin die Bevölkerungsentwicklung dominiert, prägen in Deutschland und Europa Schrumpfung und Alterung als generelle Trends zunehmend die Bevölkerungsentwicklung. Bisher hat Zuwanderung das negative natürliche Bevölkerungswachstum in den Industrieländern verschiedentlich noch ausgleichen können. Das niedrige Geburtenniveau, die steigende Lebenserwartung und altersstrukturelle Effekte werden die Sterbeüberschüsse jedoch weiter vergrößern und die Prozesse der Schrumpfung und Alterung verstärken. In Zukunft ist daher in den Industrieländern mit einem weiter

zunehmenden Einfluss von Wanderungsbewegungen auf die Bevölkerungsentwicklung zu rechnen. Unsicher ist jedoch, wie sich die künftige Zuwanderung nach Deutschland und Europa entwickeln wird.

Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich die Ausführungen mit dem bisherigen Einfluss und den zukünftigen Wirkungen der Migration auf die Bevölkerungsentwicklung. Hierbei wird das Wanderungsgeschehen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene dargestellt, wobei Deutschland besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Diskutiert wird zudem die Frage, wie die künftige Wanderungsentwicklung nach Deutschland einzuschätzen ist.

Die Ausführungen verfolgen das Ziel, einen detaillierten Überblick über den Zusammenhang von Migration und demographischem Wandel zu bieten. Nicht eingegangen wird auf spezifische Aspekte zur internationalen Migration als globales Phänomen. Siehe hierzu Frank Swiaczny (2006). Nicht behandelt werden zudem spezifische Aspekte der Zuwanderung nach Deutschland. Siehe hierzu die Migrationsberichte 2005 und 2006 in der Bearbeitung von Stefan Rühl (2006, 2007).

Für kritische Anmerkungen danke ich Stefan Rühl, Harald Lederer und Martin Kohls vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie Bettina Sommer vom Statistischen Bundesamt. Für technische Unterstützung danke ich Gertraude Wichtrey vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Peter Schimany
Nürnberg, Oktober 2007

Einführung

Größe und Struktur einer Bevölkerung werden durch die demographischen Ereignisse Fertilität, Mortalität und Migration fortlaufend verändert, d.h. vom Verhältnis der Geburtenzahlen und Todesfälle sowie dem Saldo von Zu- und Abwanderungen. Von Interesse sind daher nicht nur die Beschreibung und Analyse von Größe, Struktur und Verteilung, sondern vor allem die Veränderungen einer Bevölkerung. Unter „Bevölkerungsprozesse“ werden Entwicklungen verstanden, denen eine Bevölkerung aus innerer Dynamik und in Wechselbeziehung mit der Gesellschaft unterliegt.

Bevölkerungsprozesse sind zu einem wesentlichen Teil durch eine Vielzahl individueller Entscheidungen bestimmt: ob und wann eine Beziehung eingegangen oder eine Ehe geschlossen wird, wann und wie viele Kinder gezeugt werden, ob man sich gesundheitsbewusst verhält und wie man mit Krankheiten umgeht oder ob der Wohnsitz verändert wird. Indirekt werden Bevölkerungsprozesse aber auch durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Bedingungen mit beeinflusst. Dabei können die gesellschaftlichen Folgen von Bevölkerungsprozessen erheblich von den individuellen und familialen Folgen abweichen.

Bereits im Jahr 1972 sank in Deutschland die jährliche Zahl der Geburten erstmals unter die jährliche Zahl der Todesfälle. Seither ist das natürliche Bevölkerungswachstum negativ. In den folgenden drei Jahrzehnten hat jedoch Zuwanderung das Geburtendefizit kompensieren können und sogar bis zum Jahr 2003 ein Bevölkerungswachstum bewirkt. Gleichzeitig wurden mögliche Konsequenzen der Bevölkerungsalterung etwa für die sozialen Sicherungssysteme weitgehend negiert. Dies führte lange zu einer Verdrängung der öffentlichen Sorge über eine Schrumpfung und

Alterung der Bevölkerung – obwohl bereits im Herbst 1992 vom Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ eingesetzt wurde. Im Jahr 1994 wurde der erste und im Jahr 1998 der zweite Zwischenbericht vorgelegt, denen im Jahr 2002 der Schlussbericht folgte. Trotz der Vielzahl an aufgezeigten Sachverhalten und Problemen spielten demographische Fragen in Politik und Öffentlichkeit zumeist nur eine untergeordnete Rolle. Seit einigen Jahren finden demographische Themen jedoch eine weitaus größere Aufmerksamkeit. Dies hat mehrere Gründe:

- Erstens ist eine anhaltend niedrige Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen, wobei steigende Anteile Kinderloser einen weiteren Rückgang der Fertilitätsrate möglich erscheinen lassen.
- Zweitens vollzieht sich ein offensichtlich nicht aufzuhaltender Bedeutungswandel von Ehe und Familie, der u.a. mit der Zunahme an Ledigen, steigenden Scheidungsziffern und erhöhten Anteilen an unehelich geborenen Kindern einhergeht.
- Drittens ist vor dem Hintergrund der Verbesserung der Sterblichkeit der zunehmende Anteil an älteren und alten Menschen verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt.
- Viertens haben Migrationsprozesse eine heftige Diskussion um Fragen von Zuwanderung und Integration ausgelöst.
- Und schließlich erfährt im Zuge der Globalisierung das anhaltende Weltbevölkerungswachstum zunehmende Aufmerksamkeit.

Dieses „neue“ demographische Regime, das mit einer Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung einhergeht, stellt aufgrund seiner Komplexität und vielfältigen Implikationen eine zentrale Herausforderung für Wissenschaft und Politik dar. Das entscheidende Problem der weiteren Bevölkerungsentwicklung stellt aber weniger die abnehmende Größe als vielmehr die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung dar. Der

Prozess der demographischen Alterung trifft Deutschland nicht allein, sondern mehr oder weniger alle modernen Gesellschaften und Transformationsstaaten. Gesunkene Kinderzahlen und eine weiterhin steigende Lebenserwartung bewirken, dass die Bevölkerung langfristig altert. Schon heute ist erkennbar, dass der Wandel der Altersstruktur – bei gleichzeitigen sozioökonomischen Strukturveränderungen – weit reichende Auswirkungen für Staat, Gesellschaft und Individuum haben wird. Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft kommt nicht nur familien-, bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu, auch die Zuwanderung wird als Möglichkeit diskutiert, Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung abzuschwächen. Nach Deutschland zuziehende Ausländerinnen und Ausländer sind im Durchschnitt jünger als die fortziehenden, so dass sich (auch bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo) ein gewisser „Verjüngungseffekt“ ergibt. Dieser wird durch das zumeist höhere Geburtenniveau ausländischer gegenüber deutschen Frauen verstärkt. (Allerdings ist eine zunehmende Angleichung der Geburtenniveaus ausländischer und deutscher Frauen zu beobachten). Gleichzeitig tragen Migranten und die von Migrantinnen geborenen Kinder zum Bevölkerungswachstum bei.

Um die Zuwanderung im Kontext des demographischen Wandels einzuordnen, werden nachfolgend zuerst die drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung – Mortalität, Fertilität und Migration – sowie das Altern der Bevölkerung als Ergebnis von langfristigen Veränderungen der Geburtenhäufigkeit und der Sterblichkeit definiert und grundlegende Kennziffern beschrieben. Hierbei wird auch auf die Konzepte „Bevölkerung nach Migrationsstatus“ und „Personen mit Migrationshintergrund“ eingegangen. In einem weiteren Abschnitt wird zudem der Einfluss der Migration auf die Bevölkerungsalterung skizziert (Kapitel 1). Danach werden Ursachen des demographischen Wandels und das Modell des demographischen Überganges erläutert (Kapitel 2). Anschließend wird die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa sowie die Entwick-

lung der Weltbevölkerung dargestellt (Kapitel 3). Besondere Relevanz kommt der erwarteten zukünftigen Entwicklung zu, wobei nicht nur Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt vorgestellt werden (Kapitel 4). Vor diesem Hintergrund wird abschließend der Frage nachgegangen, wie das künftige Wanderungsgeschehen für Deutschland einzuschätzen ist (Kapitel 5).

1 Begriffserläuterungen

1.1 Mortalität

Die Mortalität bzw. Sterblichkeit ist – neben der Fertilität – eine der beiden Hauptbestandteile der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Unter Sterblichkeit wird die Zahl der Sterbefälle während eines Zeitraums bezogen auf die Bevölkerung verstanden. Dabei können die Sterbefälle insgesamt oder untergliedert nach Alter und Geschlecht im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe betrachtet werden. Getrennt ausgewiesen wird häufig die Säuglingssterberate, worunter die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr je 1.000 Lebendgeburten im gleichen Zeitraum verstanden wird. Die Säuglingssterberate (IMR, Infant Mortality Rate) gilt als ein guter Indikator für den Stand der Gesundheitsversorgung in einem Land.

Die rohe Sterberate (CDR, Crude Death Rate) bezieht sich auf die Zahl der Sterbefälle pro 1.000 Einwohner in einem Jahr. Sie wird stark vom Anteil der Älteren in einer Bevölkerung beeinflusst und sagt für sich allein nicht allzu viel über den Gesundheitszustand und die Sterblichkeit in einem Land aus. Um eine Kennziffer der Sterblichkeit zu erhalten, die vom Altersaufbau unabhängig ist, werden altersspezifische Sterbeziffern berechnet. Dadurch können nicht nur zeitliche und räumliche Vergleiche, sondern auch eine Gegenüberstellung der Altersgruppen vorgenommen werden. Standardisierte Sterbeziffern erhält man, wenn man die beobachteten altersspezifischen Mortalitätsraten auf den Altersaufbau der Bevölkerung bezieht.

Eng verknüpft mit dem Begriff der Sterblichkeit ist die Lebenserwartung. Hierunter wird die durchschnittliche Zahl von weiteren Jahren verstanden, die ein Mensch in einem bestimmten Alter nach den zum aktuel-

len Zeitpunkt geltenden Sterblichkeitsverhältnissen voraussichtlich noch leben wird. Die durchschnittliche Lebenserwartung wird anhand der Sterbetafel ermittelt, in welche die aktuellen Sterbewahrscheinlichkeiten für die einzelnen Altersjahre eingehen. Es handelt sich um eine hypothetische Kennziffer, da sich die Sterbeverhältnisse im Laufe des weiteren Lebens bzw. in einzelnen Altersgruppen und nach Geschlecht ändern können (und sich in der Vergangenheit auch immer geändert haben). Da Frauen und Männer eine unterschiedliche Lebenserwartung haben, wird diese untergliedert nach Geschlecht ausgewiesen. Weiterhin werden die Lebenserwartung bei Geburt und die fernere Lebenserwartung für andere Altersjahre, zum Beispiel im Alter von 60 oder 80 Jahren, unterschieden.

1.2 Fertilität

Der Begriff Fertilität bezeichnet die Geburtenhäufigkeit einer Bevölkerung. Die Zahl der lebend geborenen Kinder in einem Kalenderjahr allein sagt nichts über das generative Verhalten aus. Zusammen mit der Zahl der Sterbefälle ist sie jedoch für die Bestimmung des natürlichen Wachstums (Differenz zwischen Geburten- und Sterbefällen, absolut ausgedrückt oder in Bezug zur Bevölkerung als Ziffer berechnet) unerlässlich.

Die rohe Geburtenrate (CBR, Crude Birth Rate) gibt die Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner in einem Jahr an. Der Nachteil dieser Kennziffer ist, dass sie von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst ist und die Geburten auf die gesamte Bevölkerung bezogen werden. Insbesondere in Bevölkerungen, die eine abweichende altersspezifische Geschlechtsstruktur (mit einem hohen Männeranteil und einem geringen Frauenanteil im gebärfähigen Alter) aufweisen, lassen sich aus der rohen Geburtenrate keine zuverlässigen Aussagen über die Fertilität ableiten.

Um Altersstruktureffekte und die nicht an der Geburtenentwicklung beteiligte Bevölkerung auszuschließen, werden die Geburten von

Frauen im Alter x auf 1.000 Frauen dieser Altersstufe bezogen. Dies wird für jedes einzelne Altersjahr von 15 bis 49 durchgeführt, so dass man 35 altersspezifische Geburtenziffern erhält. Addiert man diese Ziffern, erhält man die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR, Total Fertility Rate). Sie beruht auf den Ergebnissen zu den Geburten eines Jahres und gibt die hypothetische Zahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Inhaltlich lässt sich die TFR wie folgt interpretieren (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004:89): Würden 1.000 Frauen im Jahr 2004 den Altersabschnitt zwischen 15 und 49 Jahren durchleben, dann hätten sie 1.355 Kinder zur Welt gebracht. Zu beachten ist hierbei, dass die TFR auch von Timeing-Effekten abhängig ist, die sich ergeben, wenn sich das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder verändert. Zur Bestandserhaltung der Bevölkerung ist eine zusammengefasste Geburtenziffer von knapp 2,1 Kindern je Frau nötig („Bestandserhaltungs-„ oder „Reproduktionsniveau“). Beim Geburtsjahrgang 1865 waren vor allem aufgrund der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit im Durchschnitt noch 3,49 Geburten je Frau notwendig (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004:19).

Die Nettoreproduktionsziffer gibt an, ob das Niveau der Geburtenhäufigkeit ausreicht, damit die Müttergeneration durch die Geburt von Mädchen ersetzt wird. Bei dieser Rechnung wird auch berücksichtigt, dass ein Teil der Mädchen und Frauen vor Vollendung des gebärfähigen Alters stirbt. Sind von 1.000 Frauen eines Geburtsjahrganges bis zu ihrem 49. Lebensjahr wiederum 1.000 Mädchen geboren, liegt ein Ersatz der Müttergeneration vor und die Nettoreproduktionsziffer beträgt 1. Ist sie kleiner als 1, was in Deutschland und vielen anderen Ländern seit längerem der Fall ist, ist die Mädchengeneration kleiner als die der Mütter (und eine der Voraussetzungen für die Bevölkerungsalterung ist gegeben).

1.3 Migration

1.3.1 Begriffe

Der Begriff Migration bzw. Wanderung bezeichnet die geographische Ortsveränderung von Menschen. Man unterscheidet Binnenwanderungen über die Grenzen von Teilgebieten eines Landes und internationale Wanderungen bzw. Außenwanderungen über die Grenzen eines Landes. In Deutschland basiert die Wanderungsstatistik auf der Zählung von Zu- und Fortzügen. Als Fortzug gilt, wenn sich jemand von einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet und keine weitere Wohnung in Deutschland angemeldet hat (Statistisches Bundesamt 2006c:4). Gleiches gilt analog für den Zuzug. Gezählt werden die Wohnortwechsel über die Grenzen Deutschlands, egal ob jemand nur kurzfristig oder dauerhaft oder mehrmals innerhalb eines Jahres zu- bzw. fortzieht. Bei der Wanderungsstatistik handelt es sich somit um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Die Zuverlässigkeit der Wanderungsdaten beruht darauf, inwieweit An- und Abmeldungen vorgenommen oder unterlassen werden. Im Gegensatz zu Geburten und Sterbefällen, die von den Standesämtern zuverlässig registriert werden, sind die Datengrundlagen von Wanderungen daher unsicherer.

Obwohl es keine Legaldefinition von Abwanderung bzw. Auswanderung und Zuwanderung bzw. Einwanderung gibt, finden diese Begriffe neben Zu- und Fortzügen häufige Verwendung. Beim Begriff der Einwanderung wird impliziert, dass es sich nicht um einen vorübergehenden, sondern um einen dauerhaften Aufenthalt handelt. Gleiches gilt im Hinblick auf die zeitliche Dauer für die Begriffe Ab- und Auswanderung. Bei Inländern wäre die Abwanderung demzufolge ein vorübergehender Auslandsaufenthalt für mehr oder minder längere Zeit, die Auswanderung jedoch ein Verlassen des Heimatlandes für immer.

Mit zunehmenden Mobilitätsmöglichkeiten und wachsender internationaler Arbeitsteilung seit Ende des Ost-West-Konfliktes haben die zir-

kuläre Migration und Pendelmigration an Bedeutung gewonnen. Damit ist gemeint, dass Personen mehrfach, zum Teil auch mehrmals im Jahr bzw. in regelmäßigen zeitlichen Abständen zu- und fortziehen.

Der Begriff der transnationalen Migration stellt einen Sonderfall der internationalen Migration dar. Er verweist darauf, dass die internationale Migration nicht nur als unidirektionaler und einmaliger Wohnortwechsel zu verstehen ist, sondern dass vermehrt neue Migrationsformen wie die zirkuläre Migration und Pendelmigration auftreten, die bei den Akteuren mit spezifischen Identitäten und Lebensentwürfen einhergehen (Han 2006:151). Transmigranten sind dadurch charakterisiert, dass sie bi- oder multilokale Beziehungen über nationale Grenzen hinweg aufbauen und aufrechterhalten, die eine Verbindung zwischen Herkunfts- und Einreisegesellschaft schaffen (Haug/Sauer 2006). Dadurch findet eine Entkoppelung von geographischem und sozialem Raum statt, was zur Entstehung von transnationalen sozialen Räumen führt (Pries 1997:16, Kalter 2003:327). Grenzüberschreitende Netzwerke und Interaktionen umfassen allerdings weder die ganze Welt noch alle gesellschaftlichen Gruppen. Sie weisen vielmehr spezifische räumliche Strukturen auf, in die vor allem die statushöheren und besser gebildeten Schichten eingebunden sind (Mau 2006:40; 2006a; Mau/Mewes 2007).

Probleme der definitorischen Abgrenzung von Wanderungen ergeben sich nicht nur in zeitlicher, sondern auch in räumlicher Hinsicht – zumal dann, wenn Migrationsströme in globaler Perspektive in den Blick genommen und unter dem Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden. Unter Migration versteht man die räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes einer Person. Mit internationaler Migration ist ein Wohnsitzwechsel über Staatsgrenzen hinweg gemeint. Generell werden unter dem Begriff alle grenzüberschreitenden Wanderungen subsumiert und damit auch Wanderungen, die sich zwischen Kontinenten bzw. Makroräumen sowie zwischen entwickelten und weniger entwickelten

Ländern vollziehen. Es empfiehlt sich daher gegebenenfalls zwischen internationaler Migration und weltweiter Migration zu unterscheiden und den Begriff der weltweiten Migration auf Wanderungen zwischen Makroräumen bzw. Industrie- und Entwicklungsländern zu beziehen.

1.3.2 Migrationsstatus

Probleme ergeben sich schließlich auch im Hinblick auf den Migrationsstatus von Personen. In Deutschland stellen die Wanderungsstatistiken auf den Rechtsbegriff „Ausländer“ ab. Zu- und Abwanderer werden anhand der Nationalität nach In- und Ausländern unterschieden. Die amtliche Statistik weist Personen daher nur nach Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit aus. Mit dem Begriff „Nationalität“ wird zumeist lediglich eine Unterscheidung zwischen „deutsch“ und „nichtdeutsch“ vorgenommen, und der Begriff „Staatsangehörigkeit“ findet bei einer tiefergehenden Gliederung der Nichtdeutschen Verwendung.

Obwohl Ausländer das Wanderungsgeschehen stärker beeinflussen als Inländer, kann das „Ausländerkonzept“ die Migrantenbevölkerung nur unzureichend abbilden:

- Zum einen werden im Zielland geborene und aufgewachsene Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als Ausländer erfasst, obwohl sie selbst nicht migriert sind.
- Zum anderen werden im Ausland geborene und aufgewachsene Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit als Inländer erfasst, obwohl sie als Eingebürgerte oder Spätaussiedler zugewandert sind.

In den meisten anderen Staaten wie den klassischen Einwanderungsländern und verschiedenen europäischen Ländern stellt die Wanderungsstatistik zur Beschreibung von Migranten auch auf das Merkmal „Geburtsland“ ab. Wie bei der Staatsangehörigkeit gibt es auch beim Geburtsland zwei Ausprägungen: im Inland und im Ausland geboren, wobei für

die letztere eine tiefer gehende Gliederung möglich ist. Grundsätzlich sind Gliederungen nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland voneinander unabhängig und führen zu jeweils eigenständigen Ergebnissen. Anhand eines Vier-Quadrantenschemas lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen (siehe Abbildung 1). Der 1. Quadrant enthält die nicht in Deutschland geborenen zugewanderten Ausländer und der 2. Quadrant die in Deutschland geborenen, nicht zugewanderten Ausländer. Diese beiden Gruppen machen zusammen die in der amtlichen Statistik üblicherweise nachgewiesene Gruppe der Ausländer aus. Der 3. Quadrant enthält die im Ausland geborenen zugewanderten Deutschen und der 4. Quadrant die nicht zugewanderten Deutschen. Diese Gruppe erfasst mehrheitlich Deutsche ohne Migrationshintergrund, daneben aber auch Personen mit Migrationshintergrund. Dieser Personenkreis kann jedoch nicht ausschließlich durch ihr Geburtsland und ihre Staatsbürgerschaft identifiziert werden. Man benötigt zusätzliche Angaben, etwa die frühere Staatsbürgerschaft bei Eingebürgerten oder Angaben zur Herkunft der Eltern, wenn der Migrationshintergrund aus dem familialen Umfeld abgeleitet wird. Im Gegensatz dazu stellt die definitorische Abgrenzung der in den Quadranten 1 bis 3 erfassten Bevölkerungsgruppen keine hohen Anforderungen.

Anhand des „foreign-born-Konzeptes“ kann der Zuwandereranteil an der Bevölkerung eines Landes quantitativ genauer angegeben werden. Es setzt sich aus ausländischen Zuwanderern und Personen zusammen, die im Ausland geboren wurden, aber die deutsche Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes besitzen. Dies kann aufgrund von Einbürgerung oder durch Zuwanderung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit wie bei Spätaussiedlern der Fall sein. Zuwanderer sind demnach Personen, die selbst gewandert sind und der ersten Migrantengeneration angehören, unabhängig von der jeweiligen Staatsangehörigkeit.

Abbildung 1: Klassifikation der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Staats-angehörigkeit	Geburtsland	
	Ausland	**Inland**
nicht deutsch	1. Quadrant **Zugewanderte Ausländer** (Migranten der 1. Generation)	2. Quadrant **Nicht zugewanderte Ausländer** (Migranten der 2. und 3. Generation mit ausländischer Staatsangehörigkeit)
deutsch	3. Quadrant **Zugewanderte Deutsche** (Eingebürgtere ausländische Migranten der 1. Generation, im Ausland geborene Deutsche und Spätaussiedler)	4. Quadrant **Nicht zugewanderte Deutsche** (Einheimische (Personen ohne Migrationshintergrund) und Migranten der 2. und 3. Generation mit deutscher Staatsangehörigkeit (Personen mit Migrations-hintergrund))

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007:321).

Neben verschiedenen Ländern gehen auch internationale Organisationen wie die United Nations (UN) oder die Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD) dazu über, bei Migrationsstatistiken das Geburtsland anstelle oder zusätzlich zur Staatsangehörigkeit zu verwenden. Indem auch die Europäische Union (EU) in ihren Gemeinschaftsstatistiken zum Migrationsgeschehen die Ausweisung von Bevölkerungsdaten nach dem Geburtsland ab 2008 vorsieht, gewinnt die definitorische Erfassung der Zuwandererbevölkerung – unabhängig von weiterhin bestehenden methodischen Erfassungsproblemen (Beauftragte 2005:4) – zunehmend an internationaler Vergleichbarkeit.

1.3.3 Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund

Vergleichbare Probleme im Hinblick auf den Migrationsstatus von Personen ergeben sich bei den Wanderungszahlen (flows) und bei den Bestandszahlen (stocks). Sowohl die Klassifikation der „Bevölkerung nach Migrationsstatus“ als auch das Konzept „Personen mit Migrationshintergrund“ zielen darauf ab, die Bevölkerung nach Herkunft differenzierter zu erfassen und die einzelnen Bevölkerungsgruppen – auch im Hinblick auf Integrationsaspekte – quantitativ genauer anzugeben (Diefenbach/Weiß 2007).

In der amtlichen Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes werden sowohl Daten für die Gesamtbevölkerung insgesamt als auch getrennt für die deutsche und ausländische Bevölkerung ausgewiesen. Dabei basiert die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf der Ermittlung des Bevölkerungsbestandes zu einem bestimmten Stichtag. Die Zu- und Abwanderungszahlen beziehen sich dagegen auf einen bestimmten Zeitraum (z. B. ein Jahr). Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff und nicht der Begriff des Migranten. Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wobei zu den Ausländern auch Staatenlose zählen. Dies können direkt zugezogene Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sein oder auch deren im Land geborene Nachkommen, die selbst keine Migranten sind, sofern sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000 können unter bestimmten Bedingungen auch die in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Ausländerbestandszahlen sind somit nicht identisch mit den Migrationszahlen.

Ausländische Staatsangehörige werden zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung im Ausländerzentralregister (AZR) er-

fasst. Im AZR werden Informationen über Ausländer gesammelt, die sich drei Monate oder länger in Deutschland aufhalten. Dabei liefern die 618 Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister. Das Statistische Bundesamt erhält zum Jahresende anonymisierte Daten für ausgewählte Merkmale aus dem Ausländerzentralregister, bereitet diese auf und veröffentlicht sie. Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Statistik ein.

Tabelle 1: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 2006

Jahr	Gesamt-bevölkerung	Ausländische Bevölkerung [1]	Ausländer-anteil in %	Veränderung der ausl. Bev. in % [2]
1991 [3]	80.274.600	5882267	7,3	-
1992	80.974.600	6495792	8	10,4
1993	81.338.100	6878117	8,5	5,9
1994	81.538.600	6990510	8,6	1,6
1995	81.817.500	7173866	8,8	2,6
1996	82.012.200	7314046	8,9	2
1997	82.057.400	7365833	9	0,7
1998	82.037.000	7319593	8,9	-0,6
1999	82.163.500	7343591	8,9	0,3
2000	82.259.500	7296817	8,9	-0,6
2001	82.440.400	7318628	8,9	0,3
2002	82.536.700	7335592	8,9	0,2
2003	82.531.700	7334765	8,9	-0,01
2004 [4]	82.501.000	(6.717.115) 7.289.979	(8,1) 8,8	(-8,4) -0,6
2005	82.438.000	(6.755.811) 7.289.149	(8,2) 8,8	(+0,6) -0,6
2006	82.348.400	(6.751.002) 7.286.325	(8,2) 8,8	(-0,1) 0,0

1) Stichtag: 31.12., Ausländerzentralregister.
2) Jährliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr.
3) Zahlen ab dem 31.12.1991 für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.
4) Die Zahlen zur ausländischen Bevölkerung ab dem Jahr 2004 sind mit den Zahlen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar. Infolge unterschiedlicher Erhebungsmethoden und aufgrund einer umfangreichen Registerbereinigung des AZR weicht die Gesamtzahl der Ausländer in der Bevölkerungsfortschreibung (ca. 7,3 Mio.) und im Ausländerzentralregister (ca. 6,7 Mio.) voneinander ab (Statistisches Bundesamt 2006f). Neben den Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung werden in Klammern auch die Werte des AZR angegeben. Die Angaben zur Gesamtbevölkerung basieren auf den Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

In den Zahlen der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland spiegelt sich – neben anderen Faktoren – auch die Zuwanderung in kumulierter Form wider. Allerdings hängt die Zahl der Ausländer nicht nur von der Zu- und Abwanderung, sondern auch von der Geburtenentwicklung und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung sowie von der jeweiligen Einbürgerungspraxis ab.

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland hat sich von 1991 bis zum Jahr 2003 von 5,9 Millionen auf 7,3 Millionen erhöht (siehe Tabelle 1). Der Rückgang auf 6,7 Millionen im Jahr 2004 ist im wesentlichen auf eine Bereinigung des AZR zurückzuführen (Opfermann et al. 2006:480ff.). Insofern sind die Zahlen ab dem Jahr 2004 nur eingeschränkt mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar. Am Ende des Jahres 2006 lebten laut AZR insgesamt 6.751.002 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Dies entspricht einem Anteil von etwa 8,2% an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen minimalen Rückgang um 4.809 Personen bzw. um 0,1%.

Seit Inkrafttreten des Mikrozensusgesetzes 2005 ermöglichen die Daten des Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund. Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt, die Befragung und die Aufbereitung der Daten durch die Statistischen Landesämter. Im Rahmen des Mikrozensus werden jährlich etwa 390.000 Haushalte mit rund 830.000 Personen befragt. Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2005 wurden vom Statistischen Bundesamt im Juni 2006 veröffentlicht.

Mit dem neuen Befragungsprogramm lassen sich zusätzlich zum Ausländerbestand nun auch Zahlen zu Personen mit Migrationshintergrund angeben. Damit stellen die Daten des Mikrozensus eine wichtige

Ergänzung zu anderen amtlichen Statistiken dar, die bislang nur das Merkmal Staatsangehörigkeit erfassen und deshalb weder zwischen der ersten und zweiten Ausländergeneration unterscheiden noch Spätaussiedler und Eingebürgerte, die als Deutsche in die Statistik eingehen, identifizieren können.

Auf der Basis der im Mikrozensus erhobenen Daten nimmt das Statistische Bundesamt (2006e:73ff.) die folgende Abgrenzung der Personen mit Migrationshintergrund vor:

1. Ausländer

1.1 Zugewanderte Ausländer
- > Ausländer der 1. Generation

1.2 Nicht zugewanderte bzw. in Deutschland geborene Ausländer
- > Ausländer der 2. und 3. Generation

2. Deutsche mit Migrationshintergrund

2.1 zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund
- > deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung
- > eingebürgerte zugewanderte Ausländer

2.2 nicht zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund
- > eingebürgerte nicht zugewanderte Ausländer
- > Kinder zugewanderter Deutscher, die nicht eingebürgert wurden
- > Kinder zugewanderter oder in Deutschland geborener eingebürgerter ausländischer Eltern
- > Kinder ausländischer Eltern, die bei Geburt zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben (ius soli)
- > Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil Migrant oder in Deutschland geborener Eingebürgerter oder Ausländer ist.

Nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören demnach:

- nicht zugewanderte Deutsche ohne Migrationshintergrund und
- während eines Auslandsaufenthalts geborene Kinder von Deutschen ohne Migrationshintergrund.

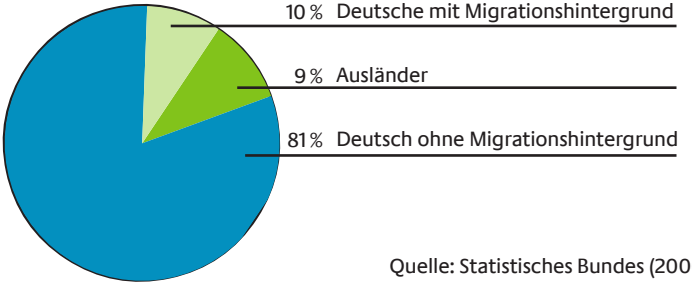
Von den rund 82,4 Mio. Einwohnern in Deutschland im Jahr 2005 hatten 15,3 Mio. einen Migrationshintergrund, davon etwa 8 Mio. Deutsche und circa 7,3 Mio. Ausländer, wobei für die ausländische Bevölkerung die Zahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung zugrunde liegen (siehe Abbildung 2). Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund beläuft sich damit auf 19% an der Gesamtbevölkerung. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund 52% und der Anteil der Ausländer 48% beträgt.

Eine weitergehende Differenzierung der Personen mit Migrationshintergrund zeigt, dass die größte Gruppe mit 36% Ausländer mit eigener Migrationserfahrung stellen, d.h. Ausländer, die nach Deutschland zugewandert sind (siehe Abbildung 3). 11% der Personen mit Migrationshintergrund sind Ausländer, die in Deutschland geboren wurden (zweite oder dritte Generation). Von den Deutschen mit Migrationshintergrund entfallen 20% auf selbst zugewanderte Eingebürgerte und 3% auf Eingebürgerte ohne Migrationserfahrung. 12% sind deutsche Zuwanderer, die nicht eingebürgert wurden. Dabei handelt es sich um Aus- und Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit sowie ihre Ehegatten und Abkömmlinge mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Einbürgerung. Anhand der im Mikrozensus verwendeten Fragen kann die Gruppe der Spätaussiedler nicht genauer ausgewiesen werden. Bei den restlichen 18% handelt es sich um Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung. Dies sind zum einen Kinder von Eingebürgerten, Spätaussiedlern oder Ausländern, wobei Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeits-

rechts zum 1. Januar 2000 neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Zum anderen handelt es sich um Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil Eingebürgerter, Spätaussiedler oder Ausländer ist. Von allen Personen mit Migrationshintergrund sind etwa zwei Drittel selbst Migranten (erste Generation) und ein Drittel wurde bereits in Deutschland geboren (zweite oder dritte Generation).

Abbildung 2: Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland 2005

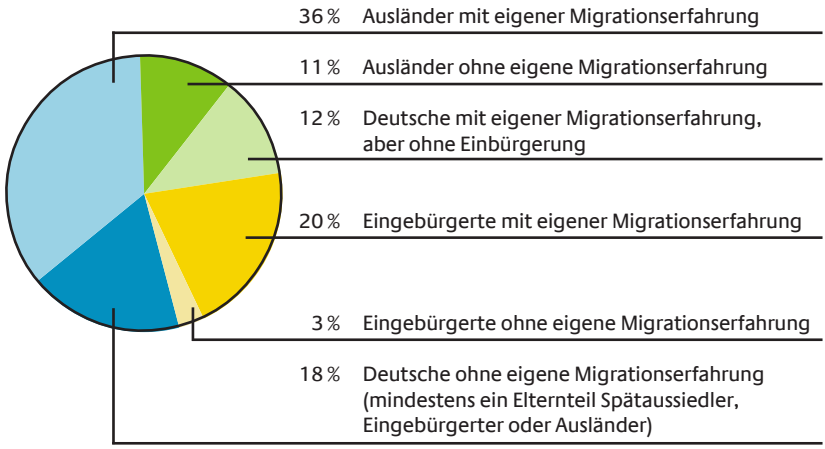
Gesamtbevölkerung: 82,4 Millionen



Quelle: Statistisches Bundes (2006e: 75)

Abbildung 3: Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2005

Bevölkerung mit Migrationshintergrund: 15,3 Millionen



Quelle: Statistisches Bundes (2006e: 75)

1.3.4 Erfassung und Maßzahlen von Wanderungen

Die Statistik der Wanderungsbewegungen ist selbst in Ländern mit einem ausgebauten Berichtssystem vergleichsweise wenig zuverlässig. Grundsätzlich bieten sich zwei Möglichkeiten zur Erfassung von Wanderungen an (Bähr 1997:26ff.). Bei den direkten Methoden wird auf Daten zu Wanderungen selbst zurückgegriffen, während die indirekten Methoden auf einer Berechnung der Wanderungen aus anderen Größen basieren.

Bei den direkten Methoden kann man zwischen einer unmittelbaren und einer nachträglichen Erfassung unterscheiden. Eine Registrierung zum Zeitpunkt der Wanderung setzt ein entsprechendes Meldewesen voraus, das allerdings außerhalb Europas kaum verbreitet ist. Die bei den Meldebehörden erhobenen Angaben werden den statistischen Ämtern zugeleitet und ermöglichen eine Fortschreibung der Bevölkerungszahlen sowie eine Aufschlüsselung der Wanderungen und Migranten entsprechend der erfragten Merkmale. Gleichwohl sind die derart ermittelten Daten mit einer Reihe von Fehlern und Unzulänglichkeiten behaftet. So werden An- und Abmeldungen gelegentlich unterlassen oder die Meldescheine unrichtig bzw. unvollständig ausgefüllt. Zudem werden im Meldeschein nur wenige Merkmale zur gewanderten Person erhoben. Aufgrund von mehrmaligen Umzügen einer Person im Laufe eines Jahres ist die Zahl der ausgewiesenen jährlichen Wanderungen nicht mit der Zahl der Personen identisch, die ihren Wohnsitz gewechselt haben.

Eine nachträgliche Erfassung der Wanderungen erfolgt in der Regel anhand von Volkszählungen (z.B. in Großbritannien und den USA), indem alle Mitglieder eines Haushaltes nach ihrem Wohnsitz zu einem früheren Zeitpunkt oder nach dem Geburtsort befragt werden. Mängel dieses Verfahrens liegen darin, dass Rückwanderungen, Mehrfachwanderungen zwischen zwei Zeitpunkten und Wanderungen unterdessen verstorbener Personen nicht erfasst werden und alle Angaben zur Person nur für den Zeitpunkt der Erhebung gelten.

Indirekte Methoden zur Erfassung von Wanderungen werden vor allem in Ländern angewandt, die aus organisatorischen Gründen das Wanderungsgeschehen nicht erheben können. Diesen Verfahren ist gemeinsam, dass nur Nettowanderungen (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) quantifiziert werden können und Aussagen über Richtung und Intensität von Wanderungsströmen nicht möglich sind. Am häufigsten angewandt wird die Differenz- oder Residualmethode. Dabei errechnet sich die Nettowanderung – sofern möglich untergliedert nach Alter und Geschlecht – aus der Differenz zwischen zwei Bevölkerungsbeständen etwa auf der Grundlage von Volkszählungsergebnissen und der Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle).

Um das Wanderungsgeschehen zusammenfassend charakterisieren und um Vergleiche vornehmen zu können, werden Wanderungsdaten auf einige wenige, möglichst aussagekräftige statistische Kenngrößen reduziert. Dadurch können drei Sachverhalte verdeutlicht werden (Bähr 1997:283f.):

1. die Wanderungshäufigkeit in einer Bevölkerung,
2. die Stärke von Wanderungsströmen und
3. die Wirkung (oder Nachhaltigkeit) von Wanderungen.

Zu 1. Eine Größe zur Kennzeichnung der raumzeitlichen Wanderungshäufigkeit ist die Bruttowanderung (Wanderungsvolumen), die sich aus der Summe von Zu- und Fortzügen ergibt. Für raumzeitliche Vergleiche ist diese Maßzahl aber nur bedingt geeignet, da ganz ähnliche Wanderungsvolumen aus sehr verschiedenen Kombinationen von Zu- und Fortzügen resultieren und sich auf sehr unterschiedliche absolute Bevölkerungszahlen beziehen können. Ergänzend hierzu wird daher die Nettowanderung (Wanderungssaldo, Wanderungsbilanz) ermittelt, die sich aus der Differenz von Zu- und Fortzügen ergibt. Diese kann positiv oder nega-

tiv sein. Ist sie positiv, spricht man von Nettozuwanderung (Wanderungsgewinn, Zuwanderungsüberschuss). Ist sie dagegen negativ, wird die Bezeichnung Nettoabwanderung (Wanderungsverlust, Abwanderungsüberschuss) verwendet.

Zu 2. Um ein Maß für die Intensität von Wanderungsbewegungen zu erhalten, werden Wanderungsraten (bzw. -quoten) berechnet. Hierbei werden die unterschiedlichen absoluten Bevölkerungszahlen ausgeschaltet und relative Häufigkeiten ermittelt. Dabei bezieht man Zu- und Abwanderungen bzw. die Summe oder die Differenz beider Größen auf je 1.000 der Bevölkerung und erhält Abwanderungs-, Zuwanderungs-, Bruttowanderungs- oder Nettowanderungsraten. Werden bei solchen Berechnungen nur bestimmte Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, z.B. einzelne Alters-, Familienstands- oder Berufsgruppen (nach Geschlecht), erhält man spezielle Mobilitätsziffern. Werden Wanderungsströme auf bestimmte Herkunfts- und Zielländer bezogen, wird die Zahl der gewanderten Personen durch die Bevölkerung des Herkunfts- und Ziellandes geteilt, um den Einfluss unterschiedlicher Bevölkerungszahlen auszuschalten.

Zu 3. Zwischen Wanderungsvolumen und Wanderungssaldo besteht kein funktionaler Zusammenhang. So kann ein Wanderungssaldo von 1.000 sowohl aus der Differenz von 11.000 Zuzügen und 10.000 Fortzügen als auch aus 101.000 Zuzügen und 100.000 Fortzügen resultieren. Um zum Ausdruck zu bringen, dass eine Wanderungsbewegung im Hinblick auf die Veränderung der Bevölkerung in einem bestimmten Land wirkungsvoller ist, werden Effektivitätsziffern berechnet. Hierbei wird der Quotient aus Wanderungsvolumen und Wanderungsbilanz gebildet. Der Wert der Wanderungseffektivität kann zwischen +1 (nur Zuzüge) und -1 (nur Fortzüge) liegen.

Zur quantitativen Bestimmung von Wanderungsprozessen lassen sich somit mehrere Kennziffern berechnen, wobei die folgenden am gebräuchlichsten sind:

- Bruttowanderung (Wanderungsvolumen): Summe von Zu- und Fortzügen
- Nettowanderung (Wanderungssaldo): Differenz zwischen Zu- und Fortzügen
- Zuwanderungsrate: Zahl der Zuwanderer pro Jahr je 1.000 Einwohner
- Abwanderungsrate: Zahl der Abwanderer pro Jahr je 1.000 Einwohner
- Nettowanderungsrate: Nettowanderung je 1.000 Einwohner pro Jahr (bzw. Differenz von Zu- und Abwanderungsrate bezogen auf ein Jahr).

Weit verbreitet ist die Verwendung der Nettowanderung (Wanderungssaldo), da diese methodisch auch indirekt erhoben werden kann. Der Wanderungssaldo ist jedoch kein geeignetes Maß zur Bestimmung der Bevölkerungsdynamik, wenn sich Zu- und Abwanderer in ihrer Alters- und Geschlechtsstruktur stark unterscheiden. Wenn z.B. nur 60-Jährige zuwandern und 20-Jährige abwandern würden, würde das auch bei einem anfangs positiven Wanderungssaldo letztlich zu einer Bevölkerungsschrumpfung führen. Erstens haben 60-Jährige eine höhere Sterblichkeit als 20-Jährige. Und zweitens sind von 60-jährigen Frauen keine Nachkommen mehr zu erwarten, während die 20-Jährigen ihre potenziellen Kinder und Kindeskinder mit ins Ausland nehmen. Modellrechnungen zur Abschätzung des altersstrukturellen Einflusses von Außenwanderungen für den Zeitraum von 1991 bis 2004 zeigen, dass sich der Außenwanderungseffekt positiv auf den Bevölkerungsbestand und die Geburtenzahlen auswirkt sowie den Prozess der Alterung abschwächt. In den alten Bundesländern wäre die Bevölkerung ohne Zuwanderung im Jahr 2004 um 5,6% und in den neuen Bundesländern um 2,7% kleiner gewesen. Und ohne Außen-

wanderung wäre die Geburtenzahl in Westdeutschland um 6,4% und in Ostdeutschland um 2,7% geringer gewesen. Zudem hat der Außenwanderungseffekt die Alterung in Westdeutschland um etwa 14% und in Ostdeutschland um ca. 9% abgeschwächt (Mai/Scharein 2006:385). Diese positiven Effekte auf die Bevölkerungsentwicklung erklären sich zum einen durch die jüngere Altersstruktur und zum anderen durch die höhere Fertilität der Zuwanderer.

Wie unter 3. bereits erwähnt, überdeckt der Wanderungssaldo zudem das absolute Ausmaß an Zu- und Abwanderungen. Ist der Wanderungssaldo – unabhängig von der Höhe der Zu- und Abwanderungen – gering oder Null, liegt der Schluss nahe, dass Wanderungen für das betreffende Land keine oder nur eine geringe Bedeutung hätten. Eine umfassendere Betrachtung des Wanderungsgeschehens kann daher nicht nur den Wanderungssaldo berücksichtigen, sondern muss auch die Höhe der Zu- und Abwanderungen und ihr relatives Gewicht zur Bevölkerungsgröße mit einbeziehen. Erst die Zahl der jährlichen Zuzüge bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Indikatoren wie Soziodemographie, Zuzugsgründe und durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Zuwanderer vermitteln eine mögliche Größenordnung jährlich neu zu integrierender Zuwanderer und die Entwicklung von Teilpopulationen innerhalb der Gesamtbevölkerung.

1.3.5 Einfluss der Migration auf die Bevölkerungsalterung

Migration beeinflusst die Altersstruktur der Bevölkerung aus vier Gründen:

- Erstens steigt mit der Zuwanderung der Umfang jüngerer Menschen, da Zuwanderer im Durchschnitt jünger sind als die einheimische Bevölkerung.
- Zweitens sind die Abwanderer im Durchschnitt älter als die Zuwanderer, so dass die Migranten nicht im gleichen Maße altern wie die einheimische Bevölkerung und sich somit auch

bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo ein gewisser „Verjüngungseffekt“ ergibt.

- Drittens sind die Geburtenraten der zugewanderten ausländischen Frauen häufig höher als die der einheimischen, wodurch ebenfalls das durchschnittliche Alter der Bevölkerung sinkt.
- Viertens beeinflusst die unterschiedliche Sterblichkeit der ausländischen und der einheimischen Bevölkerung die Altersstruktur zusätzlich.

Der Einfluss der Migration auf die Altersstruktur der Bevölkerung hängt daher nicht allein vom Umfang der Nettozuwanderung ab, sondern auch vom durchschnittlichen Alter der Zu- und Abwanderer sowie vom Geburtenniveau und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur einheimischen. Um die Altersstruktur der Bevölkerung nachhaltig zu beeinflussen, ist jedoch eine ständige Nettozuwanderung notwendig, weil die zugewanderte Bevölkerung auch vom Alterungsprozess betroffen ist. Zudem passen sich die Geburtenraten der ausländischen Bevölkerung mit der Zeit denen der einheimischen an, so dass zunehmend weniger Kinder geboren werden als für die Reproduktion der ausländischen Bevölkerung notwendig wäre. Nach Modellrechnungen der United Nations (2001) würde die in Deutschland lebende Bevölkerung auf rund 190 Mio. Menschen anwachsen, wenn es so viel Zuwanderung gäbe, dass die gegenwärtige Altersstruktur in etwa konstant gehalten werden könnte. Die Vorstellung, dass durch Zuwanderung der Alterungsprozess aufgehalten werden kann, erweist sich aufgrund des dramatischen Zuwanderungsbedarfs somit als unrealistisch. Die Alterung der Bevölkerung kann durch Zuwanderung nur abgeschwächt werden.

1.4 Alterung

Hier wird Alterung definiert als ein Anstieg des Anteils der Personen oberhalb einer bestimmten Altersgrenze an der Gesamtbevölkerung, wobei in der Regel das gesetzliche oder faktische Eintrittsalter in den Ruhe-

stand zugrunde gelegt wird. Alterung im Sinne dieser Definition tritt somit dann ein, wenn der Anteil der Menschen ab einem bestimmten Alter an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Aufgrund des steigenden Anteils an alten und sehr alten Menschen wird bei der Festlegung der Altersgrenzen auch zwischen „jungen Alten“ (65-79 Jahre) und „älteren Alten“ bzw. „Hochaltrigen“ (80 Jahre und älter) unterschieden.

Daneben wird Alterung auch definiert durch einen Anstieg des Durchschnittsalters oder des Medianalters. Das Medianalter ist jenes Alter, bei dem genau 50% der Bevölkerung jünger und 50% älter sind. Informationen zur Altersstruktur einer Bevölkerung gewinnt man durch die Bestimmung von Prozentanteilen für ausgewählte Jahrgangsgruppen. Üblicherweise wird zwischen Kindern und Jugendlichen (0-14 bzw. 0-19 Jahre), den Personen im Erwerbsalter (20-59 bzw. 20-64 Jahre) und den Älteren (60 bzw. 65 Jahre und älter) unterschieden. Aussagen darüber, wie sich das zahlenmäßige Verhältnis der Altersgruppen im Verlauf des demographischen Wandels verändert hat bzw. verändern wird, lassen sich durch die Berechnung der Relation von Altersgruppen zueinander treffen. Die in diesem Zusammenhang gebräuchlichsten Maßzahlen sind die Alters- oder Abhängigkeitsquotienten:

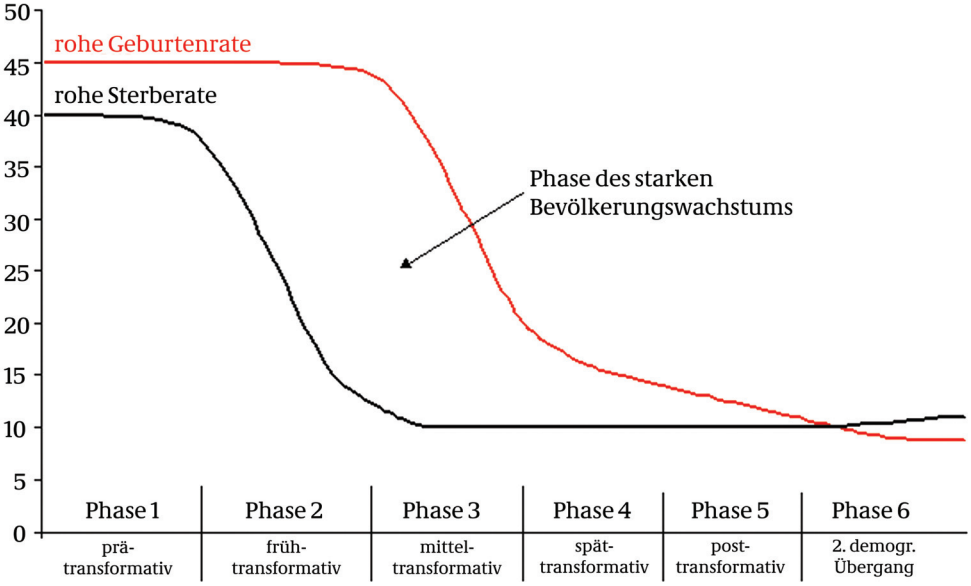
- Jugendquotient: Zahl der Kinder und Jugendlichen auf 100 Personen im Erwerbsalter;
- Altenquotient: Zahl der Älteren auf 100 Personen im Erwerbsalter;
- Gesamtquotient: Zahl der Kinder und Jugendlichen sowie der Älteren auf 100 Personen im Erwerbsalter.

Mit den Quotienten wird zum Ausdruck gebracht, wie viele Erwerbspersonen rein rechnerisch für die Erziehung und den Unterhalt für noch nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen aufzukommen haben.

2 Ursachen des demographischen Wandels

Der Begriff „demographischer Wandel“ bringt allgemein zum Ausdruck, dass sich eine Bevölkerung zwar langsam, aber kontinuierlich nach Umfang und Struktur ändert. Das in den 1940er Jahren eingeführte „Modell des demographischen Überganges“ beschreibt einen Wandel von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten. Dem Modell zufolge ist auch nach Abschluss der demographischen Transition die Differenz zwischen Geburten- und Sterberate größer als Null, so dass die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung immer noch leicht positiv ist. Seit 1972 ist in Deutschland jedoch die Geburtenrate unter die Sterberate gefallen. Das heißt, dass das natürliche Bevölkerungswachstum negativ ist. Ohne permanenten Wanderungsüberschuss hätte die Bevölkerung somit schon seit Anfang der 1970er Jahre abgenommen und wäre nicht bis 2003 dadurch kompensiert worden. Dieser Sachverhalt wird als „Zweiter demographischer Übergang“ bezeichnet. Er beschreibt einen neuerlichen grundlegenden Wandel der demographischen Situation in modernen Gesellschaften, der durch fortschreitende Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung sowie durch einen Wandel der Lebens- und Generationenformen charakterisiert ist (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Modell des demographischen Überganges



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Ursachen für den Rückgang von Mortalität und Fertilität sind komplex. Während des ersten demographischen Überganges ging in den europäischen Ländern im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Zahl der Kinder je Frau zurück, nachdem zuvor die Mortalität und vor allem die Kindersterblichkeit zu sinken begonnen hatten (Ehmer 2004). Während der Industrialisierung kam es zu vielfältigen ökonomischen, politischen und sozialen Modernisierungsprozessen. Dadurch wurden zum einen die Voraussetzungen geschaffen, um die Sterblichkeit weiter zu reduzieren. Zum anderen führte die Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, dass sich die Zahl an gewünschten Kindern verringerte und die Geburtenzahl allmählich abnahm. Indem die Überlebenschancen von Kindern stiegen, konnten sie gleichzeitig aufgrund des Verbots der Kinderarbeit, der Durchsetzung der Schulpflicht und der Einführung sozialer Sicherungssysteme immer weniger zum ökonomischen

Nutzen der Familie und zur sozialen Absicherung der Eltern beitragen. Der zweite demographische Wandel bezeichnet den erneuten und nahezu gleichzeitigen Rückgang der Fertilität in fast allen entwickelten Ländern seit Ende der 1960er Jahre (Van de Kaa 1987, Lesthaege 1995). Er wird vor allem auf das Entstehen neuer Lebensstile, eine zunehmende gesellschaftliche Individualisierung sowie den damit einhergehenden Bedeutungsverlust von Ehe und Familie zurückgeführt. Elternschaft steht damit im Spannungsverhältnis von Kinderkosten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Selbstverwirklichungsstreben (Berger/Kahlert 2006).

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben in vielen Entwicklungsländern (entwicklungspolitisch induzierte) Verbesserungen in der medizinischen Versorgung, der Ernährung und der Hygiene zu einem Rückgang der Mortalität geführt, so dass die Zahl der überlebenden Kinder zunahm. Gleichzeitig haben sich die gesellschaftlichen Vorstellungen über die gewünschte Zahl an Kindern zunächst kaum geändert. Eine anhaltend hohe Fertilität, die den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht angepasst war, führte zu einem starken Bevölkerungswachstum. Erst der weitere Modernisierungsprozess führte in vielen Entwicklungsländern zu einem Rückgang der Zahl der Kinder je Frau. Das „demographische Momentum“ bedingt in den durch die vorausgegangene hohe Fertilität sehr jungen Bevölkerungen ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Das heißt, kommen besonders starke Jahrgänge ins reproduktionsfähige Alter wächst die Bevölkerung auch dann noch, wenn die Zahl der Geburten je Frau zurückgeht. Dies erschwert in den betroffenen Ländern die weitere Entwicklung, da Bildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur für eine schnell wachsende Bevölkerung nur unzureichend bereit gestellt werden können, wodurch ein Migrationsdruck entstehen kann. Fortschreitende Modernisierungsprozesse, die insbesondere mit verstärkter Familienplanung und zunehmender Bildung der Frauen einhergehen, führen aber auch in vielen Entwicklungsländern zu einem anhaltenden Rückgang der Fertilität und damit zu einer Abnahme des Bevölkerungswachstums.

3 Bevölkerungsentwicklung

Im folgenden Kapitel werden die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in Europa bzw. in der Europäischen Union sowie die Entwicklung der Weltbevölkerung im Zeitraum von 1950 bzw. 1990 bis 2005 beschrieben. Hierbei wird insbesondere auf nationaler, aber auch auf europäischer und globaler Ebene auf das Wanderungsgeschehen eingegangen.

3.1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Ein wachsendes Geburtendefizit bewirkt eine alternde und abnehmende Bevölkerung, und eine Zunahme der Lebensverlängerung eine alternde Gesellschaft. Seit 1972 liegt in Deutschland die Zahl der Gestorbenen höher als die Zahl der Geborenen. Mit Ausnahme einzelner Jahre wurde dieses Geburtendefizit jedoch durch einen positiven Wanderungssaldo übertroffen. Dadurch kam es zu einem Bevölkerungswachstum. Seit einigen Jahren können die sinkenden Wanderungssalden das immer größer werdende Geburtendefizit aber nicht mehr ausgleichen, so dass die Bevölkerungszahl in Deutschland seit 2003 leicht abnimmt (Grobecker et al. 2007:45). Dadurch wurden die gravierenden Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und signifikante Verschiebungen im Verhältnis der einzelnen Altersgruppen zueinander noch verstärkt (Statistisches Bundesamt 2006:13ff.).

3.1.1 Trends der Geburtenentwicklung

Nachfolgend wird die Geburtenentwicklung im früheren Bundesgebiet, in den neuen Ländern und bei deutschen und ausländischen Frauen beschrieben. Anschließend wird auf die Annäherung des Geburtenniveaus deutscher und ausländischer Frauen eingegangen. Die Geburtenentwick-

lung hängt vom generativen Verhalten der Menschen im reproduktiven Alter ab. Dieses spiegelt sich vor allem in der Kinderzahl je Frau und im Alter der Mutter zum Zeitpunkt der (Erst-)Geburt wider.

Beide Teile Deutschlands verzeichneten zu Beginn der 1960er Jahre einen Anstieg der Geburtenzahlen mit der höchsten zusammengefassten Geburtenziffer der Nachkriegszeit von 2,5 Kindern pro Frau. Bereits 1964 setzte in der ehemaligen DDR und 1967 auch im früheren Bundesgebiet eine rasche Abnahme der Zahl der Kinder je Frau und der absoluten Geburtenzahlen ein. Bis 1975 ging die zusammengefasste Geburtenziffer auf 1,45 in den alten Bundesländern und auf 1,54 in der ehemaligen DDR zurück. Ab Mitte der 1970er Jahre verlief die Geburtenentwicklung in beiden Teilen Deutschlands jedoch sehr unterschiedlich. Im früheren Bundesgebiet setzte sich der Geburtenrückgang fort und erreichte Mitte der 1980er Jahre seinen tiefsten Wert mit weniger als 1,3 Kindern je Frau. Danach stieg die Geburtenhäufigkeit bis 1990 auf 1,45 an und schwankt seitdem – mit Ausnahme der Jahre 1994 und 1995 – geringfügig um 1,4 Kinder je Frau. Gleichzeitig verlagerten immer mehr Frauen den Zeitpunkt der Familiengründung auf ein höheres Alter. Auf die 30- bis 49-jährigen Frauen entfielen im Jahr 1960 lediglich 16% der ersten Geburten; im Jahr 2004 waren es dagegen fast 50%. 1990 bekamen Frauen im Durchschnitt ihr erstes Kind mit 26,8 Jahren, 2004 mit 29,5 Jahren (Grünheid 2006:45; Statistisches Bundesamt 2006:27).

In der ehemaligen DDR führten umfangreiche staatliche Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern zu einem deutlichen Anstieg der Geburtenziffer im Jahr 1980 auf 1,94 Kinder pro Frau. Danach ging aber auch hier die Geburtenhäufigkeit allmählich wieder zurück und ereichte 1989 nur noch einen Wert von 1,57. Aufgrund der mit der deutschen Wiedervereinigung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen vollzog sich ein starker Einbruch bei den Geburtenzahlen: Von 1990 bis 1994 fiel die Geburtenziffer von 1,52 auf den weltweit bisher gemesse-

nen niedrigsten Wert von 0,77. Seit Mitte der 1990er Jahre stieg die Geburtenhäufigkeit in den neuen Ländern wieder an. Im Jahr 2004 betrug die durchschnittliche Kinderzahl je Frau 1,31 und war nur noch 5% niedriger als im früheren Bundesgebiet mit 1,37 (Grünheid 2006:39).

Die altersspezifischen Veränderungen führen auch in den neuen Ländern zum Anstieg des durchschnittlichen Alters der Mütter. Dieser Prozess verläuft allerdings rascher als im früheren Bundesgebiet, so dass bereits nach 15 Jahren eine deutliche Annäherung an das westdeutsche Muster stattgefunden hat (siehe Tabelle 2). Bereits mittelfristig ist daher von einer weitgehenden Angleichung im generativen Verhalten zwischen neuen und alten Ländern auszugehen (Statistisches Bundesamt 2006:28).

Tabelle 2: Indikatoren der Geburtenhäufigkeit in Deutschland 1950 - 2004

Jahr	Lebendgeborene je 1.000 Einwohner			Zusammengefasste Geburtenziffer			Nettoreproduktionsziffer		
	Deutschland	Alte BL	Neue BL	Deutschland	Alte BL	Neue BL	Deutschland	Alte BL	Neue BL
1950	16,10	16,10	-	-	2,09	-	-	0,93	-
1970	13,40	13,30	-	-	2,02	2,19	-	0,95	-
1990	11,40	11,50	11,00	1,45	1,45	1,52	0,70	0,70	0,73
1995	9,40	10,30	5,30	1,25	1,34	0,84	0,60	0,64	0,40
2000	9,30	9,80	7,30	1,38	1,41	1,21	0,66	0,69	0,59
2004	8,50	8,80	7,30	1,36	1,37	1,31	0,65	0,66	0,63

Quelle: Grünheid/Roloff 2000: 11, Grünheid 2006: 39 und Statistisches Bundesamt 2006a.

Im Jahr 2004 wurden 18% der in Deutschland zur Welt gekommenen Kinder von Müttern mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren. Dies sind 5% mehr als im Jahr 1991, als der Anteil bei 13% lag. Die Ursache hierfür liegt vor allem im veränderten Zahlenverhältnis zwischen deutschen und ausländischen Frauen im gebärfähigen Alter: Während die Zahl der deutschen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren um 1% von 17,6 Mio. im Jahr 1991 auf 17,4 Mio. im Jahr 2004 sank, stieg die Zahl der gleichaltrigen Ausländ-

rinnen um 27% von 1,7 Mio. auf 2,2 Mio. (Statistisches Bundesamt 2006:30). Zudem weisen ausländische Frauen eine höhere Geburtenhäufigkeit auf als deutsche Frauen – obwohl auch ihr Geburtenniveau kontinuierlich abgenommen hat (Roloff/Schwarz 2002:25). Im Jahr 1991 lagen die zusammengefassten Geburtenziffern bei 1,26 für deutsche und 2,04 für ausländische Frauen und damit bei einem Verhältnis von 1 zu 1,6. Dagegen betrug die TFR im Jahr 2004 bei deutschen Frauen 1,30 und bei ausländischen 1,69, was einem Verhältnis von 1 zu 1,3 entspricht. Im Jahr 2004 lag die durchschnittliche Kinderzahl je Ausländerin somit nur noch um etwa ein Drittel höher als bei den deutschen Frauen (Grünheid 2006:38ff.).

Seit 1991 ging die zusammengefasste Geburtenziffer der ausländischen Frauen um rund 17% zurück. Eine weitere Abnahme erscheint aufgrund der folgenden Entwicklungen wahrscheinlich:

1. Der globale Geburtenrückgang ist auch in den wichtigsten Herkunftsländern der Zuwanderinnen wirksam. In einigen dieser Länder haben die gesellschaftlichen Umbrüche nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes das Absinken des Geburtenniveaus noch beschleunigt. Auch in der Türkei hat sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 2,9 Anfang der 1990er Jahre auf 2,2 im Jahr 2004 verringert.

2. Die heute in Deutschland lebenden ausländischen Frauen stammen vielfach aus anderen Herkunftsländern als dies 1990 der Fall war. Vor allem der Anteil der Migrantinnen aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten, die fast ausnahmslos ein noch niedrigeres Geburtenniveau als Deutschland aufweisen, ist gestiegen. Dagegen ist der Anteil an türkischen Frauen gesunken. Im Jahr 1990 stellten Türkinnen etwa 30% aller ausländischen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, im Jahr 2004 betrug ihr Anteil – bei einer nahezu unveränderten absoluten Zahl von gut 470.000 –

nur 22%. Im Jahr 1990 wurde rund jedes zweite Kind (45%) mit einer ausländischen Mutter von einer Türkin geboren, 2004 war es nur jedes vierte (26%).

3. Seit 1990 stieg auch bei ausländischen Müttern das Durchschnittsalter bei der Geburt ihrer Kinder an, und gleichzeitig ging der Anteil an Frauen mit drei und mehr Kindern deutlich zurück (Grünheid 2006:99). Sollte sich die Anpassung an das Verhaltensmuster deutscher Frauen weiter verstärken und mit den aktuellen Trends des generativen Verhaltens in den Herkunftsländern korrespondieren, ist eine weitere Annäherung der Geburtenniveaus ausländischer und deutscher Frauen zu erwarten (Statistisches Bundesamt 2006:30).

3.1.2 Entwicklung der Lebenserwartung

In Deutschland kann seit über 130 Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der Sterblichkeit und ein Anstieg der Lebenserwartung beobachtet werden. Zu dieser Entwicklung haben die Fortschritte in der medizinischen Versorgung, der Hygiene, der Ernährung, der Wohnsituation sowie die verbesserten Arbeitsbedingungen und der gestiegene materielle Wohlstand beigetragen (Schimany 2003:119ff.). Die Sterblichkeit ist seit Ende des 19. Jahrhunderts zunächst vor allem bei Säuglingen und Kindern stark zurückgegangen. Seit den 1950er Jahren ist dann auch die Sterblichkeit älterer Menschen erheblich gesunken. In längerfristiger Perspektive zeigt sich nicht nur ein kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung für beide Geschlechter, sondern auch eine Verringerung der Differenz in der Lebenserwartung zwischen beiden Geschlechtern – wobei die Differenz zum einen auf physiologische Unterschiede und zum anderen auf Unterschiede in den Lebensbedingungen und im Lebensstil zurückzuführen ist (Luy 2004).

Seit Gründung des Deutschen Reichs im Jahr 1871 werden die Sterblichkeitsverhältnisse und die durchschnittliche Lebenserwartung regel-

mäßig anhand von Periodensterbetafeln nachgewiesen. Im Deutschen Reich betrug 1871/1881 die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Jungen 35,6 Jahre und für Mädchen 38,4 Jahre. Für den Zeitpunkt 2002/2004 liegt die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland bei Geburt für Jungen bei 75,9 und für Mädchen bei 81,5 Jahren. Nach den Sterblichkeitsverhältnissen von 1871/1881 konnten das Alter von 60 Jahren 31% der Männer und 36% der Frauen erreichen, 2002/2004 sind es dagegen 88% der Männer und 93% der Frauen. Auch für ältere Menschen ist die durchschnittliche Lebenserwartung gestiegen. Ein 60-jähriger Mann bzw. eine 60-jährige Frau konnte 1871/1881 mit einer weiteren durchschnittlichen Lebenserwartung von 12,1 bzw. 12,7 Jahren rechnen; gegenwärtig sind es bereits 20,0 bzw. 24,1 Jahre (siehe Tabelle 3). Bei genauerer Betrachtung der Entwicklung der Lebenserwartung zeigt sich, dass sich der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt zunächst bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts relativ schnell vollzogen hat. Zwischen 1871/1881 und 1949/1951 hat sich die Lebenserwartung für Jungen um 29 Jahre und für Mädchen um 30 Jahre erhöht, von 1949/51 bis 2002/2004 dagegen nur um weitere 11 Jahre für Jungen bzw. 13 Jahre für Mädchen (Statistisches Bundesamt 2006: 37).

Die Entwicklung der Lebenserwartung in der ehemaligen DDR verlief bis Mitte der 1970er Jahre ähnlich wie in der früheren Bundesrepublik. Nach 1977 stagnierte sie jedoch und stieg bis Ende der 1980er Jahre deutlich langsamer an. In den Jahren 1991/1993 war die Lebenserwartung bei Geburt in den neuen Ländern um 3,2 Jahre und bei Mädchen um 2,3 Jahre geringer als im früheren Bundesgebiet. Nach der Wiedervereinigung erhöhte sie sich, so dass sich der Unterschied auf 1,5 Jahre bei Jungen und 0,4 Jahre bei Mädchen verringert hat. Im höheren Alter beträgt die Differenz bei den 80-jährigen Männern nur noch 0,4 Jahre. Bei den Frauen haben sich die West-Ost-Unterschiede bereits nahezu aufgehoben (Grünheid 2006:59).

Tabelle 3: Lebenserwartung in Deutschland 1871/1881 und 2002/2004

Alter	Frauen			
	Fernere Lebenserwartung in Jahren		Überlebende von 100.000 Neugeborenen	
	1871/1881	2002/2004	1871/1881	2002/2004
0	38,4	81,5	100.000	100.000
1	48,1	80,9	78.260	99.620
5	51	76,9	68.126	99.535
10	48,2	72	65.237	99.488
20	40,2	62,1	62.324	99.324
30	33,1	52,2	57.566	99.049
40	26,3	42,5	51.576	98.545
50	19,3	33	45.245	97.026
60	12,7	24,1	36.293	93.483
70	7,6	15,7	21.901	85.944
80	4,2	8,6	6.570	66.178
90	2,4	4	471	25.436

Alter	Männer			
	Fernere Lebenserwartung in Jahren		Überlebende von 100.000 Neugeborenen	
	1871/1881	2002/2004	1871/1881	2002/2004
0	35,6	75,9	100.000	100.000
1	46,5	75,2	74.727	99.544
5	49,4	71,3	64.871	99.452
10	46,5	66,4	62.089	99.393
20	38,4	56,6	59.287	99.059
30	31,4	46,9	54.454	98.331
40	24,5	37,4	48.775	97.306
50	18	28,3	41.228	94.447
60	12,1	20	31.124	87.765
70	7,3	12,8	17.750	73.595
80	4,1	7,2	5.035	46.179
90	2,3	3,6	330	12.671

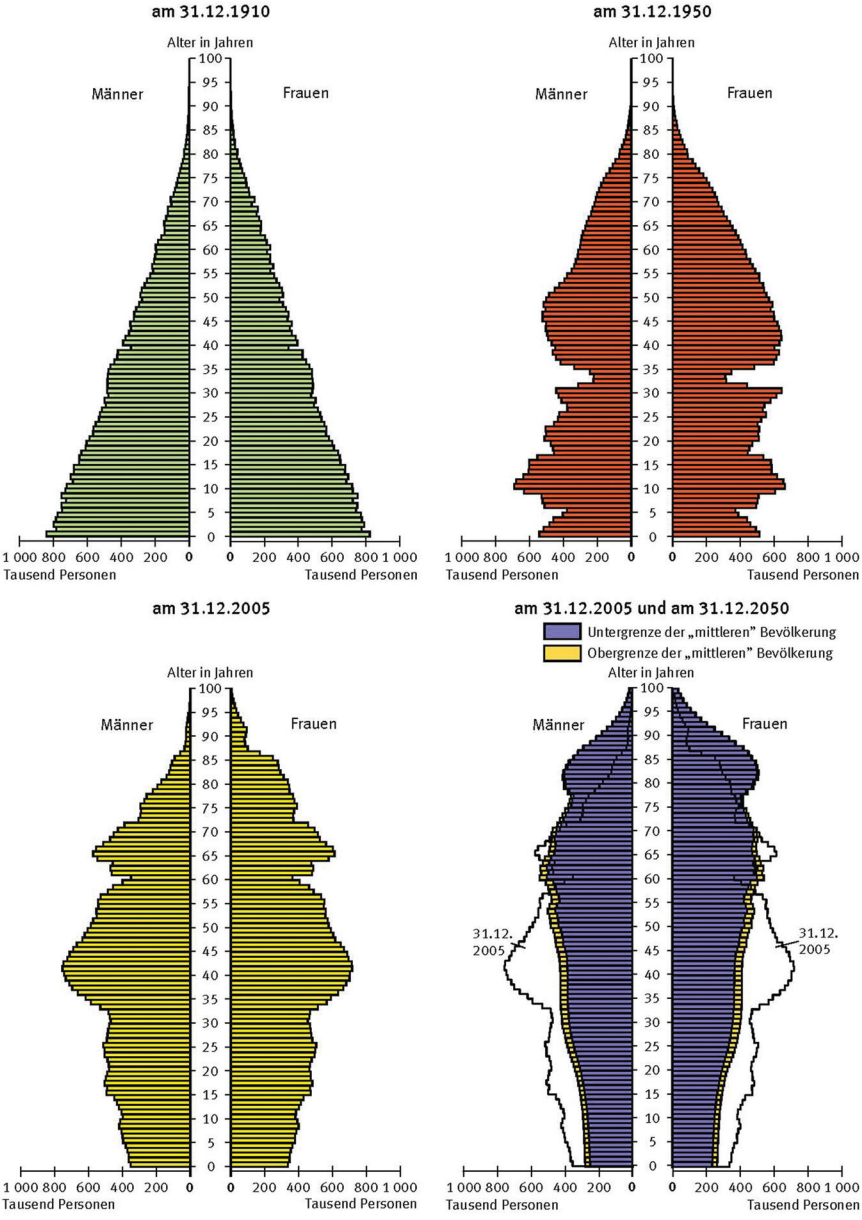
Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 37.

In längerfristiger Perspektive zeigt sich nicht nur ein kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung für beide Geschlechter, sondern auch eine Verringerung der Differenz in der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern. Bei den 65-Jährigen können die Frauen gegenwärtig immer noch mit einer um 3,5 Jahre höheren Lebenserwartung rechnen als die Männer. Im Vergleich zu Beginn der 1960er Jahre hat sich diese Differenz aber um rund 20% verringert (Grünheid 2006:58).

3.1.3 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung

Der Prozess der demographischen Alterung hat in Deutschland bereits vor über 100 Jahren am Ende des 19. Jahrhunderts begonnen. Eingeleitet wurde er durch ein starkes Absinken des Geburtenniveaus, das im 20. Jahrhundert unter das Bestandserhaltungsniveau fiel (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004:19f.), wodurch die „Alterung von unten“ einsetzte. Seit Mitte der 1970er Jahre verstärkt die steigende Lebenserwartung in den höheren Altersgruppen den Alterungsprozess nachhaltig („Alterung von oben“). Der Prozess der demographischen Alterung hat schließlich dazu geführt, dass auch die Zahl und der Anteil an hochaltrigen Menschen (80 Jahre und älter) deutlich gestiegen sind („doppeltes Altern“) (Schimany 2005:6ff).

Abbildung 5: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Quelle Statitisches Bundesamt (2006: 16)

Die Bevölkerungsstruktur weicht daher schon lange von der Vorstellung ab, die sich in Form der Bevölkerungspyramide darstellen lässt (siehe Abbildung 5): Die stärksten Jahrgänge stellen die Kinder, und die Besetzungszahlen der jüngeren Jahrgänge verringern sich allmählich als Folge der Sterblichkeit. Einen Altersaufbau in Form einer Pyramide hatte noch das Deutsche Reich von 1910. Für 1950 zeigt sich, dass die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre deutliche Einschnitte in der Pyramide hinterlassen haben. Heute gleicht der Bevölkerungsaufbau Deutschlands eher einer „zerzausten Wettertanne“: Das mittlere Alter ist am stärksten besetzt, während zu den Jüngeren und Älteren weniger Personen gehören (Statistisches Bundesamt 2006:17).

Mit dem veränderten Altersaufbau gehen auch signifikante Verschiebungen im Verhältnis der einzelnen Altersgruppen zueinander einher (siehe Tabelle 4). Betrachtet man den Zeitraum von 1990 bis 2005, dann ist die Altersstruktur durch leicht sinkende Anteile der jüngeren Altersgruppen, durch ebenfalls leicht abnehmende Anteile im mittleren Altersbereich bis 60 Jahre und durch ein kontinuierliches Ansteigen der Bevölkerung im höheren bzw. hohen Alter gekennzeichnet. Bereits heute entspricht der Anteil der 65-Jährigen und Älteren mit 19% in etwa dem Anteil der unter 20-Jährigen mit 20%. Als Folge der veränderten Altersstruktur hat auch das durchschnittliche Alter der Bevölkerung zwischen 1990 und 2005 von gut 39 auf über 42 Jahre zugenommen (Grobecker et al. 2007:53).

Tabelle 4: Entwicklung der Altersstruktur in Deutschland 1990 - 2005

Jahr	Anteil der Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	unter 20	20 - 60	60 - 80	80 und älter
1990	21,7	57,9	16,6	3,8
1995	21,5	57,4	17	4
2000	21,1	55,3	19,8	3,8
2001	20,9	55	20,2	3,9
2002	20,7	54,9	20,3	4,1
2003	20,5	54,9	20,5	4,2
2004	20,3	54,8	20,6	4,3
2005	20	55,1	20,5	4,5

Quelle: Grobecker et al. 2007: 54.

Ein wichtiges Merkmal des Alterungsprozesses ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung (unter 20 Jahren) gegenübergestellt, für deren Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, erhält man den Jugendquotienten. Wird die ältere Bevölkerung (ab 65 Jahren) als Gruppe potenzieller Empfänger von Leistungen der Alterssicherungssysteme auf die Bevölkerung im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen bilden den Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe für die jüngere und ältere Bevölkerung zu sorgen hat bzw. „Belastungen" trägt. Zu Beginn der 1990er Jahre lag der Gesamtquotient auf einem historisch sehr niedrigen Niveau – bedingt durch den bereits deutlich gesunkenen Jugendquotienten seit etwa 1970 und den noch nicht stärker angestiegenen Altenquotienten, nachdem er zwischen 1970 und 1990 leicht zurück ging (siehe Tabelle 5). Seitdem ist es jedoch zu einem kontinuierlichen Anstieg des Gesamtquotienten von 58 auf 65 gekommen (wobei die Bevölkerung im Erwerbsalter mit 20 bis 64 Jahren abgegrenzt wird). Ursache hierfür war der schnelle Anstieg des Altenquotienten von 24 auf 32, während sich der Jugendquotient nur noch geringfügig von 34 auf 33 verringerte.

Tabelle 5: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in Deutschland 1950 – 2005

Jahr	Jugendquotient	Altenquotient	Gesamtquotient
1950	51,0	16,0	67,0
1970	53,0	25,0	78,0
1990	34,2	23,6	57,8
1995	34,3	24,7	59,0
2000	34,0	26,8	60,7
2001	33,8	27,5	61,3
2002	33,5	28,3	61,8
2003	33,3	29,3	62,6
2004	33,1	30,5	63,6
2005	32,9	31,7	64,6

Anmerkung: Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Gesamtquotient: unter 20-Jährige und ab 65-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Quelle: Grünheid 2006: 16 und Statistisches Bundesamt 2006: 24.

3.1.4 Wanderungen

Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf das Zustandekommen von Migrationsstatistiken und die Grenzen ihrer Aussagekraft sowie auf die Darstellung der allgemeinen Wanderungsdaten, wobei eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge bzw. von Migranten anhand verschiedener Merkmale vorgenommen wird. Nicht eingegangen wird dagegen auf die einzelnen Zuwanderergruppen, die verschiedenen Migrationsarten sowie die rechtlichen Grundlagen für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern aufgrund der Speicherung der Aufenthaltszwecke nach dem Aufenthaltsgesetz im Ausländerzentralregister (AZR). Siehe hierzu die Migrationsberichte 2005 und 2006 in der Bearbeitung von Rühl (2006, 2007). Nicht eingegangen wird zudem auf die Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland seit 1950, die bis heute in sieben Phasen gegliedert werden kann (Meier-Braun 2006).

3.1.4.1 Definitionen und Datenquellen

Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die internationale Migration von und nach Deutschland beinhaltet die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes (Außenwanderung). Im Folgenden wird nur die Außenwanderung, nicht jedoch die Binnenmigration innerhalb Deutschlands betrachtet.

Grundlage der Wanderungszahlen ist die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Bei einem Wohnungswechsel über die Grenzen Deutschlands hinweg besteht nach den Meldegesetzen des Bundes und der Länder die Pflicht, sich bei der zuständigen kommunalen Meldebehörde an- bzw. abzumelden. Von dieser Pflicht grundsätzlich befreit sind Mitglieder ausländischer Stationierungsstreitkräfte und der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen. Bei der An- und Abmeldung werden u.a. die folgenden personenbe-

zogenen Merkmale erfasst: Herkunfts- bzw. Zielort, Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und rechtliche Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine andere besitzen (Mehrstaater), gehen nur als Deutsche in die Statistik ein.

Die Statistischen Landesämter werten die Meldescheine, die bei einem Wohnungswechsel in den Einwohnermeldeämtern anfallen, aus und melden ihre Ergebnisse an das Statistische Bundesamt, welches die Meldungen zu einer Bundesstatistik aufbereitet. Diese Statistik basiert auf der Zahl der grenzüberschreitenden Umzüge. Personen, die mehrmals pro Jahr zu- oder abwandern, gehen somit mehrmals in die Statistik ein, vorausgesetzt sie melden sich ordnungsgemäß an oder ab. Es handelt sich bei der Wanderungsstatistik Deutschlands somit um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Insofern ist die Zahl der Wanderungsfälle stets etwas größer als die Zahl der in diesem Jahr tatsächlich gewanderten Personen.

Auf der anderen Seite gehen diejenigen, die eine Meldung unterlassen, nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. Einige vergessen die Abmeldung, andere, insbesondere Ausländer aus Drittstaaten (Nichtunionsbürger) unterlassen sie, um sich eine Aufenthaltsoption oder Einbürgerung in Deutschland zu sichern. Die Ab- und Rückwanderungszahlen von Ausländern aus Deutschland werden daher von der amtlichen Fortzugsstatistik unterschätzt. Gleichzeitig enthält die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen nicht, die sich ihrer Meldepflicht entziehen oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten („illegale Migration“).

Ausschlaggebend für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ist die Angabe einer Wohnadresse, wobei die Länge des Aufenthalts unerheblich ist. Asylbewerber werden ebenso als Zuwanderer betrachtet, auch wenn ihr Aufenthalt vielfach nur von vorübergehender Dauer ist.

Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also bei Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmern, und zum Teil bei Aufenthalten aus Gründen der Ausbildung ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an rechtlich vorgegeben. Die Wanderungsstatistik enthält zudem keine Informationen darüber, um welche Form der Migration es sich bei einem Zuzug bzw. Fortzug handelt. Ein Zuwanderer aus der Russischen Föderation kann beispielsweise als Spätaussiedler, Asylbewerber, Student oder auch im Rahmen des Familiennachzugs eingereist sein, ohne dass dies aus der Zuzugsstatistik ersichtlich wird.

Eine Wanderungsstatistik, die auch als Grundlage für integrationspolitische Maßnahmen dienen kann, sollte in der Lage sein, die unterschiedlichen Zwecke für den Aufenthalt in Deutschland abzubilden. Diese Unterschiede liegen in den verschiedenen rechtlichen Grundlagen, welche die Einreise und den Aufenthalt regeln. Die Wanderungsstatistik weist jedoch bislang nicht den Zweck der Zuwanderung aus. Dadurch ist nicht ersichtlich, in welchem quantitativen Ausmaß und mit welcher Aufenthaltsdauer die einzelnen Zuwanderergruppen in die Statistik eingehen.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde das Melderecht zum 1. September 2006 in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes überführt. Es ist vorgesehen, bis Ende des Jahres 2008 ein Meldegesetz zu verabschieden, welches das derzeit geltende Melderechtsrahmengesetz und die einzelnen Landesmeldegesetze ablösen soll. Wesentlicher Bestandteil des geplanten Meldegesetzes ist die Errichtung eines Bundesmelderegisters, in dem die Daten der derzeit 5.283 kommunalen Meldebehörden zusammengeführt und zentral gespeichert werden. Dadurch wird künftig eine einheitliche Erfassung des Wanderungsgeschehens ermöglicht.

Zusätzlich zur Wanderungsstatistik kann auch das Ausländerzentralregister (AZR) als weitere Datenquelle zur Betrachtung des Migrations-

geschehens herangezogen werden. Seit Anfang 2006 ermöglicht das AZR durch die Aufnahme neuer Speichersachverhalte (Erfassungskriterien) eine differenziertere Darstellung des Migrationsgeschehens. Dies betrifft insbesondere die Erfassung der rechtlichen Grundlagen nach dem Aufenthaltsgesetz hinsichtlich Aufenthaltszweck und Dauer. Dadurch lassen sich genauere Aussagen über das Migrationsgeschehen treffen, etwa zur voraussichtlichen Dauer verschiedener Personengruppen. Die Daten des AZR ermöglichen damit Aussagen über die Größenordnung der längerfristigen Zuwanderung. So handelt es sich bei fast allen Formen der Arbeitsmigration um temporäre und nicht um dauerhafte Zuwanderung, da die Dauer der Aufenthaltserlaubnisse an die Befristung des Arbeitsverhältnisses gekoppelt ist.

Da die Daten des AZR personenbezogen sind und Ausländer erst registriert werden, wenn sie sich „nicht nur vorübergehend“ (§ 2 Abs. 1 AZRG) im Bundesgebiet aufhalten, sind die Zu- und Abwanderungszahlen auf Basis des AZR niedriger als die Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In der Regel gehen Ausländer in das AZR erst ein, wenn sie sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten, während Personen in die Zu- und Fortzugsstatistik eingehen, sobald sie sich an- bzw. abmelden.

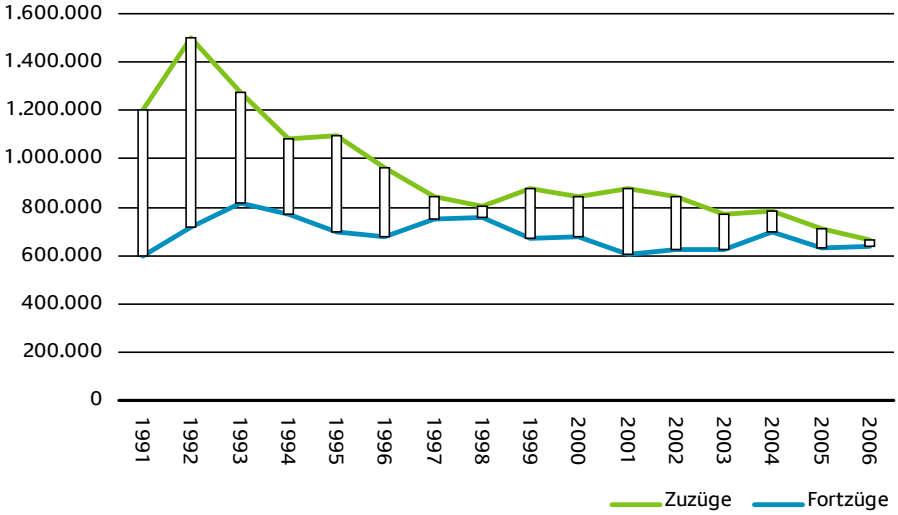
Trotz Verbesserungen in den letzten Jahren – etwa durch die Speicherung der Aufenthaltszwecke im AZR und die Erfassung des Migrationshintergrunds im Mikrozensus – ist die Migrationsstatistik in Deutschland derzeit noch durch Mängel gekennzeichnet, die keine exakte Abbildung von Wanderungsbewegungen und die Analyse von Integrationsverläufen (aufgrund fehlender Möglichkeiten der Historisierung von Daten) erlauben.

3.1.4.2 Migrationsgeschehen

Zunächst wird ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der amtlichen Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes gegeben. Danach wird eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge anhand der Kriterien Herkunfts- und Zielland sowie Staatsangehörigkeit bzw. von Migranten nach Alter und Geschlecht vorgenommen.

Von 1991 bis 2006 wurden etwa 15,1 Mio. Zuzüge vom Ausland nach Deutschland registriert. Diese hohen Zuzugszahlen resultieren vor allem aus dem - bis Mitte der 1990er Jahre - starken Zuzug von (Spät-)Aussiedlern, der bis 1992 gestiegenen Zahl von Asylsuchenden, die seitdem jedoch kontinuierlich gesunken ist, den seit 1991/92 aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohenen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, von denen die meisten bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sowie aus der gestiegenen, aber zeitlich begrenzten Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere von Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmern. Im gleichen Zeitraum waren 10,9 Mio. Fortzüge aus dem Bundesgebiet ins Ausland zu verzeichnen. Die letzten sechzehn Jahre ergeben einen Wanderungsüberschuss von fast 4,2 Mio. Personen. Während für das Migrationsgeschehen der 1990er Jahre in Deutschland die erleichterte Ausreise aus den osteuropäischen Staaten und die Bürgerkriegssituation in Jugoslawien bestimmend waren, bewegt sich seit Anfang des 21. Jahrhunderts das Migrationsgeschehen auf einem zunehmend niedrigeren Niveau (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Zu- und Fortzüge nach und von Deutschland 1991-2006



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Nachdem bereits im Jahr 2005 mit 707.352 Zuzügen die niedrigste Zuzugszahl seit 1987 registriert wurde, sank die Zahl im Jahr 2006 weiter auf 661.855 Zuzüge, darunter 558.467 Zuzüge von ausländischen Staatsangehörigen (siehe Tabelle 6). Damit ist die Zahl der gesamten Zuzüge um 6,4% gegenüber 2005 gesunken. Die Zahl der Fortzüge stieg im Jahr 2006 leicht um 1,7% gegenüber dem Vorjahr auf 639.064 Fortzüge, darunter 483.774 Fortzüge von Ausländern. Der Gesamtwanderungssaldo (Deutsche und Ausländer) hat sich somit gegenüber den Vorjahren weiter verringert und liegt bei einem Überschuss von +22.791 Zuzügen. Damit wurde im Jahr 2006 der niedrigste Gesamtwanderungsüberschuss seit 1984 registriert. Auch der Wanderungsüberschuss der Ausländer ist gegenüber dem Vorjahr gesunken und betrug im Jahr 2006 +74.693 Zuzüge.

Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger am Zuwanderungsgeschehen ist im Jahr 2006 auf 84,4% angestiegen. Dementsprechend ist der Anteil Deutscher an der Zuwanderung auf 15,6% gesunken. Grund hierfür ist der anhaltende, im Jahr 2006 deutlich ausgefallene Rückgang der Spät-

aussiedlerzuwanderung. Des weiteren handelt es sich bei der Zuwanderung von Deutschen um aus dem Ausland rückwandernde deutsche Staatsangehörige. Insgesamt wurden im Zeitraum von 1991 bis 2006 fast 3,5 Mio. Zuzüge von Deutschen registriert, darunter – insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – viele (Spät-)Aussiedler. Im selben Zeitraum verließen jedoch auch fast 2,0 Mio. deutsche Staatsangehörige das Bundesgebiet für längere Zeit oder für immer. Dabei wurden seit 1992 jährlich mehr als 100.000 Fortzüge von Deutschen verzeichnet. 2006 waren es mehr als 155.000 Fortzüge. Insgesamt stieg die Zahl der Fortzüge von Deutschen in den letzten Jahren an und damit auch der Anteil deutscher Staatsangehöriger an der Abwanderung (Sauer/Ette 2007). Dieser Anteil betrug im Jahr 2006 24,3%, nachdem er bis zum Jahr 2002 jährlich bei unter 20% lag.

Tabelle 6: Zu- und Fortzüge nach und von Deutschland 1991-2006

Jahr	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss)	
	Gesamt	darunter Ausländer	Anteil in %	**Gesamt**	darunter Ausländer	Anteil in %	**Gesamt**	darunter Ausländer
1991	**1.198.978**	925.345	77,2	**596.455**	497.540	83,4	**602.523**	427.805
1992	**1.502.198**	1.211.348	80,6	**720.127**	614.956	85,4	**782.071**	596.392
1993	**1.277.408**	989.847	77,5	**815.312**	710.659	87,2	**462.096**	279.188
1994	**1.082.553**	777.516	71,8	**767.555**	629.275	82	**314.998**	148.241
1995	**1.096.048**	792.701	72,3	**698.113**	567.441	81,3	**397.935**	225.260
1996	**959.691**	707.954	73,8	**677.494**	559.064	82,5	**282.197**	148.890
1997	**840.633**	615.298	73,2	**746.969**	637.066	85,3	**93.664**	-21.768
1998	**802.456**	605.500	75,5	**755.358**	638.955	84,6	**47.098**	-33.455
1999	**874.023**	673.873	77,1	**672.048**	555.638	82,7	**201.975**	118.235
2000	**841.158**	649.249	77,2	**674.038**	562.794	83,5	**167.120**	86.455
2001	**879.217**	685.259	77,9	**606.494**	496.987	81,9	**272.723**	188.272
2002	**842.543**	658.341	78,1	**623.255**	505.572	81,1	**219.288**	152.769
2003	**768.975**	601.759	78,3	**626.330**	499.063	79,7	**142.645**	102.696
2004 [1]	**780.175**	602.182	77,2	**697.632**	546.965	78,4	**82.543**	55.217
2005	**707.352**	579.301	81,9	**628.399**	483.584	77	**78.953**	95.717
2006	**661.855**	558.467	84,4	**639.064**	483.774	75,7	**22.791**	74.693

1) Die Zahlen für 2004 sind überhöht, da Hessen zu hohe Wanderungszahlen von Deutschen gemeldet hat.

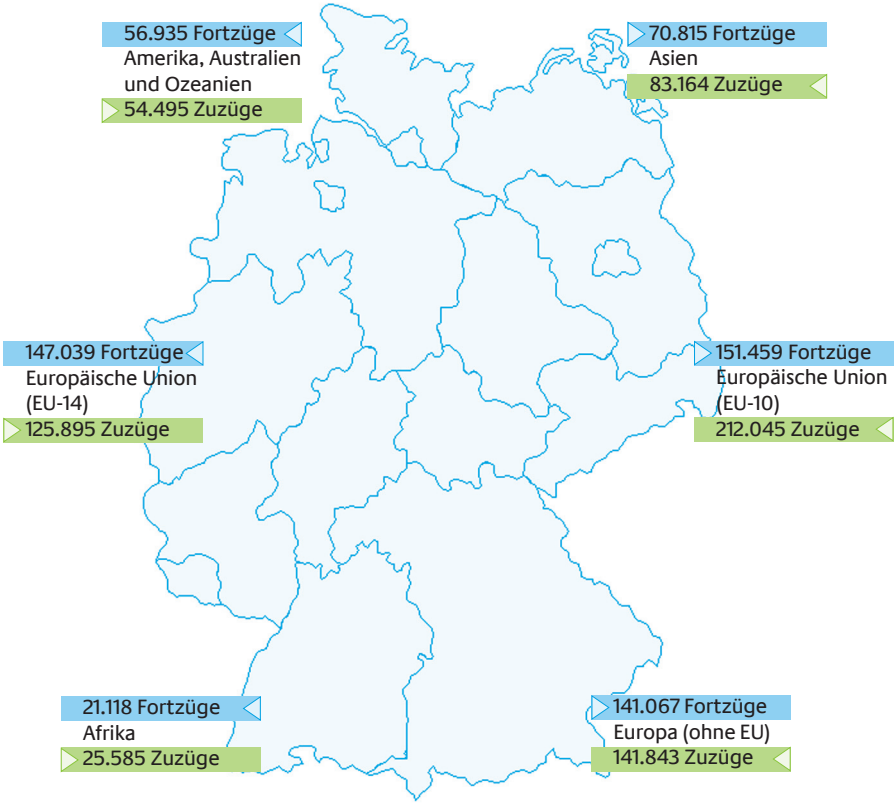
Quelle: Statistisches Bundesamt.

3.1.4.3 Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern

Wie die Jahre zuvor, so betraf auch im Jahr 2006 der Großteil des Migrationsgeschehens in Deutschland Menschen aus europäischen Staaten: fast drei Viertel aller zugezogenen Personen (72,5%) stammten aus Europa (einschließlich der Russischen Föderation und der Türkei). Rund 19,0% kamen aus den alten Staaten der Europäischen Union (EU-14) und 32,0% aus den zehn neuen EU-Staaten (EU-10). Damit liegt der Anteil der Zuzüge aus den EU-Staaten mittlerweile bei etwas mehr als der Hälfte aller Zuzüge. 21,4% aller zugezogenen Personen kam aus dem übrigen Europa. Weitere 12,6% der Zugezogenen kamen aus Asien. Damit hat sich deren Anteil gegenüber 2005 leicht verringert. Weitere 8,2% kamen aus Amerika, Australien und Ozeanien sowie 3,9% aus Afrika. Auch unter den Fortgezogenen war Europa die Hauptzielregion (68,8%). Ein knappes Viertel (23,0%) reiste in einen der alten, 23,8% in einen der neuen Mitgliedstaaten der EU und 22,1% in einen europäischen Nicht-EU-Staat (vgl. Abbildung 7).

Nachdem der Migrationssaldo mit der Europäischen Union (EU-14) seit Ende der 1990er Jahre eher ausgeglichen war, - die Zahl der Zuzüge entsprach in etwa der Zahl der Fortzüge, - fällt er seit dem Jahr 2002 negativ aus. Bis 2004 stieg der negative Wanderungssaldo auf –43.705. Im Jahr 2006 betrug er –21.144. Dagegen wurden aus den neuen EU-Staaten mehr Zu- als Fortzüge registriert, so dass sich im Jahr 2006 ein Wanderungsüberschuss von +60.586 ergab. Der Wanderungssaldo gegenüber den europäischen Nicht-EU-Staaten war nahezu ausgeglichen (+676), nachdem er im Jahr 2005 noch +29.753 betrug. Dagegen war gegenüber Asien auch im Jahr 2006 ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen: 83.164 Zuzügen standen 70.815 Fortzüge gegenüber. Der Wanderungsüberschuss mit +12.349 fiel damit jedoch deutlich geringer als in den Vorjahren aus.

Abbildung 7: Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland 2006



Anmerkung: Jeweils Ausländer und Deutsche insgesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Hauptherkunftsland im Jahr 2006 war Polen mit 163.643 Zuzügen. Davon waren etwa zwei Drittel Zuzüge von Männern. Die Zuzüge aus Polen entsprachen einem Anteil von 24,7% an allen Zuzügen (2005: 159.157 bzw. 22,5%). Insgesamt war damit in den drei Jahren seit dem EU-Beitritt Polens ein Anstieg der Zuzüge um 56,0% festzustellen. Zahlreiche Polen kamen zur temporären Arbeitsaufnahme als Werkvertrags- oder Saisonarbeitnehmer.

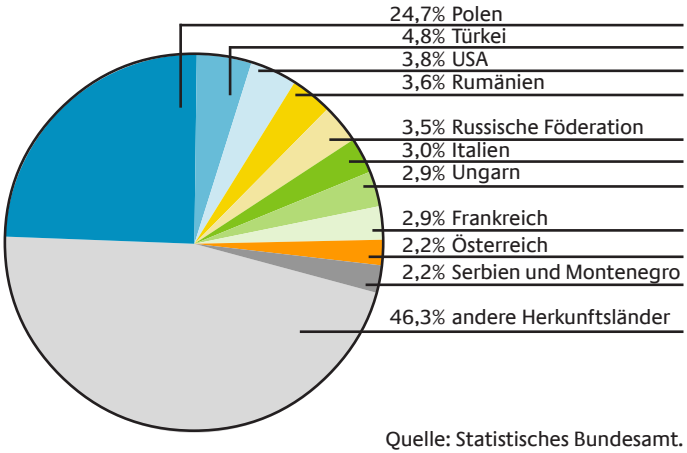
Aus der Türkei, dem mit einem Anteil von 4,8% an den Zuzügen quantitativ zweitwichtigsten Herkunftsland, wurden 31.449 Zuzüge nach Deutschland registriert. Das Migrationsgeschehen aus der Türkei ist insbesondere durch Zuwanderung im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs und Asylantragsteller gekennzeichnet. Die weiteren Hauptherkunftsländer im Jahr 2006 waren die USA (3,8%) und Rumänien (3,6%). Der Anteil der Zuzüge aus der Russischen Föderation betrug 3,5%, nachdem dieser im Jahr 2005 noch bei 6,1% lag. Ein Großteil hiervon waren Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen, wobei ein deutlicher Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. So gingen im Jahr 2006 nur noch circa 29% der Zugezogenen aus der Russischen Föderation als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein, nachdem dieser Anteil im Vorjahr noch etwa 48% betrug. Der Anteil an den Zuzügen aus Italien, Ungarn und Frankreich betrug jeweils etwa 3%. Auf Österreich sowie Serbien und Montenegro entfielen jeweils 2,2% (siehe Abbildung 8).

Hauptzielland im Jahr 2006 war Polen mit 112.492 registrierten Fortzügen aus Deutschland (2005: 105.491). Dies entsprach einem Anteil von 17,6% an allen Fortzügen des Jahres 2006 (siehe Abbildung 9). 71,4% der Fortzüge nach Polen waren Fortzüge von Männern. 5,2% der Fortzüge entfielen auf die Türkei, 4,6% auf die USA, 4,2% auf Italien und 3,5% auf die Schweiz. Dabei war der Großteil der in die Schweiz abgewanderten Personen Deutsche (81,0% der 22.240 Fortzüge). Dagegen war die Russische Fö-

deration, aus der zu einem großen Teil Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen nach Deutschland zuzogen, nicht unter den häufigsten Zielländern zu finden: Nur wenige der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen kehren in ihre Herkunftsgebiete zurück.

Abbildung 8: Zuzüge nach den häufigsten Herkunftsländern 2006

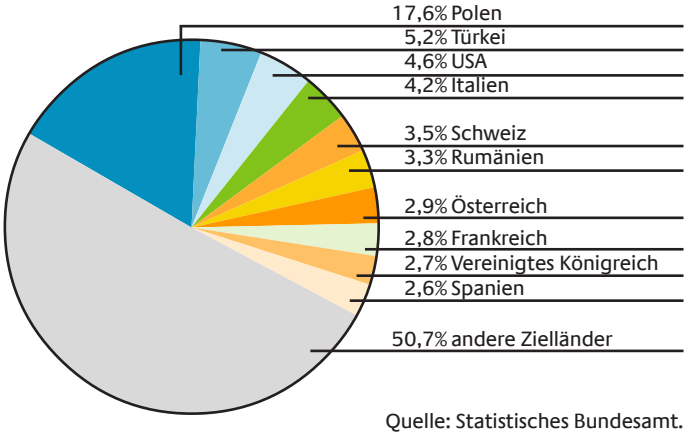
Gesamtzahl: 661.855



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 9: Fortzüge nach den häufigsten Herkunftsländern 2006

Gesamtzahl: 639.064

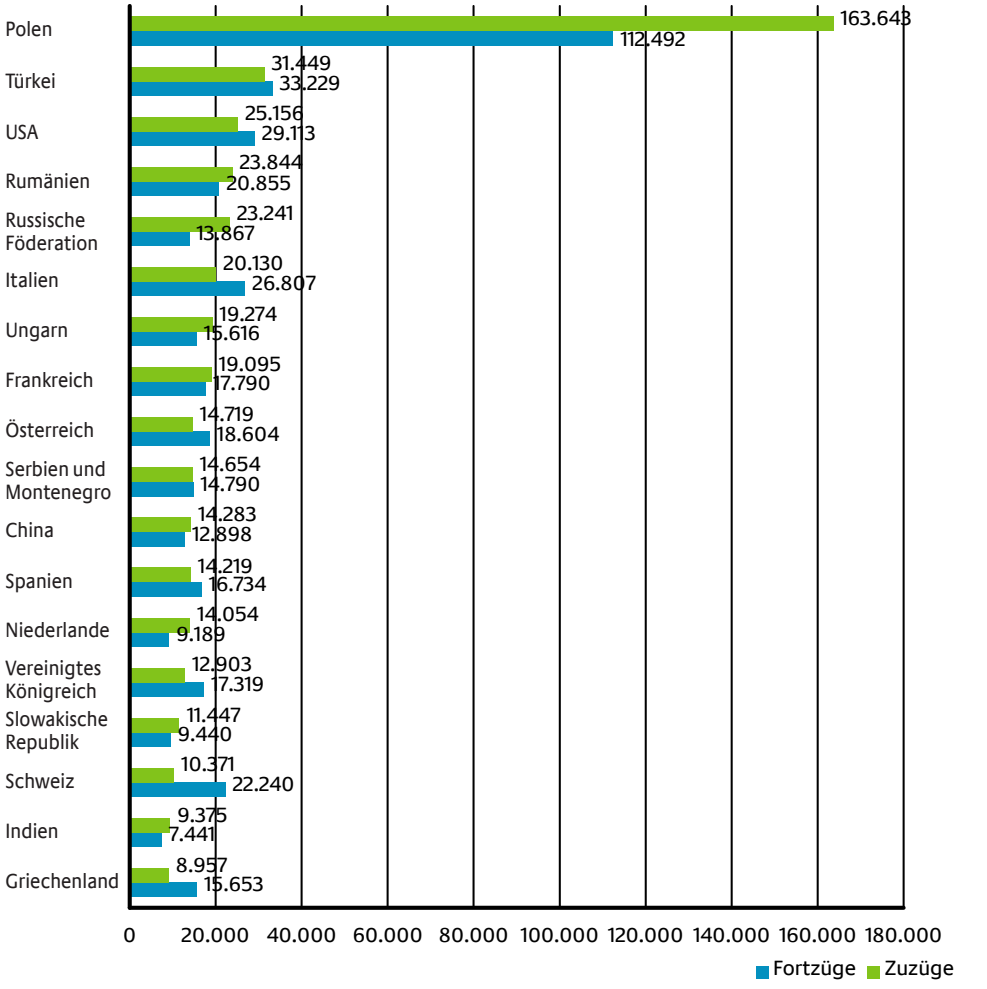


Quelle: Statistisches Bundesamt.

Insbesondere gegenüber Polen war im Jahr 2006 mit +51.151 ein deutlich positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen (2005: +53.666) (siehe Abbildung 10). Auch im Fall der Russischen Föderation wurden mit +9.374 mehr Zu- als Fortzüge registriert. Allerdings fiel der Wanderungsüberschuss deutlich geringer aus als im Vorjahr (2005: +28.639). Während das Migrationsgeschehen mit Polen durch zumeist temporäre Arbeitsmigration gekennzeichnet ist, zeichnet sich die Zuwanderung aus der Russischen Föderation durch eher dauerhafte Formen der Migration aus. Ein Großteil der Zuzüge aus der Russischen Föderation entfällt auf Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer mit ihren Familienangehörigen, beides Zuwanderergruppen, die sich weitgehend dauerhaft in Deutschland niederlassen. Die Zuwanderung dieser Gruppen ist jedoch im Jahr 2006 stark zurückgegangen. Positiv fiel der Wanderungssaldo auch gegenüber den Niederlanden (+4.865) und Ungarn (+3.658) aus.

Dagegen ist im Jahr 2006 insbesondere gegenüber der Schweiz (-11.869), Griechenland (-6.696), Italien (-6.677) und dem Vereinigten Königreich (-4.416) ein deutlich negativer Wanderungssaldo festzustellen. Ein negativer Wanderungssaldo wurde erstmals seit den 1980er Jahren auch gegenüber der Türkei registriert (-1.780), nachdem im Vorjahr noch ein leichter Wanderungsüberschuss von +1.746 zu verzeichnen war. Der Wanderungssaldo gegenüber Serbien und Montenegro war im Jahr 2006 ausgeglichen, nachdem in den Jahren von 2001 bis 2005 aufgrund der anhaltenden Rückkehr von Kosovoflüchtlingen mehr Fort- als Zuzüge registriert wurden.

Abbildung 10: Zuzüge nach den häufigsten Herkunfts- und Zielländern 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt.

3.1.4.4 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Nachfolgend wird das aktuelle Wanderungsgeschehen Deutschlands nach der Staatsangehörigkeit der Migranten aufgeschlüsselt. Die Staatsangehörigkeit von Migranten muss nicht notwendigerweise mit dem Herkunfts- oder Zielland der Zu- oder Fortzüge übereinstimmen.

Die größte Gruppe der Zugezogenen im Jahr 2006 waren polnische Staatsangehörige mit 152.733 Zuzügen (2005: 147.716) (siehe Tabelle 7). Dies entspricht einem Anteil von fast einem Viertel an der Gesamtzuwanderung (23,1%). Die zweitgrößte Gruppe an den Zuzügen bildeten Deutsche mit 103.388 Zuzügen (2005: 128.051). Dies entspricht einem Anteil von 15,6% an allen Zuzügen. Diese Gruppe setzte sich zum einen aus Personen zusammen, die im Rahmen der Spätaussiedleraufnahme eingereist waren, zum anderen aus einer beachtlichen Anzahl an deutschen Rückwanderern. Die drittgrößte Gruppe waren mit 30.720 Personen bzw. 4,6% türkische Staatsangehörige (2005: 36.019). Die Zahl der Zuzüge türkischer Staatsangehöriger ist damit seit dem Jahr 2002, in dem sie mit etwa 58.000 Zuzügen noch 6,9% der Zugezogenen stellten, kontinuierlich gesunken. Weitere rund 23.000 (3,6%) der Zuwanderer stammten aus Rumänien, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr leicht zunahm.

Bei den Fortzügen stellten deutsche Staatsangehörige im Jahr 2006 mit fast einem Viertel der Gesamtabwanderung die größte Gruppe (155.290 bzw. 24,3%) vor polnischen Staatsangehörigen (107.569 bzw. 16,8%) (siehe Tabelle 7). 5,1% aller Abwandernden besaßen die türkische Staatsangehörigkeit. Einen Anteil von 4,0% bzw. 3,4% hatten Staatsangehörige aus Italien und aus Rumänien. Die Zu- und Fortzugszahlen zeigen, dass sich das Migrationsgeschehen zwischen Deutschland und Polen intensiviert hat und durch starke Pendelmigration, zumeist aufgrund temporärer Arbeitsaufnahme von polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, gekennzeichnet ist.

Eine nennenswerte Nettozuwanderung war bei Staatsangehörigen aus Polen (+45.164), der Russischen Föderation (+4.959) und den Niederlanden (+4.872) festzustellen, wobei der Wanderungssaldo russischer Staatsangehöriger im Jahr 2005 noch bei +10.179 lag.

Tabelle 7: Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2006 im Vergleich zum Vorjahr

Land der Staatsangehörigkeit	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo (Zuzugs- bzw. Fortzugsüberschuss)	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Polen	147.716	152.733	98.190	107.569	49.526	45.164
Deutschland	128.051	103.388	144.815	155.290	-16.764	-51.902
Türkei	36.019	30.720	34.466	32.424	1.553	-1.704
Rumänien	23.274	23.743	20.606	21.713	2.668	2.030
Ungarn	18.574	18.654	15.669	15.036	2.905	3.618
Italien	18.349	18.293	27.118	25.720	-8.769	-7.427
Russische Föderation	23.078	17.081	12.899	12.122	10.179	4.959
USA	15.228	15.435	14.409	14.904	819	531
Serbien und Montenegro	17.514	15.204	20.461	16.738	-2.947	-1.534
China	12.034	13.211	10.468	11.287	1.566	1.924
Frankreich	12.260	12.705	10.354	10.387	1.906	2.318
Slowakische Republik	11.806	11.400	9.088	9.542	2.718	1.858
Niederlande	10.088	10.726	5.479	5.854	4.609	4.872
Indien	8.364	9.500	7.095	8.228	1.269	1.272
Österreich	8.647	8.901	7.639	7.870	1.008	1.031
Kroatien	9.260	8.624	11.294	10.704	-2.034	-2.080
Griechenland	8.975	8.289	16.391	15.318	-7.416	-7.029
Vereinigtes Königreich	7.853	7.942	7.864	7.771	-11	171
Bulgarien	9.057	7.749	9.129	7.521	-72	228
Tschechische Republik	8.459	7.712	6.254	6.450	2.205	1.262

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Negativ fiel der Wanderungssaldo dagegen bei Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbestaaten Italien (-7.427), Griechenland (-7.029), Portugal (-1.728) und Spanien (-1.047) aus (siehe Tabelle 7). Damit setzte sich der seit einigen Jahren festzustellende Trend auch im Jahr 2006 fort. Weiterhin negativ war auch der Saldo von Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro (-1.534), der Ausdruck der sich fortsetzenden Rückkehr ehemaliger Flüchtlinge nach der Beendigung des Kosovo-Konflikts ist. Bei türkischen Staatsangehörigen war im Jahr 2006 zum ersten

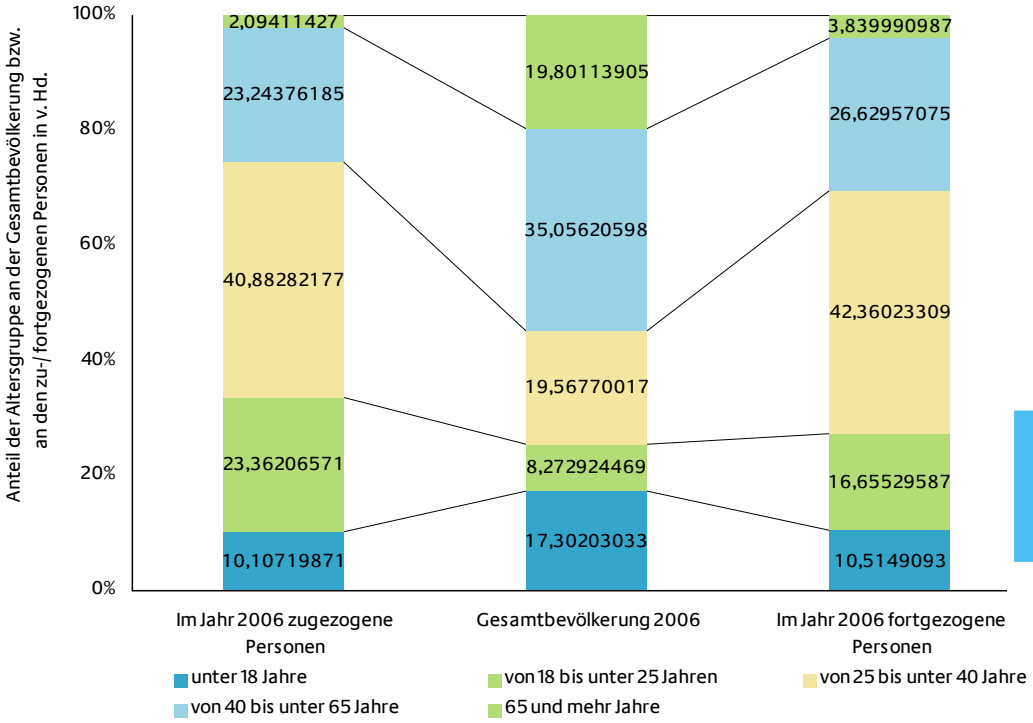
Mal seit Mitte der 1980er Jahre ebenfalls ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen (-1.704), nachdem im Vorjahr mit +1.553 noch ein leichter Wanderungsüberschuss registriert wurde. Insgesamt ist die Nettozuwanderung von türkischen Staatsangehörigen seit 2002 rückläufig.

Der Wanderungssaldo Deutscher war im Jahr 2006 deutlich negativ. Die Fortzüge Deutscher übertrafen deren Zuzüge um 51.902. Dies ist die höchste Nettoabwanderung von Deutschen seit Anfang der 1950er Jahre (Sauer/Ette 2007). Dies lag zum einen an den gestiegenen Abwanderungszahlen deutscher Staatsangehöriger, zum anderen am deutlichen Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs. So wurden im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr fast 24.000 Personen weniger registriert, die im Rahmen der Zuwanderung von Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingingen.

3.1.4.5 Alters- und Geschlechtsstruktur von Migranten

Die Bevölkerungsgröße eines Landes resultiert zum einen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und zum anderen aus der stattfindenden Migration. In soziodemographischer Hinsicht sind nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Bedeutung, sondern insbesondere deren Alters- und Geschlechtsstruktur. Die beiden Abbildungen zeigen, wie sich im Jahr 2006 die Zu- und Fortzüge nach Alter und Geschlecht zusammensetzten.

Abbildung 11: Zu- und Fortzüge nach Gesamtbevölkerung und Altersgruppen 2006



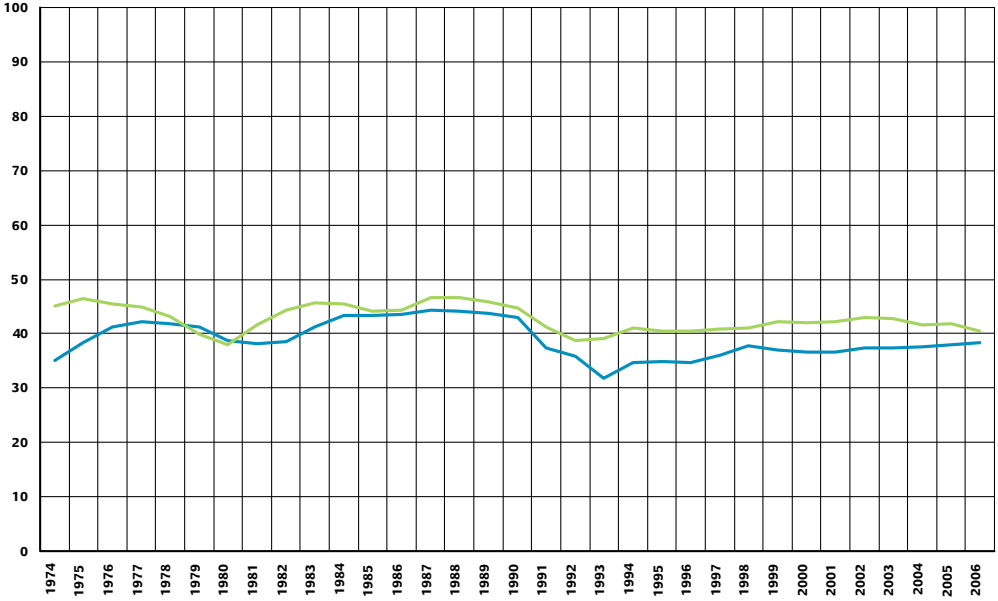
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung unterscheidet sich deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters (18 bis unter 40 Jahre) gekennzeichnet: knapp zwei Drittel (64,3%) der Zuziehenden gehörte dieser Altersgruppe an; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil bei nur 27,9%. Bei den älteren Jahrgängen stellt sich die Situation umgekehrt dar. Nur 2,1% der Zugezogenen waren älter als 65 Jahre gegenüber 19,8% an der Gesamtbevölkerung. In der jüngsten Altersgruppe (bis 18 Jahre) fällt dagegen der Anteil an der Gesamtbevölkerung höher aus als an den Zugezogenen: 10,1% zu 17,3%. Im Durchschnitt handelt es sich bei Zugezogenen aber um jüngere Men-

schen, wodurch die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung „verjüngt“ wird.

Von den fortziehenden Personen waren 59,1% 18 bis unter 40 Jahre alt. Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Migranten des Jahres 2006 zeigt sich, dass das Durchschnittsalter der Zugezogenen mit 31,2 Jahren circa zwei Jahre unter dem der Fortgezogenen (33,4 Jahre) lag. Dabei betrug das Durchschnittsalter der ausländischen Zugezogenen 31,1 Jahre, das der deutschen 31,8 Jahre. Bei den Fortzügen lag das Durchschnittsalter der Ausländer bei 34,0 Jahren, das der Deutschen bei 31,7 Jahren. Es verbleiben demnach mehr jüngere Personen, während die Älteren verstärkt fortziehen. Gleichwohl geht der Effekt einer durch Zuwanderung „verjüngten“ Altersstruktur teilweise durch die Abwanderung wieder verloren.

Abbildung 12: Frauenanteile bei den Zu- und Fortzügen 1974-2006



Angaben in Prozent.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Der Anteil der Frauen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als jener der Männer (siehe Abbildung 12). Die Anteile bleiben über die Zeit hinweg relativ konstant. Allerdings ist der Frauenanteil bei den Zuzügen (seit 1994 zwischen 40% und 43%) durchgängig höher als bei den Fortzügen (seit 1997 zwischen 36% und 39%). Eine Differenzierung nach einzelnen Herkunftsländern zeigt, dass einige Länder durch einen überproportional hohen Frauen- bzw. Männeranteil an den Zuzügen gekennzeichnet sind. So betrug der Frauenanteil der ausländischen Zugezogenen aus Thailand im Jahr 2006 etwa 78%. Grund für diesen hohen Anteil ist u.a. die Heiratsmigration aus diesem Land. Weitere Herkunftsländer mit hohem Frauenanteil an den ausländischen Zugezogenen sind Kenia (78%), Peru (70%), die Ukraine (68%), die Philippinen (67%), Georgien (67%), Weißrussland (65%), die Russische Föderation (62%) und Litauen (62%). Ein überproportional hoher Männeranteil an den ausländischen Zugezogenen ist für die Herkunftsländer Ungarn (77%), Algerien (77%), Kroatien (72%), Libanon (71%), Indien (71%) und Tunesien (70%) festzustellen.

3.2 Bevölkerungsentwicklung in Europa

Nachfolgend wird weitgehend nur auf die Bevölkerungsentwicklung in der Europäischen Union (EU) eingegangen. Europa als Kontinent wird im Kontext der globalen Bevölkerungsentwicklung behandelt, wenn ein Vergleich von Makroräumen vorgenommen wird.

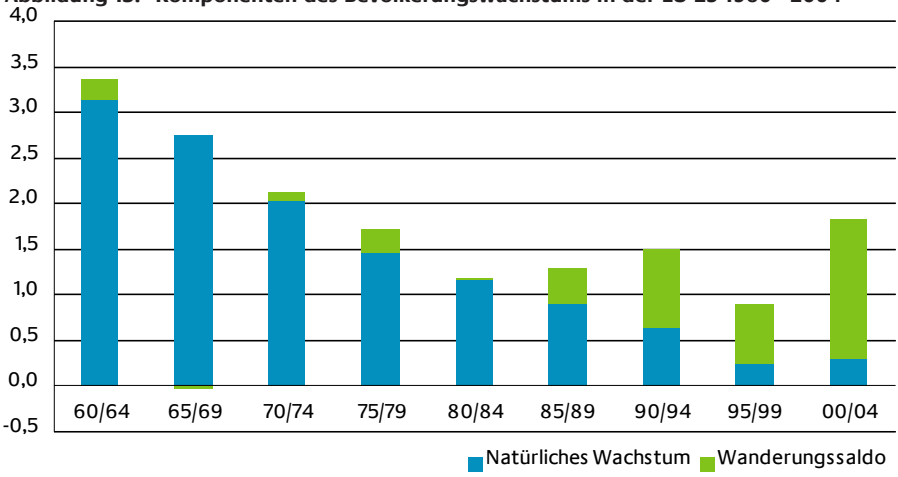
3.2.1 Entwicklung der Bevölkerung

Zu Beginn des Jahres 2005 betrug die Gesamtbevölkerung der EU rund 460 Mio. Einwohner. Auf die ehemalige EU-15 entfielen 385 Mio. und auf die zehn neuen Mitgliedstaaten 74 Mio. Menschen. Von 1960 bis 2005 stieg die Bevölkerung um 83,1 Mio. an, wobei die EU-15 um 70,6 Mio. und die EU-10 um 12,5 Mio. zunahm. Von 1960 bis Mitte der 1980er Jahre ging das jährliche Bevölkerungswachstum in den EU-Staaten deutlich zurück, wobei der Rückgang in der ehemaligen EU-15 weitaus stärker ausfiel als in den zehn neuen Mitgliedstaaten. Seit Mitte der 1990er Jahre stieg das jähr-

liche Bevölkerungswachstum in der EU-25 erneut an. Es erreichte 2004 wieder einen Wert wie zu Beginn der 1970er Jahre. Ein Bevölkerungsanstieg ist jedoch nur in den EU-15 Ländern zu verzeichnen, während das jährliche Bevölkerungswachstum in den neuen Mitgliedstaaten seit Mitte der 1990er Jahre leicht negativ ist.

Bis Ende der 1980er Jahre stellte das natürliche Wachstum die Hauptkomponente des Bevölkerungswachstums in der EU-25 dar. In den neuen Mitgliedstaaten liegt – bedingt durch den starken Geburtenrückgang nach 1990 – ein negatives natürliches Wachstum vor. In der EU-25 ist daher seit 1990 der Wanderungssaldo die Hauptkomponente des Bevölkerungswachstums. Seit 2000 entfallen über drei Viertel des gesamten Bevölkerungswachstums in der EU-25 auf die Zuwanderung (siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Komponenten des Bevölkerungswachstums in der EU-25 1960 - 2004

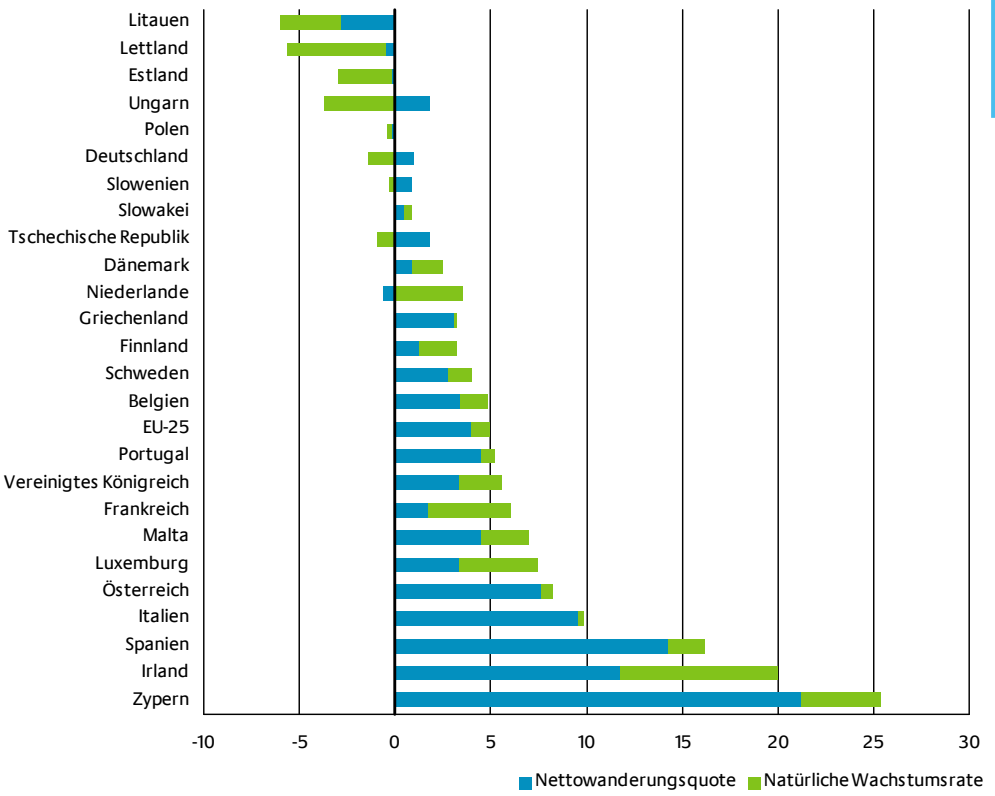


Angaben in Millionen
Quelle: Eurostat 2006: 46f.

Das Bevölkerungswachstum aufgrund von Zuwanderung entfällt allerdings fast völlig auf die EU-15, während die Zuwanderung in den neuen Mitgliedstaaten insgesamt unerheblich ist (siehe Abbildung 14). Die stärkste Wachstumsrate der Bevölkerung pro 1.000 Einwohner verzeich-

nete 2004 Zypern (25,4), gefolgt von Irland (20,0) und Spanien (16,2). In sechs Ländern lag 2004 ein Bevölkerungsrückgang vor. In Litauen, Lettland, Estland und Polen wurde er sowohl durch ein negatives natürliches Wachstum als auch durch einen negativen Wanderungssaldo verursacht, in Ungarn und Deutschland durch ein negatives natürliches Wachstum, das durch die Nettozuwanderung nicht vollständig ausgeglichen wurde. Weiterhin zeigt sich, dass ohne Wanderungsgewinne die Bevölkerung in den meisten ehemaligen EU-15 Ländern zurückgehen würde. Nur in Luxemburg, Frankreich, Finnland und Dänemark sowie den Niederlanden, die einen negativen Wanderungssaldo aufwiesen, überstieg im Jahr 2004 das natürliche Wachstum die Zuwanderung.

Abbildung 14: Wachstumsrate der Bevölkerung in den Ländern der EU-25 2004

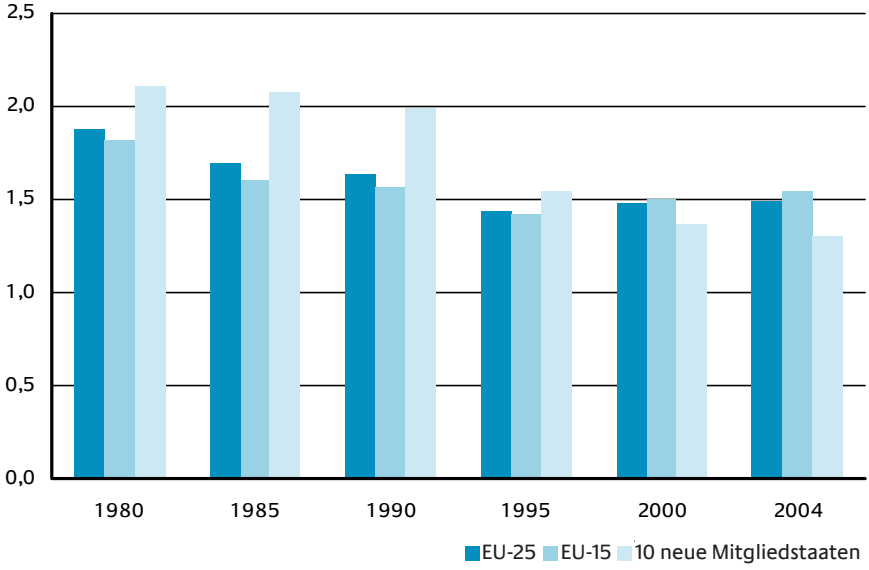


Angaben pro 1.000 Einwohner
Quelle: Eurostat 2006: 46; 48f.

3.2.2 Geburtenentwicklung

Die Fertilitätsrate (bzw. zusammengefasste Geburtenziffer) erreichte in der EU-25 im Jahr 1964 mit 2,72 ihren höchsten Wert seit den 1950er Jahren. Bis 1975 sank dieser Wert auf 2,02, womit das „Reproduktionsniveau" von 2,1 erstmals unterschritten wurde. In den Folgejahren nahm die Fertilitätsrate in der ehemaligen EU-15 nahezu kontinuierlich ab und erreichte Mitte der 1990er Jahre mit 1,42 ihren tiefsten Stand. Seitdem trat eine geringfügige Erholung ein: 2000 lag der Wert bei 1,50 und 2004 bei 1,54, womit in etwa wieder das Niveau von 1990 erreicht wurde (siehe Abbildung 15). Die Entwicklung der Fertilitätsrate in den neuen Mitgliedstaaten unterscheidet sich vom Verlauf in der ehemaligen EU-15. In den 1980er Jahren gab es einen nur leichten Rückgang, vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre setzte jedoch eine rasche und starke Abnahme ein. Dieser Trend setzte sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts fort, wobei der Wert im Jahr 2004 mit 1,25 etwas höher lag als im Vorjahr mit 1,23. Die drastischen Veränderungen hinsichtlich der Fertilitätsrate in den acht neuen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten werden auch dadurch deutlich, dass die Geburtenziffern 1980 und 1990 noch über dem EU-25-Durchschnitt lagen. Im Jahr 2004 lagen sie dagegen alle unter dem Durchschnittswert. Gleichwohl haben sich seit 1980 die Fertilitätsraten in der EU-25 einander stark angenähert. Im Jahr 1980 betrug der Unterschied zwischen der höchsten Rate in Irland (3,3) und der niedrigsten Rate in Luxemburg (1,5) 1,8. Im Jahr 2004 lag diese Rate wiederum zwischen Irland (2,0) und diesmal Slowenien (1,2) nur noch bei 0,8.

Abbildung 15: Zusammengefasste Geburtenziffer in der EU-25 1980 - 2004



Quelle: Eurostat 2006: 71; 76.

Betrachtet man die Geburtenentwicklung im langfristigen EU-Vergleich, dann zeigt sich für Deutschland eine Besonderheit (siehe Tabelle 8). Im Jahr 2004 wiesen in der EU neben den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten Slowenien (1,2), Tschechische Republik (1,2), Polen (1,2), Lettland (1,2), Slowakei (1,3), Litauen (1,3) und Ungarn (1,3) auch Griechenland (1,3), Spanien (1,3) und Italien (1,3) eine niedrigere zusammengefasste Geburtenziffer als Deutschland (1,35) auf. Im Jahr 1971 war das frühere Bundesgebiet mit einem Wert von 1,9 innerhalb der EU jedoch das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer. Im Jahr 1977 sank diese erstmals auf 1,4. Zu diesem Zeitpunkt hatten Italien, Griechenland und Spanien mit 2,0 bis 2,7 Kindern je Frau noch weit höhere Werte als das frühere Bundesgebiet. Auch die osteuropäischen Staaten wiesen noch bis Mitte der 1980er Jahre eine Geburtenziffer von 1,7 in Slowenien bis 2,3 in Polen auf. Der rasche Geburtenrückgang in diesen Staaten erfolgte erst ab 1990 als Reaktion auf

den Zusammenbruch des politischen Systems. Deutschland bzw. die frühere Bundesrepublik ist damit das einzige Land, das seit nunmehr etwa 30 Jahren ein derart niedriges Geburtenniveau von rund 1,4 Kindern je Frau aufweist.

Die alten EU-Mitgliedstaaten haben teilweise nach wie vor ein höheres Geburtenniveau als Deutschland. Länder wie Frankreich und die Niederlande konnten seit etwa Mitte der 1990er Jahre sogar eine leichte Zunahme der Geburtenhäufigkeit verzeichnen: von 1,7 auf 1,9 bzw. von 1,5 auf 1,7. Mit einer TFR von rund 1,9 weist Irland erstmals im Jahr 2005 nicht mehr den höchsten Wert innerhalb der EU-15 auf, sondern Frankreich mit 1,94.

Tabelle 8: Zusammengefasste Geburtenziffer in ausgewählten Ländern 1990 - 2005

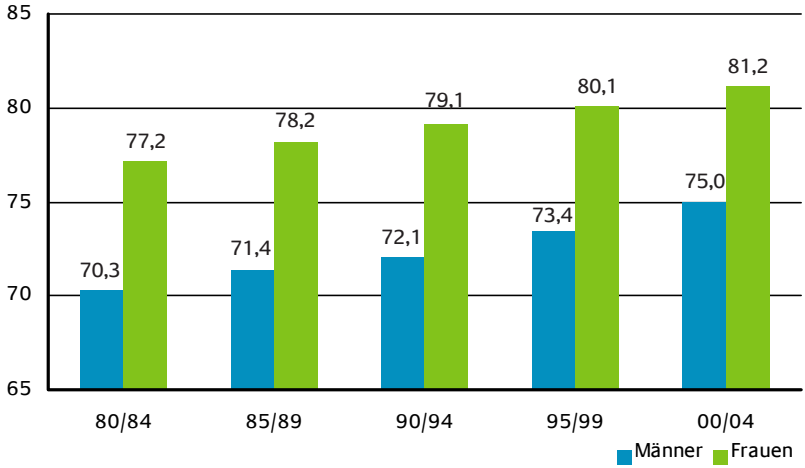
	1990	1995	2000	2004
EU-25	**1,64**	**1,44**	**1,48**	**1,49**
EU-15	**1,57**	**1,42**	**1,5**	**1,54**
Belgien	1,62	1,55	1,66	1,64
Dänemark	1,67	1,8	1,77	1,78
Deutschland	1,45	1,25	1,38	1,36
Estland	2,04	1,32	1,34	1,37
Finnland	1,78	1,81	1,73	1,8
Frankreich	1,78	1,7	1,88	1,9
Griechenland	1,39	1,32	1,29	1,29
Irland	2,11	1,84	1,9	1,99
Italien	1,33	1,18	1,24	1,33
Lettland	2,01	1,26	1,24	1,24
Litauen	2,03	1,55	1,39	1,26
Luxemburg	1,61	1,69	1,76	1,71
Malta	2,05	1,83	1,72	1,37
Niederlande	1,62	1,53	1,72	1,73
Österreich	1,46	1,42	1,36	1,42
Polen	2,04	1,61	1,34	1,23
Portugal	1,57	1,14	1,55	1,4
Schweden	2,13	1,73	1,54	1,75
Slowakei	2,09	1,52	1,3	1,24
Slowenien	1,46	1,29	1,26	1,25
Spanien	1,36	1,18	1,24	1,32
Tschechische Republik	1,89	1,28	1,14	1,22
Ungarn	1,87	1,58	1,32	1,28
Vereinigtes Königreich	1,83	1,71	1,64	1,74
Zypern	2,42	2,13	1,64	1,49
Weitere Staaten				
Bulgarien	1,81	1,24	1,3	1,29
Rumänien	1,83	1,34	1,31	1,29
Island	2,3	2,08	2,08	2,04
Norwegen	1,93	1,87	1,85	1,83
Schweiz	1,59	1,48	1,5	1,42
Türkei	-	-	2,27	2,21

* Eigene Berechnung.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 31, Eurostat 2006: 76 und Eurostat 2006b: 5.

3.2.3 Entwicklung der Lebenserwartung

Trotz der Zunahme der Bevölkerung ist die Zahl der Sterbefälle in der EU-25 aufgrund sinkender Sterbeziffern bisher ziemlich stabil. Mit rund 4,5 Mio. jährlichen Sterbefällen hat sich die Zahl seit 1980 kaum verändert. Mit dem Voranschreiten der demographischen Alterung werden die jährlichen Sterbefälle jedoch langfristig zunehmen. Die Entwicklung der Sterblichkeit lässt sich anhand des Verlaufs der Lebenserwartung bei Geburt veranschaulichen. Seit Beginn der 1980er Jahre ist die Lebenserwartung der Männer um 6,7% von 70,3 auf 75,0 Jahre gestiegen. Bei den Frauen fiel der Anstieg mit 5,2% von 77,2 auf 81,2 Jahre schwächer aus. Dadurch hat sich der Unterschied zwischen den Geschlechtern auf 6,2 Jahre weiter verringert (siehe Abbildung 16).

Abbildung 16: Lebenserwartung bei der Geburt für Männer und Frauen in der EU-25 1980 - 2004



Angaben in Jahre
Quelle: Eurostat 2006: 83 und 88f.

Auch die Unterschiede zwischen der EU-15 und den neuen Mitgliedstaaten haben sich zunehmend verringert. Gleichwohl weisen die acht mitteleuropäischen Länder bei den Männern und zumeist auch bei den Frauen weiterhin die niedrigsten Werte auf, während in Malta und Zypern

die Lebenserwartung bei Geburt für beide Geschlechter über dem EU-25-Durchschnitt liegt. Die Ungleichheiten in der Sterblichkeit spiegeln sich auch in den Unterschieden zwischen der Lebenserwartung von Männern und Frauen wider, die von rund vier Jahren in Malta und Schweden bis zu mehr als zehn Jahren in den drei baltischen Staaten reichen (Eurostat 2006:84).

Die Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren hat sich für Männer etwas günstiger entwickelt als für Frauen. Seit Beginn der 1980er Jahre ist in der EU-25 die Lebenserwartung mit 60 Jahren für Männer um 18% von 16,7 auf 19,8 Jahre und für Frauen um 13% von 21,1 auf 23,9 Jahre gestiegen. Damit hat sich der Unterschied zwischen den Geschlechtern ebenfalls bei der ferneren Lebenserwartung ver-

Tabelle 9: Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht in ausgewählten Ländern 2003

	Lebenserwartung bei Geburt 2003		Abweichung gegenüber Deutschland	
Länder	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
EU-15	**75,9**	**81,8**	**0,0**	**0,3**
Belgien	75,9	81,7	0,0	0,2
Dänemark	75,1	79,9	-0,8	-1,6
Deutschland	75,9	81,5	x	x
Finnland	75,1	81,8	-0,8	0,3
Frankreich	75,9	82,9	0,0	1,4
Griechenland	76,5	81,3	0,6	-0,2
Irland	75,8	80,7	-0,1	-0,8
Italien	76,8	82,5	0,9	1,0
Luxemburg	75,0	81,0	-0,9	-0,5
Niederlande	76,2	80,9	0,3	-0,6
Österreich	75,9	81,6	0,0	0,1
Portugal	74,2	80,5	-1,7	-1,0
Schweden	77,9	82,5	2,0	1,0
Spanien	76,9	83,6	1,0	2,1
Großbritannien	76,2	80,7	0,3	-0,8
Polen	70,5	78,8	-5,4	-2,7
Island	79,7	82,7	3,8	1,2
Norwegen	77,1	82,0	1,2	0,5
Schweiz	78,0	83,1	2,1	1,6
Türkei	68,6	73,4	-7,3	-8,1
USA	74,4	80,0	-1,5	-1,5
Japan	77,6	84,3	1,7	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 40.

kleinert und beträgt nur noch 4,2 Jahre. Bei Erreichen eines höheren Alters sind die Aussichten, alt zu werden, zwischen Frauen und Männern somit weniger unterschiedlich als bei der Lebenserwartung bei Geburt (Eurostat 2006:83).

Hinsichtlich der Höhe der Lebenserwartung nimmt Deutschland im internationalen Vergleich keine Spitzenstellung ein (siehe Tabelle 9). Gegenüber der durchschnittlichen Lebenserwartung für die EU-15 im Jahr 2003 verzeichnet Deutschland für Jungen den gleichen und für Mädchen einen um 0,3 Jahre niedrigeren Wert. Innerhalb der EU-15 weisen jedoch einige Länder höhere Werte auf als Deutschland. Im Jahr 2003 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Jungen in Schweden 77,9 Jahre und für Mädchen in Spanien 83,6 Jahre; das sind 2,0 bzw. 2,1 Jahre mehr als in Deutschland. Auch mit Blick auf Länder wie Norwegen, die Schweiz oder Japan zeigt sich ein „Rückstand" für beide Geschlechter. Dagegen weisen Männer und Frauen in der Türkei eine um 7 bzw. 8 Jahre niedrigere Lebenserwartung auf als in Deutschland.

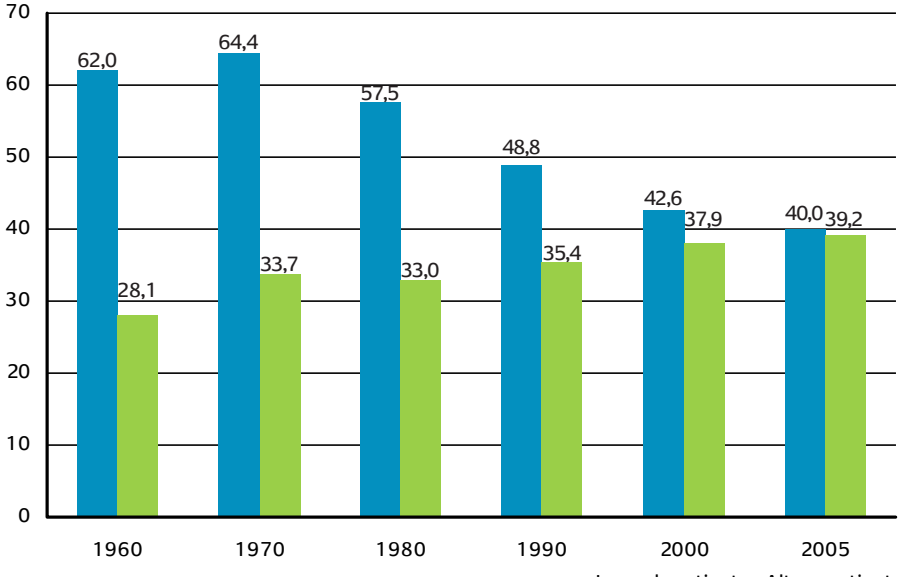
3.2.4 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung

Als Folge von Geburtenabnahme und steigender Lebenserwartung altert die EU-Bevölkerung. Ausdruck hiervon sind die Verschiebungen bei den Anteilen der Hauptaltersgruppen, veränderte Altersquotienten und eine Zunahme des Durchschnittsalters. Seit 1990 ist in der EU-25 der Anteil der unter 20-Jährigen von 26,5% auf 22,3% im Jahr 2005 gesunken, während der Anteil der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter von 19,2% auf 21,9% gestiegen ist. Eine geringfügige Zunahme – als Folge der geburtenstarken Jahrgänge in den 1960er Jahren und der Wanderungsgewinne – zeigt sich bei der Bevölkerung im Alter von 20 bis 59 Jahren von 54,3% auf 55,8% (Eurostat 2006:53; 58ff.).

Der Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 20- bis 59-Jährige), der in der EU-25 im Jahr 1970 mit 64 seinen höchsten Wert erreichte, hat auf-

grund der rückläufigen Zahl an jungen Menschen abgenommen (siehe Abbildung 17). Von 1990 bis 2005 hat sich der Wert von 49 auf 40 verringert. Innerhalb der EU-25 ist der Jugendquotient derzeit am höchsten in Irland (49) und am niedrigsten in Italien (34) und Spanien (34), gefolgt von Griechenland (35), Slowenien (35), der Tschechischen Republik (36) und Deutschland (37). Der Altenquotient (hier 60-Jährige und Ältere je 100 Personen zwischen 20 und 59 Jahren) ist von 33,7 im Jahr 1970 auf 35,4 im Jahr 1990 relativ langsam gestiegen; seitdem stieg er jedoch rascher und kontinuierlich und betrug im Jahr 2005 39,2. Innerhalb der EU-25 weisen Deutschland (45), Italien (45) und Schweden (44) den höchsten Altenquotienten auf und den niedrigsten Irland (27) und die Slowakei (27) (Eurostat 2006:62f.).

Abbildung 17: Jugend- und Altenquotient in der EU-25 1960 - 2005



Anmerkung: Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren; Altenquotient: 60-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren.

Quelle: Eurostat 2006: 53 und 62f.

3.2.5 Entwicklung der Wanderungen

3.2.5.1 Vergleichbarkeit des Migrationsgeschehens

Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens in den europäischen Staaten ist zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen aus verschiedenen Gründen erheblich eingeschränkt ist. So sind die Definitions- und Erfassungskriterien für das Merkmal „Migrant international“ nicht einheitlich. In einigen Staaten wird beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im Zielland vorausgesetzt, so dass temporäre Formen der Migration (z.B. Saisonarbeitnehmer) in den Wanderungsstatistiken dieser Länder nicht erfasst sind. Manche Staaten berücksichtigen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts. In Deutschland werden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen (Wohnsitznahme) registriert.

Zusätzlich erschwert wird die Vergleichbarkeit der Daten durch die unterschiedliche Erfassung der Zuwanderungsformen, was unmittelbar mit den unterschiedlichen Definitionskriterien zusammenhängt. So gehen z.B. Asylbewerber in Deutschland in die Zuzugsstatistik ein, sobald eine Anmeldung bei einer Meldebehörde erfolgt, während in der Schweiz erst anerkannte Asylberechtigte verzeichnet sind (Lederer 2004:75ff.).

Einige Staaten führen keine eigene Migrationsstatistik, so dass auf andere Quellen zurückgegriffen werden muss. Frankreich, Portugal und Griechenland weisen nur die zuwandernden Ausländer, nicht jedoch zuziehende eigene Staatsangehörige aus. Zudem ist die internationale Vergleichbarkeit der Wanderungsstatistiken durch die unterschiedliche Datenqualität und -verfügbarkeit in den einzelnen Ländern erschwert. Insbesondere Portugal und Ungarn liefern ihre Daten erst mit einiger Zeitverzögerung. Griechenland meldet seit einigen Jahren keine Daten mehr zum Migrationsgeschehen. Die unterschiedlichen Definitionskriterien und damit die uneinheitliche Erfassung des Migrationsgeschehens führt dazu, dass eine Gegenüberstellung der Zu- und Abwanderungszahlen in

den Statistiken der einzelnen Länder zum Teil zu erheblichen Abweichungen führt.

Nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen sollte von Zuwanderung erst ab einem Aufenthalt von einem Jahr gesprochen werden. Dieser Zeitraum fand auch Eingang in die am 14. März 2007 vom Europäischen Parlament gebilligte und am 12. Juni 2007 vom Rat verabschiedete EG-Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz. Danach wird jemand als Migrant definiert, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt für (voraussichtlich) mindestens zwölf Monate in das Zielland verlagert. Ziel dieser Verordnung ist die Verbesserung der Informationen über das Migrationsgeschehen auf europäischer Ebene und eine verbesserte Vergleichbarkeit der jeweiligen Wanderungsstatistiken durch die Verwendung einheitlicher Definitionen und Erfassungskriterien ab dem Jahr 2009 (Pressemitteilung der Europäischen Kommission IP/07/804 vom 12. Juni 2007).

In der Verordnung werden die Begriffe Zuwanderung und Abwanderung in Anlehnung an die Empfehlungen der UN wie folgt definiert:

Zuwanderung

Zuwanderung ist die Handlung, durch die *eine Person* ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verlegt, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittstaat hatte.

Abwanderung

Abwanderung ist die Handlung, durch die *eine Person*, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens zwölf Monaten aufgibt.

Anhand des Aufenthalts von mindestens einem Jahr sollen die Nachhaltigkeit und einzelne Formen der Zuwanderung genauer erfasst werden. Damit verknüpft ist die Frage, inwieweit es sich bei der Zuwanderung um originäre Migration wie die Arbeitsmigration oder um abgeleitete Migration wie die Zuwanderung zum Zweck der Familienzusammenführung handelt (Kreienbrink/Rühl 2007). Aufgrund der Relevanz von temporären Formen der (Arbeits-)Migration kann – auch im Hinblick auf die Migrationssteuerung – in nationalen Statistiken auf eine Differenzierung der Aufenthaltsdauer jedoch nicht verzichtet werden.

3.2.5.2 Zu- und Abwanderungen

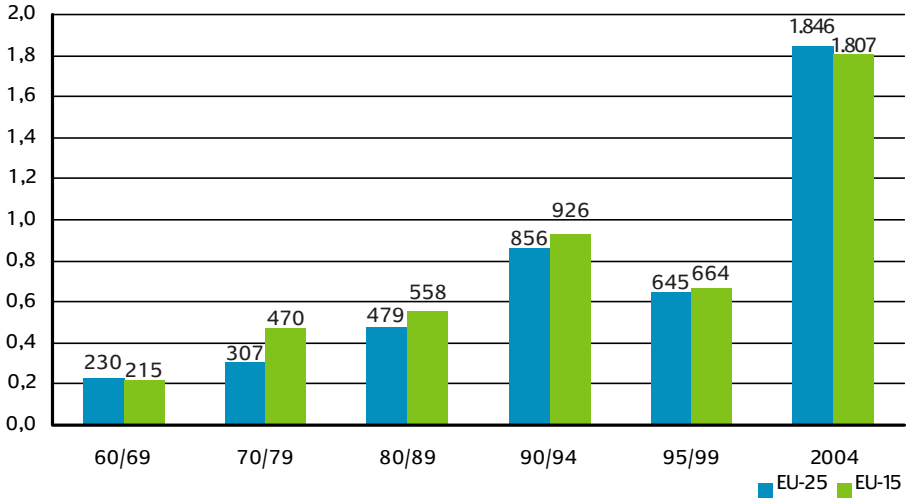
Trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Wanderungszahlen auf europäischer Ebene lässt ein Vergleich bestimmte Trends und Strukturen erkennen. Nachfolgend werden sowohl die absoluten Zu- und Abwanderungszahlen der einzelnen Länder, als auch die Zu- und Fortzüge im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt.

Wanderungsgewinne sind ein zentraler Faktor der Bevölkerungsentwicklung in den ehemaligen EU-15 Ländern, spielen jedoch mit Ausnahme von Malta und Zypern in den neuen Mitgliedstaaten bisher nur eine mehr oder weniger marginale Rolle (Eurostat 2006:95). Nach Schätzungen, die auf den amtlichen Statistiken der einzelnen Länder basieren und nicht für alle Länder bzw. alle Jahre vorliegen, betrug die ausländische Bevölkerung in der EU-25 im Jahr 2004 etwa 25 Mio., was 5,5% der Gesamtbevölkerung entsprach. In absoluten Zahlen lebten die meisten ausländischen Staatsbürger in Deutschland. Die ausländischen Bevölkerungsanteile schwankten zwischen 1% in der Slowakei und 40% in Luxemburg (Eurostat 2006:54).

In den Jahren von 1960 bis 2004 führte die Nettozuwanderung in der EU-25 zu einer geschätzten Zunahme der Bevölkerung um 20 Mio. Menschen. Während des betrachteten Zeitraumes war der Wanderungs-

saldo für die neuen Mitgliedstaaten insgesamt negativ, wobei die Abwanderung die Zuwanderung um 1,7 Mio. übertraf. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gab es jedoch in einigen dieser Länder beträchtliche Schwankungen der Wanderungssalden (Eurostat 2006:97). Die Bevölkerung der EU-15 Länder nahm dagegen aufgrund einer Nettozuwanderung um 21,7 Mio. Menschen zu. Bis Ende der 1980er Jahre war der Wanderungssaldo sowohl für die EU-15 als auch für die EU-25 relativ niedrig (siehe Abbildung 18). Nach einem deutlichen Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit anschließendem leichtem Rückgang in der zweiten Hälfte erreichte er in der EU-15 im Jahr 2004 mit 2,1 Mio. seinen bisher höchsten Stand. Regularisierungsprogramme in Spanien und Italien trugen zu diesem hohen Wert bei.

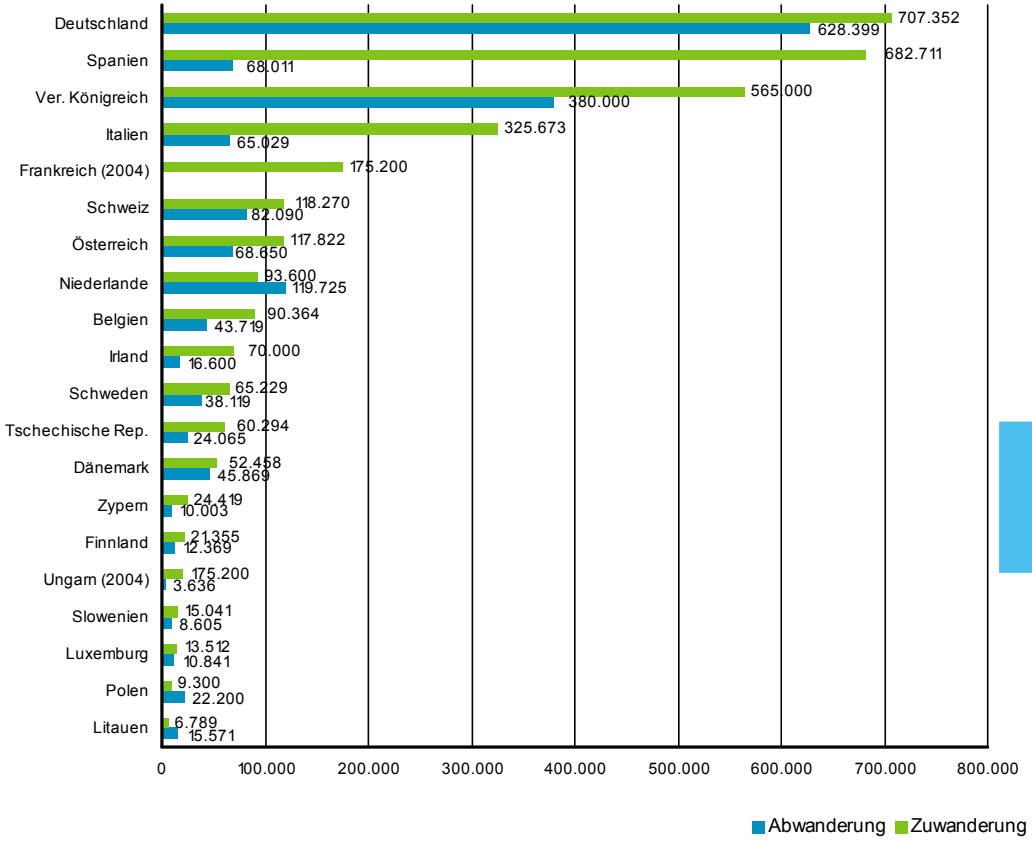
Abbildung 18: Wanderungssaldo in der EU-25 1960 - 2004



Anmerkung: Erfasst sind Wanderungsströme zwischen der EU-15 bzw. der EU-25 und Ländern, die der EU zum jeweiligen Zeitpunkt nicht angehörten. Da in vielen Ländern entweder keine exakten oder überhaupt keine Daten zu Zu- und Abwanderungen vorliegen, wird der Wanderungssaldo auch anhand der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Bevölkerungswachstum geschätzt.

Angaben in Millionen
Quelle: Eurostat 2006: 95 und 97.

Abbildung 19: Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz 2005



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter.

Betrachtet man die absoluten Zuwanderungszahlen im Jahr 2005, dann hatte Deutschland mit etwa 707.000 Zuzügen den höchsten Wert in Europa (siehe Abbildung 19). Allerdings verzeichnete Deutschland damit die niedrigsten Zuzugszahlen seit Ende der 1980er Jahre. Stark angestiegen sind dagegen die Zuwanderungszahlen in Spanien und Italien, die sich seit einigen Jahren zu Hauptzielländern von Migranten entwickelt haben. In den Jahren 2004 und 2005 wurden in Spanien jeweils über 680.000 Zuwanderer registriert, nachdem diese Zahl im Jahr 1999 noch etwa 127.000 betrug. In Italien wurde im Jahr 2003 mit etwa 470.000 Zuzügen ein neuer Höchststand registriert. In den beiden Folgejahren sanken

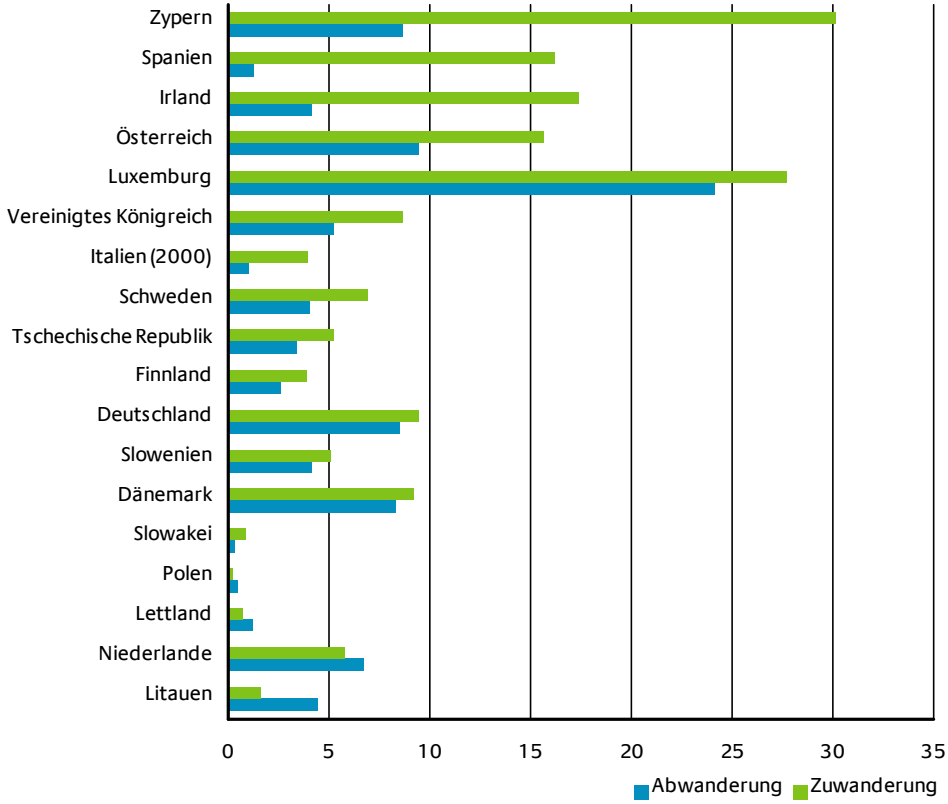
die Zuwanderungszahlen wieder, verblieben aber mit 326.000 Zuwanderern im Jahr 2005 auf relativ hohem Niveau. Deutlich angestiegen sind seit Mitte der 1990er Jahre auch die Zuwanderungszahlen im Vereinigten Königreich, das bisher nach Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Migranten in Europa war. In den Jahren 2004 und 2005 wurden 583.000 bzw. 565.000 Zuwanderer registriert. Dabei hatte das Vereinigte Königreich einen starken Anstieg von Staatsangehörigen aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere aus Polen, zu verzeichnen. Grund hierfür war die sofortige Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit dem Beitritt der neuen EU-Staaten zum 1. Mai 2004. Einen Anstieg der Zuwanderung seit Anfang 2000 hatten auch Österreich und als neuer EU-Mitgliedstaat die Tschechische Republik zu verzeichnen. Österreich hat im Jahr 2004 127.399 Zuzüge gemeldet. Im Jahr 2005 sanken die Zuwanderungszahlen leicht auf 118.000. Für die Tschechische Republik wurden in den Jahren 2003 und 2004 Zuwanderungszahlen von jeweils mehr als 50.000 registriert, nachdem die Zahlen bis zum Jahr 2000 noch unter 10.000 lagen. Im Jahr 2005 wurden sogar über 60.000 Zuwanderer registriert.

Die höchsten Abwanderungszahlen im Jahr 2005 hatten Deutschland mit 628.000 und das Vereinigte Königreich mit 380.000 Fortzügen zu verzeichnen (siehe Abbildung 19). Mehr Ab- als Zuwanderung wurde insbesondere für die Niederlande, Polen und Litauen registriert.

Die Zu- und Abwanderungsströme je 1.000 Einwohner für 18 EU-Länder zeigen im Jahr 2004 folgendes Bild (siehe Abbildung 20): Von Ausnahmen abgesehen weisen die ehemaligen EU-15 Länder im Vergleich zu den neu beigetretenen osteuropäischen Ländern erheblich höhere Werte auf. Luxemburg verzeichnet sowohl bei der Zuwanderung als auch bei der Abwanderung die höchsten Werte (28 und 24). Einen deutlichen Kontrast hierzu bilden Lettland, Polen und die Slowakei mit einem Wert von 1 für beide Ströme je 1.000 Einwohner. Die höchste Nettowanderungsquote verzeichnet Zypern (21), die niedrigste Litauen (-3). Mit Ausnahme der Nie-

derlande (-1) weisen alle ehemaligen EU-15 Länder einen positiven Saldo auf. Beim geringen Migrationsgeschehen in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten ist zu bedenken, dass die Daten zum Zeitpunkt des Beitritts dieser Länder zur EU am 1. Mai 2004 erhoben wurden. Vorläufigen Daten zufolge hat der Beitritt – mit Ausnahme von Großbritannien und Irland – keine größeren zusätzlichen Wanderungsströme ausgelöst als vielfach erwartet; dies gilt auch für Arbeitskräfte bzw. Personen im erwerbsfähigen Alter (Kommission 2006).

Abbildung 20: Zu- und Abwanderung pro 1.000 Einwohner in ausgewählten EU-Ländern 2004

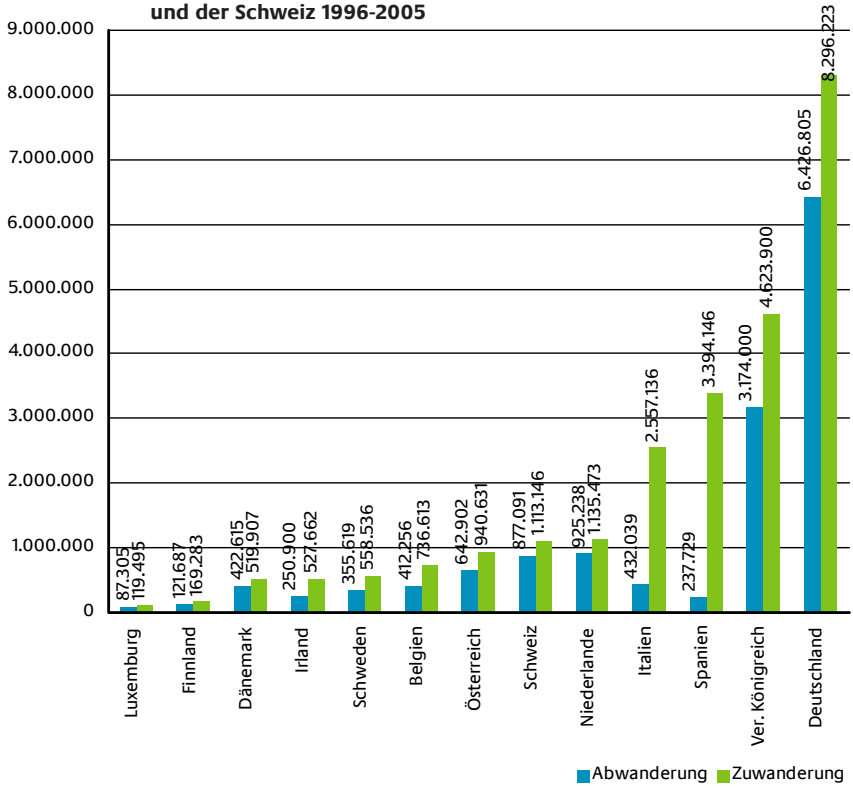


Anmerkung: Die Länder sind nach der Höhe der Differenz zwischen Zu- und Abwanderung gereiht.

Quelle: Eurostat 2006: 55, 95 und 99.

Mittelfristige Entwicklungen lassen sich bei einer Betrachtung des Migrationsgeschehens über mehrere Jahre hinweg aufzeigen. Im Folgenden wird die Zu- und Abwanderung der Jahre 1996 bis 2005 kumuliert und in Bezug zur jeweiligen Gesamtbevölkerungszahl des Landes ausgewiesen. In dem Zehn-Jahres-Zeitraum von 1996 bis 2005 verzeichnete Deutschland insgesamt 8,3 Millionen Zuzüge und 6,4 Millionen Fortzüge. Das Vereinigte Königreich als zweitwichtigstes Zielland registrierte in diesem Zeitraum etwa 4,6 Millionen Zuwanderer und 3,2 Millionen Abwanderer (siehe Abbildung 21). Für Spanien bzw. Italien wurden rund 3,4 bzw. 2,6 Millionen Zuwanderer gezählt. Die registrierte Abwanderung aus diesen Ländern fiel dagegen eher gering aus. In die Niederlande und die Schweiz zogen in diesem Zeitraum jeweils etwa 1,1 Millionen Personen; jeweils rund 900.000 Menschen zogen jedoch auch wieder weg.

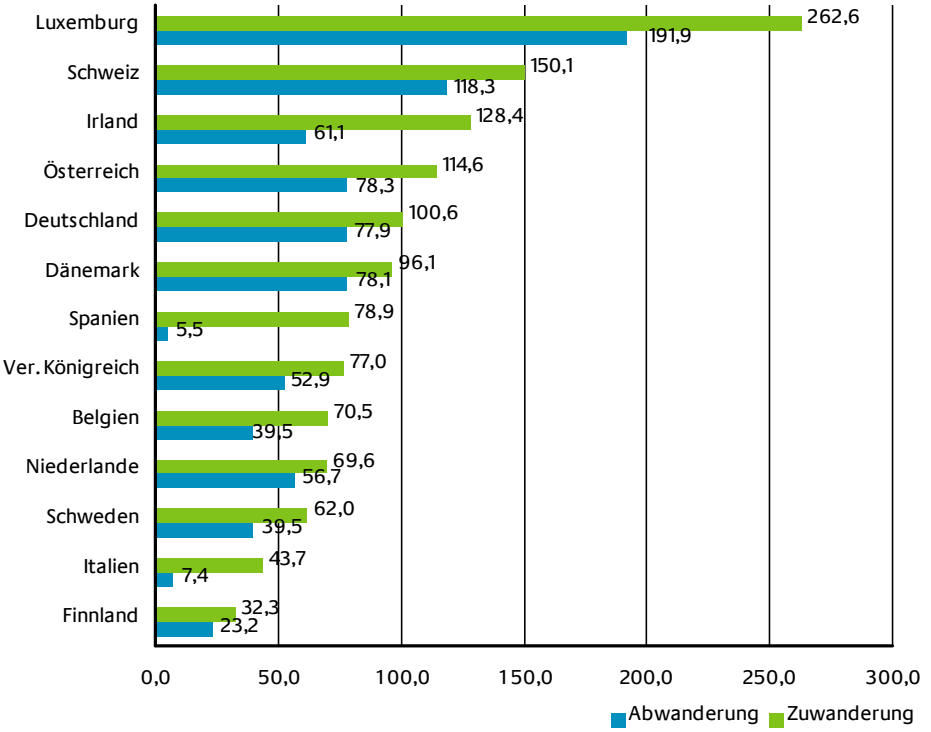
Abbildung 21: Kumulierte Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz 1996-2005



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter.

Die höchste Pro-Kopf-Zuwanderung von 1996 bis 2005 verzeichnete Luxemburg vor der Schweiz, Irland, Österreich und Deutschland (vgl. Abbildung 22). Luxemburg und die Schweiz hatten zudem die höchste Pro-Kopf-Abwanderung vor Österreich, Dänemark und Deutschland.

Abbildung 22: Kumulierte Zu- und Abwanderung in ausgewählten EU-Ländern und der Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung 1996-2005



Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter.

Zwischen den Herkunfts- und Zielländern der Migration bestehen häufig historisch gewachsene Migrationsbeziehungen, so dass sich hinsichtlich der Herkunft der Zuwanderer in den jeweiligen europäischen Staaten bestimmte Muster feststellen lassen. In Frankreich lebt beispielsweise ein Großteil der nach Europa ausgewanderten Algerier, Tunesier und Marokkaner. Im Vereinigten Königreich findet man die Mehrzahl der in Europa lebenden Inder, Pakistani und Bangladeschi. Bestimmte historische Migrationsbeziehungen gelten auch für Deutschland: (Spät-)Aussiedler aus Südost- und Osteuropa und Zentralasien zogen zu; hinzu kommen Türken und Griechen sowie Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien, die als Flüchtlinge infolge der Kriegshandlungen in hohem Maße auch nach Österreich und Schweden zogen. Zudem hat sich in den letzten Jahren eine stark ausgeprägte Migrationsbeziehung zwischen Deutschland und Polen entwickelt, die durch einen hohen Anteil an Pendelmigration gekennzeichnet ist. Seit dem EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten im Jahr 2004 wurde auch das Vereinigte Königreich zu einem Hauptzielland polnischer Arbeitnehmer.

Die neuen EU-Staaten sind dadurch gekennzeichnet, dass insbesondere Personen aus anderen mittel- und osteuropäischen Staaten zuwandern. So ist Polen ein Hauptzielland ukrainischer Staatsangehöriger. In die Tschechische Republik wandern insbesondere Staatsangehörige aus der Slowakei, aber auch aus der Ukraine und Vietnam. Ungarn verzeichnet vor allem Zuzüge aus Rumänien. Neu ist allerdings überall in Europa, dass sich auch außerhalb der traditionalen Muster ethnische Gruppen in für sie „untypischen Ländern“ niederlassen (z.B. Rumänen in Spanien).

3.3 Entwicklung der Weltbevölkerung

3.3.1 Bevölkerungsentwicklung in globaler Perspektive

Seit Entstehung der modernen Bevölkerungswissenschaft im 18. Jahrhundert wird das Thema „Weltbevölkerung" vor allem unter den Aspekten der „Wachstumsbeschleunigung" und der „Überbevölkerung" diskutiert. Die Wachstumsbeschleunigung setzte im Verlauf des 18. Jahrhunderts ein und dauerte in Europa bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Um 1970 erreichte die jährliche Wachstumsrate mit rund 2% ihren Höhepunkt. Seitdem nimmt die Wachstumsrate kontinuierlich ab und ist bis 2005 auf rund 1,2% gefallen (UN 2005:3). Noch im 21. Jahrhundert wird das Bevölkerungswachstum voraussichtlich enden und in eine neue Phase der Bevölkerungsschrumpfung übergehen. Wahrscheinlich um das Jahr 2070 wird das Maximum der Weltbevölkerung mit 9,5 Mrd. Menschen erreicht sein.

Die erste Milliarde an Menschen, die gleichzeitig auf der Erde lebte, wurde vermutlich erst um 1800 erreicht. Danach beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum allerdings rasch. Für die zweite Milliarde waren nur rund 130 Jahre nötig, deren Erreichen um das Jahr 1930 angenommen wird. Danach wurden die Abstände immer kürzer: Die dritte Milliarde wurde nach 30 Jahren im Jahr 1960 erreicht, die vierte nach 15 Jahren 1975, die fünfte nach 12 Jahren 1987 und die sechste ebenfalls nach 12 Jahren 1999. Seitdem vergrößert sich der Abstand wieder. Die siebente Milliarde wird voraussichtlich nach 14 Jahren 2013 erreicht werden, die achte ebenfalls nach 14 Jahren 2027 und die neunte erst nach 21 Jahren 2048.

Die Weltbevölkerung ist zwischen 1950 und 2005 von 2,5 Mrd. auf rund 6,7 Mrd. Menschen angewachsen. Betrachtet man die Entwicklung der Weltbevölkerung in diesem Zeitraum nach Ländergruppen entsprechend ihres sozioökonomischen Entwicklungsstandes, dann hat der Anteil der Industrieländer am Bevölkerungsaufkommen von etwa einem Drittel (32,1%) auf ein knappes Fünftel (18,7%) abgenommen. Dagegen hat der Anteil der weniger entwickelten Länder im gleichen Zeitraum von zwei Drit-

tel (67,9%) auf vier Fünftel (81,3%) zugenommen. Unterscheidet man nach Makroregionen, dann ist Europa der einzige Kontinent, dessen Bevölkerungsanteil im Zeitverlauf kontinuierlich gesunken ist: von 21,6% 1950 auf 11,0% 2005 (siehe Tabelle 10).

Der Bevölkerungsanstieg in den anderen Industrieländern war ebenfalls gering. Gegenwärtig entfällt nur noch rund 5% des Weltbevölkerungswachstums auf die höher entwickelten Länder, aber 95% auf die weniger entwickelten Länder (UN 2005:VI). Ein Drittel dieses Anstiegs verzeichneten die zwei bevölkerungsreichsten Länder der Welt, China und Indien (Eurostat 2006:37).

Der Anteil der EU-25 an der Weltbevölkerung ist seit vielen Jahren rückläufig. Im Jahr 1960 betrug der Anteil 12,5%, 1980 9,6% und 2004 nur noch 7,2%. Gleichwohl lag 2004 die EU-25 mit einer Bevölkerung von 458 Mio. auf Platz drei in der Welt – zwar deutlich hinter China (1,3 Mil.) und Indien (1,1 Mil.), aber vor den USA (295 Mio.) und Japan (128 Mio.) (siehe Tabelle 11).

Tabelle 10: Entwicklung der Weltbevölkerung nach Ländergruppen und Makroregionen 1950 - 2005

	Bevölkerung (in Mio.)					
	1950		1975		2005	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Welt	**2535**	**100**	**4076**	**100**	**6671**	**100**
Industrieländer	814	32,1	1048	25,7	1223	18,3
Entwicklungsländer	1722	67,9	3028	74,3	5448	81,7
... am wenigsten entwickelte Länder	200	7,9	358	8,8	804	12,1
... übrige	**1521**	**60**	**2670**	**66**	**4644**	**70**
Afrika	224	8,8	416	10,2	965	14,5
Asien	1411	55,7	2394	58,7	4030	60,4
Europa	548	21,6	676	16,6	731	11
Mittel- und Südamerika	168	6,6	325	8	572	8,6
Nordamerika	172	6,8	243	6	339	5,1
Ozeanien	13	0,5	21	0,5	34	0,5

Quelle: UN 2007 (Tabelle 1.1 und 1.2).

Tabelle 11: Entwicklung der Bevölkerung in verschiedenen Makroregionen 1960 - 2004

	Anteil an der Jahresdurchschnittsbevölkerung in der Welt im Jahr...				
	1960	**1970**	**1980**	**1990**	**2000**
Welt	100	100	100	100	100
höher entwickelte Länder	30,3	27,3	24,4	21,8	19,6
darunter:					
EU-25	**12,5**	**11**	**9,6**	**8,3**	**7,4**
EU-15	**10,5**	**9,2**	**8**	**6,9**	**6,2**
USA	6,2	5,7	5,2	4,8	4,7
Japan	3,1	2,8	2,6	2,3	2,1
Russische Föd.	4	3,5	3,1	2,8	2,4
weniger entwickelte Länder	69,7	72,7	75,6	78,2	80,4
darunter:					
China	21,7	22,5	22,5	21,9	20,9
Indien	14,6	15	15,5	16,1	16,8
Nigeria	1,4	1,4	1,5	1,7	1,9
Brasilien	2,4	2,6	2,7	2,8	2,9

Quelle: Eurostat 2006: 39.

3.3.2 Geburtenentwicklung

Die globale Geburtenrate hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Sie fiel im Weltdurchschnitt von etwa 5,0 Geburten je Frau im Zeitraum 1950-55 auf 3,4 zwischen 1985-90 und weiter auf 2,7 in den Jahren 2000-05, darunter 2,9 in den Entwicklungsländern und 1,6 in den Industrieländern (UN 2005:6). Für das Jahrfünft 2005-2010 wird die globale Geburtenrate auf 2,55, für die Industrieländer auf 1,60 und für die Entwicklungsländer auf 2,75 geschätzt (UN 2007:9). Die bestandserhaltende Geburtenrate der Weltbevölkerung liegt je nach Sterblichkeit bei etwa 2,1 bis 2,2 Lebendgeburten je Frau. Setzt sich der weltweite Rückgang der Geburtenraten fort, könnte der bestandserhaltende Wert schon in drei bis vier Jahrzehnten erreicht werden. Beim bisherigen Tempo des Rückganges

wäre dies um das Jahr 2040 der Fall. Die Weltbevölkerung erreicht ihren Gipfel jedoch nicht im gleichen Jahr, ab dem die Geburtenrate kleiner ist als das bestandserhaltende Niveau, sondern erst etwa drei Jahrzehnte danach. Der Grund für die Verzögerung liegt darin, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Zukunft – als Folge der hohen Geburtenraten in der Vergangenheit – noch wächst.

Vergleicht man wiederum die EU-25 mit anderen Makroregionen bzw. Staaten, dann zeigt sich folgendes Bild: Die Fertilitätsrate in der EU-25 gehört mit 1,49 im Jahr 2004 zu den niedrigsten der Welt. Nur Japan (1,38) und die Russische Föderation (1,26) weisen noch niedrigere Raten auf, während die USA mit 2,07 einen deutlich höheren Wert verzeichnen. Die Fertilitätsraten haben sich seit 1960 sowohl für die Welt insgesamt als auch für einzelne Makroregionen teilweise erheblich verringert. In der EU-25 ging die Rate zwischen 1960 und 2004 von 2,64 auf 1,49 (44%) zurück. In den USA ist sie dagegen seit Ende der 1970er Jahre wieder angestiegen: von etwa 1,8 auf 2,07. Unter den weniger entwickelten Ländern mit großem Bevölkerungsgewicht ging die Rate in China als Folge der „Ein-Kind-Politik“ besonders stark zurück (Schulz/Swiaczny 2005:426ff.): um 70% von 5,7 auf 1,7. Deutliche Rückgänge verzeichnen auch Indien von 5,8 auf 2,8 (52%) und Brasilien von 6,1 auf 2,0 (67%), während Nigeria im gleichen Zeitraum aufgrund des Fehlens einer wirksamen Familienpolitik einen geringeren Rückgang von 6,9 auf 5,6 (19%) aufweist (siehe Tabelle 12).

Tabelle 12: Entwicklung der Fertilitätsrate nach Makroregionen 1960 - 2004

	1960/64	1965/69	1970/74	1975/79	1980/84
Welt	4,97	4,91	4,49	3,92	3,58
höher entwickelte Länder					
darunter:	2,69	2,37	2,12	1,91	1,85
EU-25	**2,64**	**2,54**	**2,23**	**1,94**	**1,79**
EU-15	**2,67**	**2,61**	**2,23**	**1,88**	**1,72**
USA	3,31	2,55	2,02	1,79	1,83
Japan	2,02	2,00	2,07	1,81	1,76
Russische Föderation	2,55	2,02	2,03	1,94	2,03
weniger entwickelte Länder					
darunter:	6,03	6,02	5,44	4,65	4,15
China	5,72	6,06	4,86	3,32	2,55
Indien	5,81	5,69	5,43	4,83	4,48
Nigeria	6,90	6,90	6,90	6,90	6,90
Brasilien	6,15	5,38	4,72	4,31	3,80

	1985/89	1990/94	1995/99	2000	2004
Welt	3,38	3,04	2,79	2,73	2,63
höher entwickelte Länder					
darunter:	1,83	1,68	1,55	1,55	1,58
EU-25	**1,67**	**1,56**	**1,43**	**1,48**	**1,49**
EU-15	**1,58**	**1,50**	**1,44**	**1,50**	**1,54**
USA	1,92	2,03	1,99	2,06	2,07
Japan	1,66	1,49	1,39	1,36	1,38
Russische Föderation	2,13	1,55	1,24	1,19	1,26
weniger entwickelte Länder					
darunter:	3,84	3,41	3,10	3,01	2,87
China	2,46	1,92	1,78	1,70	1,69
Indien	4,15	3,81	3,43	3,11	2,85
Nigeria	6,83	6,64	6,25	5,73	5,57
Brasilien	3,10	2,60	2,45	2,13	1,97

Quelle: Eurostat 2006: 40.

3.3.3 Entwicklung der Lebenserwartung

Im 20. Jahrhundert vollzog sich der rascheste Sterblichkeitsrückgang in der bisherigen Geschichte der Menschheit. Im Zeitraum 1950-55 betrug die Lebenserwartung bei Geburt für beide Geschlechter noch 46 Jahre, 2000-05 jedoch 65 Jahre. Für das Jahrfünft 2005-2010 wird sogar eine Zunahme auf 67 Jahre geschätzt. Die entwickelten Länder haben allerdings eine weit höhere Lebenserwartung, die 1950-55 bereits 66 Jahre und 2000-05 76 Jahre betrug – 13 Jahre mehr als die weniger entwickelten Länder mit 63 Jahren, deren Lebenserwartung bei Geburt für beide Geschlechter 1950-55 noch bei 41 Jahren lag. Betrachtet man die Entwicklung nach Makroregionen, dann ist Afrika der einzige Kontinent, der seit den späten 1980er Jahren eine Abnahme der Lebenserwartung verzeichnet (UN 2005:11f.; UN 2007: 15f.).

Betrachtet man die Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Weltregionen zwischen 1960 und 2004, dann hat die Lebenserwartung für Männer weltweit von 51,1 auf 63,6 um 12,5 Jahre und für Frauen von 53,9 auf 68,0 um 14,1 Jahre zugenommen (siehe Tabelle 13). Hierbei fiel der Zuwachs an gewonnenen Lebensjahren in den höher entwickelten Ländern aufgrund des höheren Ausgangniveaus mit 5,6 Jahren für Männer (von 66,6 auf 72,2 Jahre) und 7,1 Jahren für Frauen (von 72,5 auf 79,6 Jahre) geringer aus als für die weniger entwickelten Länder mit 15 Jahren für Männer (von 47,1 auf 62,1 Jahre) und rund 17 Jahren für Frauen (von 48,6 auf 65,5 Jahre). In der EU-25 hat die Lebenserwartung bei Geburt für Männer um 8,3 Jahre (von 67,3 auf 75,6 Jahre) und für Frauen um 8,7 Jahre (von 73,0 auf 81,7 Jahre) zugenommen.

Tabelle 13: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Weltregionen 1960 - 2004

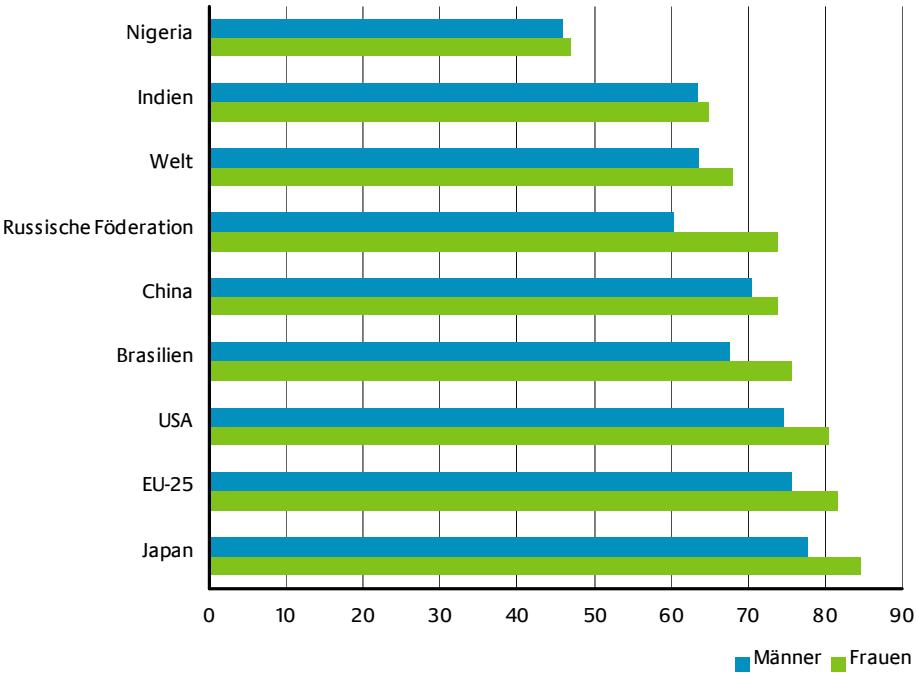
	1960/64		1980/84		2000		2004	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt	51,1	53,9	59,5	63,3	62,8	67,4	63,6	68,0
höher entwickelte Länder	66,6	72,5	69,3	76,6	71,6	79,0	72,2	79,6
darunter:								
EU-25	**67,3**	**73,0**	**70,3**	**77,2**	**74,4**	**80,8**	**75,6**	**81,7**
EU-15	**67,6**	**73,2**	**71,0**	**77,7**	**75,4**	**81,4**	**76,6**	**82,2**
USA	66,8	73,5	70,7	77,9	73,9	79,5	74,6	80,4
Japan	66,7	71,7	74,2	79,7	77,3	84,1	77,7	84,5
Russische Föd.	63,3	71,1	62,6	74,0	59,1	72,3	60,3	73,7
weniger entwickelte Länder	47,1	48,6	57,4	60,0	61,3	64,9	62,1	65,5
darunter:								
China	48,7	50,4	65,5	67,8	69,4	72,1	70,4	73,7
Indien	46,2	44,7	54,9	55,0	61,9	63,1	63,3	64,8
Nigeria	37,8	41,0	44,3	47,5	45,3	46,6	46,0	47,0
Brasilien	53,9	57,7	60,2	66,6	66,3	74,4	67,5	75,6

Quelle: Eurostat 2006: 41.

Die Lebenserwartung bei Geburt für Männer und Frauen ist in den verschiedenen Makroregionen sehr unterschiedlich. Die Schätzungen für die Welt insgesamt liegen im Jahr 2004 bei 63,6 Jahren für Männer und bei 68,0 Jahren für Frauen (siehe Abbildung 23). Die niedrigsten Werte werden in Afrika südlich der Sahara verzeichnet (z.B. in Nigeria mit 46 Jahren für Männer und 47 Jahren für Frauen). Ursachen hierfür sind die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie die AIDS/HIV-bedingten Sterbefälle, was auch den geringen Unterschied in der Lebenserwartung bei Geburt zwischen Männern und Frauen erklärt. In der EU-25 beträgt der Unterschied zwischen den Geschlechtern 6,1 Jahre, während die Differenz in der Russischen Föderation aufgrund der frühen Sterblichkeit von Männern über 13 Jahre ausmacht. Im Jahr 2004 wird die höchste Lebenserwar-

tung in Japan verzeichnet (77,7 Jahre für Männer und 84,5 Jahre für Frauen), gefolgt von der EU-25 (75,6 und 81,7) sowie den USA (74,6 und 80,4).

Abbildung 23: Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht und Weltregionen 2004



Angaben in Jahre.
Quelle: Eurostat 2006: 38 und 41.

3.3.4 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung

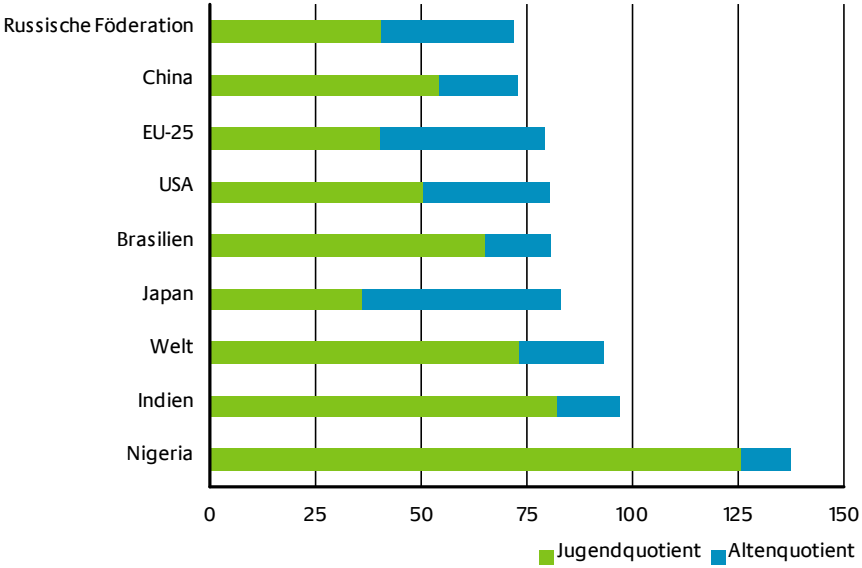
Hauptkonsequenz der Fertilitätsabnahme, zumal in Kombination mit einem deutlichen Anstieg der Lebenserwartung, ist auch auf globaler Ebene ein langsames Voranschreiten der demographischen Alterung: 1950 waren 8% der Weltbevölkerung 60 Jahre und älter, 2005 über 10%. Eine Unterscheidung nach dem sozioökonomischen Entwicklungsstand zeigt allerdings, dass der Anteil an Älteren in den weniger entwickelten Ländern aufgrund der hohen Fertilitätsrate nur von 6% auf 8% stieg, wäh-

rend der Anteil in den mehr entwickelten Ländern von 12% auf 20% wuchs. Gleichzeitig nahm in den Industrieländern der Anteil an Jüngeren deutlich von 27% auf 17% und in den Entwicklungsländern von 38% auf 31% ab. Dagegen nahm der Anteil an Personen im Erwerbsalter in beiden Ländergruppen nur geringfügig bzw. relativ moderat zu: von 61% auf 63% bzw. von 56% auf 61% (UN 2005:3ff.).

Der Prozess der demographischen Alterung hat auch zu einer Zunahme der über 80-Jährigen geführt. Deren Anteil betrug im Jahr 2005 weltweit 1,3%. In über 60 Ländern lag der Anteil über dem Durchschnittswert. Die höchsten Werte verzeichneten Schweden (5,3%), Italien (5,1%), Japan (4,8%), Frankreich (4,6%), Norwegen (4,6%), Belgien (4,3%), die Schweiz (4,3%) sowie Deutschland (4,3%) und Österreich (4,3%) (UN 2007:59ff.). Als Folge der Alterung hat sich das Medianalter weltweit von 23,9 Jahre 1950 auf 28,0 Jahre 2005 erhöht. Gegenwärtig gibt es 13 Länder, die bereits ein Medianalter von über 40 Jahren aufweisen und die alle zu den entwickelten Ländern zählen. Angeführt wird diese Gruppe von Japan (43 Jahre), dicht gefolgt von Italien (42 Jahre) und Deutschland (42 Jahre) (UN 2007:65).

Lenkt man den Blick auf die EU-25, dann zeigt sich, dass der Gesamtbelastungsquotient von Spitzenwerten nahe 100 zu Mitte der 1970er Jahre gegenwärtig auf unter 80 gesunken ist. Zum einen hat der Jugendquotient von 65 Mitte der 1960er Jahre auf 40 abgenommen; zum anderen hat sich der Altenquotient von 35 1970 auf 39 2004 nur moderat erhöht. Einen ebenfalls günstigen Wert weisen auch die Russische Föderation, China, die USA, Brasilien und Japan auf. In all diesen Ländern ist der Jugendquotient deutlich gesunken, während der Altenquotient vorerst noch verhalten zunimmt. In Indien liegt der Gesamtquotient dagegen über dem globalen Durchschnittswert von 93. Besonders problematisch stellt sich die Situation in Nigeria dar, wo der Gesamtquotient aufgrund der hohen Fertilitätsrate einen Wert von 138 erreicht (siehe Abbildung 24).

Abbildung 24: Gesamt-, Jugend- und Altenquotient nach Weltregionen 2004



Anmerkung: Gesamtbelastungsquotient: Verhältnis der Anzahl der unter 20-Jährigen und der über 59-Jährigen zu den 20- bis 59-Jährigen.

Quelle: Eurostat 2006: 38 und 43f.

Über ein Drittel der Weltbevölkerung ist gegenwärtig unter 20 Jahre alt. Der größte Teil dieser Jugendgeneration lebt in den weniger entwickelten Ländern. Diese Länder stehen vor der Herausforderung, in Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze zu investieren, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern und die Armut zu verringern. Aufgrund starker und vor allem rascher Fertilitätsabnahme befinden sich viele Entwicklungsländer in einer zeitlich begrenzten Phase günstiger demographischer Verhältnisse von erwerbsfähiger und nicht erwerbsfähiger Bevölkerung, in dem die erwerbsfähige Bevölkerung zunimmt und gleichzeitig der Anteil an zu versorgenden Kinder und Älteren relativ niedrig ist. Die auf den Fertilitätsrückgang folgenden, historisch einmalig niedrigen Abhängigkeitsquotienten sind eine direkte Folge dieses Rückganges, aber keine dauerhafte Entwicklung. Mit anhaltend niedriger Fertilitätsrate und steigendem Altenanteil schließt sich wieder das „window of opportunity“,

wenn die größte Jugendgeneration eines Landes nicht mehr erwerbsfähig ist und die Gesellschaften vor der Herausforderung der demographischen Alterung stehen. Gelingt es den Entwicklungsländern nicht, ihre „demographische Dividende“ zu nutzen und dieser Generation Zukunftsperspektiven zu eröffnen, kann es zu gesellschaftlichen Spannungen und zu einem Migrationsdruck kommen.

3.3.5 Internationale Wanderungen

Verglichen mit der Fertilität und Mortalität ist die Migration ein Prozess, dessen Komplexität eine Erfassung, Modellierung und Vorhersage besonders erschwert (UN 2006:83). Da in nationalen Datensammlungen – soweit vorhanden – die Definition und Messung von Migrationsbewegungen zudem uneinheitlich sind, können diese auf globaler Ebene nur geschätzt werden. Hinzu kommt, dass zwischen Migranten und Flüchtlingen vielfach nicht eindeutig unterschieden werden kann.

Schätzungen für die einzelnen Ländergruppen entsprechend ihres sozioökonomischen Entwicklungsstandes zeigen folgende Entwicklung: In den 1950er Jahren waren die Wanderungssalden absolut noch sehr gering und zudem durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges geprägt. Seit Beginn der 1960er Jahre erfolgten Wanderungen fast ausschließlich von den Entwicklungs- in die Industrieländer, wobei die Nettomigration stetig zunahm. Zwischen 1990 und 2000 wanderten jährlich 2,5 Mio. Menschen zu, etwa die Hälfte davon nach Nordamerika. Seit 2000 verzeichnet Nordamerika einen leichten Zuwachs auf jährlich 1,5 Mio. Migranten (UN 2007:25). Innerhalb der weniger entwickelten Länder weisen die am wenigsten entwickelten Länder eine besondere Situation auf. Nach drei Dekaden mit negativer Nettomigration war diese zwischen 1990 und 2000 nahezu ausgeglichen und dürfte auch für die Dekade 2000 bis 2010 ausgeglichen ausfallen. Ursache hierfür ist, dass der Großteil der Nettomigration auf Flüchtlingsströme und Rückwanderungen entfällt (siehe Tabelle 14).

Differenziert man das Wanderungsgeschehen nach Makroregionen, dann weisen gegenwärtig Nordamerika und Europa die meiste Zuwanderung auf, während Afrika, Asien sowie Lateinamerika und die Karibik von Abwanderung geprägt sind. Von 1950 bis heute verzeichneten Nordamerika und Ozeanien durchgängig Zuwanderung, Afrika und Lateinamerika dagegen Abwanderung. In den 1950er und 1960er Jahren hatte Europa eine negative Nettomigration, seitdem ist sie jedoch positiv. In Asien verlief die Entwicklung genau umgekehrt. Unter den Makroregionen verzeichnete Asien im Zeitraum von 1990 bis 2000 eine jährliche Abwanderung von 1,3 Mio. (50%), gefolgt von Lateinamerika und der Karibik (1 Mio. bzw. 39%) sowie Afrika (300.000 bzw. 11%). Seit 2000 stammen von allen Migranten aus Entwicklungsländern nur noch etwa 46% aus Asien, weiterhin 39% aus Lateinamerika, aber 15% aus Afrika, womit sich der Anteil Afrikas gegenüber der vorherigen Dekade erhöht hat.

Tabelle 14: Jährliche Nettomigration pro Dekade nach Ländergruppen und Makroregionen 1950 - 2010

	1950-1960	1960-1970	1970-1980	1980-1990	1990-2000	2000-2010
höher entwickelte Länder	-3	556	1088	1530	2493	2902
weniger entwickelte Länder	-3	-556	-1088	-1530	-2493	-2902
am wenigsten entwickelte Länder	-104	-148	-447	-788	-37	-29
andere weniger entwickelte Länder	108	-409	-641	-742	-2456	-2873
Afrika	-125	-242	-289	-267	-310	-416
Asien	94	-22	-377	-451	-1340	-1311
Europa	-489	-31	288	441	1051	1271
Lateinamerika und Karibik	-68	-293	-415	-781	-775	-1108
Nordamerika	403	479	748	972	1277	1453
Ozeanien	85	109	44	86	96	111

Zahl der Migranten (netto, in Tausend)
Schätzung auf Grundlage der mittlerenVariante.
Quelle: UN 2007: 26.

Die allgemeinen Muster verdecken allerdings spezifische Migrationsverläufe in den einzelnen Makroregionen (UN 2006:85). Nordamerika ist die weltweit wichtigste Zuwanderungsregion. Seit den 1950er Jahren entfiel 80% der gesamten Nettomigration auf diese Makroregion. Etwa bis 1965 wurde die Zuwanderung von Westeuropäern dominiert, danach wanderten aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität in Westeuropa und aufgrund neuer rechtlicher Bestimmungen zunehmend Migranten aus Asien und Lateinamerika zu. Dies gilt für Kanada noch relativ stärker als für die USA.

Die Auswanderung aus Lateinamerika und der Karibik ist im Zeitverlauf kontinuierlich angewachsen. Hauptziele sind die USA und Kanada sowie seit den 1980er Jahren Italien und vor allem Spanien. Ursachen für die wachsende Zahl an Auswanderern war der wirtschaftliche Abschwung in zahlreichen Ländern, traditionell enge politische und soziale Beziehungen zu den nordamerikanischen und süd-west-europäischen Staaten sowie bilaterale Abkommen zur Arbeitskräfterekrutierung.

Australien und Neuseeland verzeichneten zwischen 1990 und 2000 ein jährliches Wanderungsplus von 96.000 Personen. Bis zu den 1970er Jahren wanderten vor allem Europäer ein, danach auch Migranten aus Asien und anderen ozeanischen Staaten. Seit Ende der 1980er Jahre werden die Zuwanderungsbedingungen jedoch restriktiver gehandhabt, so dass die Zuwanderung von Fachkräften und der Familienzusammenführung bestimmt wird.

Bis Ende der 1960er Jahre war Europa eine Auswanderungsregion. Erst danach entwickelte sich Europa zu der zweitwichtigsten Einwanderungsregion der Welt. Eingeleitet wurde diese Entwicklung durch den ökonomischen Aufschwung in Nord- und Westeuropa, als Migranten aus den früheren Kolonien und den Mittelmeer-Anrainerstaaten zuwanderten. Die anschließende Arbeitskräftenachfrage in Südeuropa und der an-

haltende Familiennachzug führten weiterhin zu einem positiven Wanderungssaldo. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die internationale Migration stark durch die Zuwanderung aus Osteuropa und Westasien geprägt. Als Folge davon nahm die Bevölkerung Europas von 1990 bis 2000 jährlich um rund 1,1 Mio. Menschen zu.

Ab den 1970er Jahren nahm die Migration aus Asien in andere Makroregionen zu, so dass sich Asien von einem Einwanderungs- zu einem Auswanderungskontinent wandelte. Gegenwärtig verliert Asien jährlich rund 1,3 Mio. Menschen. Ursachen hierfür sind einerseits anhaltende Zuwanderungsmöglichkeiten in einige der traditionellen Einwanderungsländer sowie andererseits schwierige politische und wirtschaftliche Bedingungen in einer Vielzahl asiatischer Staaten. Seit einigen Jahren führt das rasante wirtschaftliche Wachstum in mehreren asiatischen Staaten allerdings zu einer Neuverteilung der internationalen Migration innerhalb Asiens. Die Erdöl exportierenden Länder Westasiens weisen bereits seit den 1960er Jahren einen positiven Wanderungssaldo auf. Daneben sind aber auch China und Indien zu einem attraktiven Ziel für Fachkräfte geworden. Gleichzeitig haben Bürgerkriege zu großen Flüchtlingsströmen innerhalb Asiens geführt.

In Afrika vollzieht sich der Großteil der internationalen Migration innerhalb des Kontinents. Die Auswanderungsströme in andere Makroregionen verlaufen vor allem von Nordafrika nach Europa und in die Golfstaaten. Während der 1960er und 1970er Jahre erfolgten im Zuge der kolonialen Unabhängigkeit eine Abwanderung von Eliten und eine Arbeitskräfteabwanderung aus den Maghreb-Staaten nach Europa. Ab den 1980er Jahren verzeichneten diese Staaten jedoch eine zunehmend geringere Abwanderung als Folge abnehmender Arbeitskräftenachfrage in Europa und Westasien. Seit den 1990er Jahren nahm auch die Abwanderung aus Staaten südlich der Sahara nach Europa, in die traditionellen Einwanderungsländer USA und Kanada sowie in die Golf-Staaten zu; die

großen Migrations- und Flüchtlingsströme konzentrieren sich jedoch weiterhin innerhalb Afrikas.

Auf der Länderebene verzeichneten von 1990 bis 2000 83 Länder einen Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung, davon 33 von 44 der mehr entwickelten Länder (UN 2006:88f.). Darunter waren traditionelle Einwanderungsländer wie Australien, Kanada und die USA, die meisten (der bevölkerungsstärksten) Länder in Nord-, West- und Südeuropa sowie die Russische Föderation. Im gleichen Zeitraum verzeichneten 50 der weniger entwickelten Länder eine Nettozuwanderung: zum einen Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Singapur und Hongkong, die traditionell Arbeitskräfte rekrutieren, zum anderen Länder wie Afghanistan, Mosambik und Äthiopien, die große Kontingente an Flüchtlingen bzw. Rückkehrern aufnahmen. Die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsländer (103) hatte jedoch zwischen 1990 und 2000 einen negativen Wanderungssaldo. Einige dieser Länder zählen zu den bevölkerungsreichsten Staaten der Welt. Seit 2000 sind die Hauptherkunftsländer von Migranten Mexiko, China, Pakistan, Indien, der Iran, Indonesien und die Philippinen (siehe Tabelle 15).

Seit einem halben Jahrhundert ist die Zuwanderung aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer das dominierende Muster der weltweiten Migration. Auf der Länderebene verlaufen Migrationsströme jedoch nicht nur unidirektional, vielmehr zeigt sich, dass die Migration ein volatiler Prozess ist (UN 2006:89). Seit 1950 hat sich in 149 von 191 Ländern die Nettomigration geändert oder betrug Null. Nur in 42 Ländern ist sie konstant positiv oder negativ verlaufen, wovon 14 Länder eine durchgängig positive Nettomigration aufweisen: darunter die traditionellen Einwanderungsstaaten Australien, die USA und Kanada, die vier europäischen Staaten Dänemark, Schweden, Luxemburg und Liechtenstein sowie die Arbeitskräfte nachfragenden Staaten in Asien Katar, Brunei, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate (siehe Tabelle 16).

Tabelle 15: Länder mit der höchsten positiven und der höchsten negativen Nettomigration 1950-1960, 1990-2000 und 2000-2010

Rang	Land oder Gebiet	1950 -1960	Rang	Land oder Gebiet	1990 -2000	Rang	Land oder Gebiet	2000 -2010
Länder mit Nettozuwanderung (in Tausend)								
1	USA	2.908	1	USA	11.400	1	USA	11.550
2	Kasachstan	1.640	2	Russische Föderation	4.158	2	Afghanistan	3.034
3	Kanada	1.120	3	Deutschland	3.822	3	Spanien	2.625
4	Deutschland	996	4	Kanada	1.375	4	Deutschland	2.200
5	Frankreich	955	5	Spanien	1.176	5	Kanada	2.050
6	Australien	793	6	Italien	1.173	6	Vereinigtes Königreich	1.336
7	Brasilien	549	7	Vereinigtes Königreich	955	7	Italien	1.200
8	Korea	539	8	Austrailen	900	8	Vereinigte Arabische Emirate	1.160
9	Israel	454	9	Griechenland	770	9	Australien	1.000
10	Argentinien	450	10	Frankreich	643	10	Russische Föderation	650

Rang	Land oder Gebiet	1950 -1960	Rang	Land oder Gebiet	1990 -2000	Rang	Land oder Gebiet	2000 -2010
Länder mit Nettoabwanderung (in Tausend)								
1	Russische Föderation	-1.328	1	Mexiko	-3.800	1	Mexiko	-3.800
2	Italien	-1.010	2	China	-3.231	2	China	-3.700
3	Korea	-891	3	Kasachstan	-2.830	3	Pakistan	-2.740
4	Spanien	-777	4	Indien	-2.807	4	Indien	-2.650
5	Algerien	-722	5	Pakistan	-2.651	5	Iran	-1.979
6	China	-713	6	Iran	-1.968	6	Indonesien	-1.900
7	Portugal	-631	7	Philippinen	-1.800	7	Philippinen	-1.800
8	Weißrussland	-564	8	Indonesien	-1.625	8	Ukraine	-1.200
9	Vereinigtes Königreich	-540	9	Somalia	-1.298	9	Kasachstan	-1.000
10	Puerto Rico	-470	10	Ägypten	-1.100	10	Ägypten	-850

Anmerkung: Schätzungen auf Grundlage der mittleren Variante.

Quelle: UN 2006: 90.

Tabelle 16: Anzahl der Länder nach Makroregionen und Migrationsstatus 1950-2005

Hauptgebiet	Anzahl der Länder und Gebiete			
	Netzimmigration	Netzemigration	kürzliche Netzimmigration	Andere
Welt	14	28	26	123
Afrika	-	5	4	45
Asien	5	5	4	35
Europa	4	3	15	17
Latein-Amerika und die Karibik	2	14	1	18
Nordamerika	2	-	-	-
Ozeanien	1	1	2	8

Quelle: UN 2006: 91.

Für eine Reihe von Ländern, deren natürliches Bevölkerungswachstum (Geburten minus Sterbefälle) gering oder negativ ist, hat die Nettomigration für das Bevölkerungswachstum insgesamt eine große Bedeutung. Zu Beginn der 1950er Jahre war der Einfluss der Zuwanderung auf das Bevölkerungswachstum generell eine zu vernachlässigende Größe. Erst im weiteren Zeitverlauf gewann die Zuwanderung für die Industriestaaten zunehmend an Gewicht. In Nordamerika und Ozeanien ist die Zuwanderung seit 1960 der entscheidende Faktor für das Bevölkerungswachstum, und in Europa bewirkte die Zuwanderung seit 1990 zumindest eine leichte Bevölkerungszunahme. Von 1990 bis 2000 nahm die Bevölkerung in 173 Staaten zu (UN 2006:93f.). In 16 Ländern, 13 in Europa und drei in Asien, war die Nettomigration die Hauptursache für das Bevölkerungswachstum. Gleichzeitig verzeichneten 19 Länder eine Bevölkerungsabnahme. In 12 Ländern war die Abwanderung der primäre Faktor und in sieben Ländern – Kroatien, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Weißrussland, die Ukraine und die Russische Föderation – das negative natürliche Bevölkerungswachstum (siehe Tabelle 17).

Tabelle 17: Natürliches Bevölkerungswachstum und Nettomigration als Einflussfaktoren der Bevölkerungsgröße nach Makroregionen 1990 - 2000

Hauptgebiet	Bevölkerungszunahme aufgrund			Bevölkerungsabnahme aufgrund		
	natürl. Wachstum	Netto-zuwanderun	Insgesamt	natürl. Wachstum	Netto-abwanderung	Insgesamt
Welt	157	16	173	7	12	19
Afrika	54	-	54	-	4	4
Asien	43	3	46		7	14
Europa	12	13	25	7	1	1
Latein-Amerika und die Karibik	34	-	34	-	-	-
Nordamerika	2	-	2	-	-	-
Ozeanien	12	-	12	-	-	-

Quelle: UN 2006: 94.

Zusammenfassend stellt sich das globale Migrationsgeschehen gegenwärtig wie folgt dar (UN 2006a:1ff.):

- Zwischen 1960 und 2005 stieg die Zahl der Migranten weltweit von 75 Mio. auf 191 Mio.
- Der Anteil der internationalen Migranten an der Weltbevölkerung betrug 1960 2,5%, 1970 und 1980 2,2%, 1990 2,9% und 2005 3,0%.
- Betrachtet man nicht Bewegungsgrößen, sondern aktuelle Bestandsgrößen, dann zeigt sich folgendes Bild: Im Jahr 2005 lebten die meisten Migranten in Europa (64 Mio.), gefolgt von Asien (53 Mio.), Nordamerika (44 Mio.), Afrika (17 Mio.), Lateinamerika und Karibik (7 Mio.) sowie Ozeanien (5 Mio.). Gemessen an der Bevölkerung stellten Migranten den höchsten Anteil in Ozeanien (15%), Nordamerika (13%) und Europa (9%), während der Anteil in Afrika, Asien sowie Lateinamerika und Karibik nur jeweils 2% betrug.

> Im Jahr 2005 hielten sich über zwei Drittel aller Migranten in 28 Ländern auf und rund ein Drittel sogar nur in drei Ländern: USA (20,2%), Russische Föderation (6,4%) und Deutschland (5,3%) (siehe Tabelle 18).

> Zwischen 1990 und 2005 entfiel 75% des Migrationszuwachses auf nur drei Länder: die USA (15 Mio.), Deutschland (4 Mio.) und Spanien (4 Mio.).

Tabelle 18: Länder mit der höchsten Zahl an Migranten 1990 und 2005
Teil 1

	1990		
Rang	**Land oder Bereich**	**Anzahl der Migranten (in Millionen)**	**Als Prozentsatz des Ganzen**
1	Vereinigte Staaten von Amerika	23,3	15,0
2	Russische Föderation	11,5	7,4
3	Indien	7,4	4,8
4	Ukraine	7,1	4,6
5	Pakistan	6,6	4,2
6	Deutschland	5,9	3,8
7	Frankreich	5,9	3,8
8	Saudi-Arabien	4,7	3,1
9	Kanada	4,3	2,8
10	Australien	4,0	2,6
11	Iran	3,8	2,5
12	Vereinigtes Königreich	3,8	2,4
13	Kasachstan	3,6	2,3
14	Hong Kong	2,2	1,4
15	Cote d'Ivoire	2,0	1,3
16	Usbekistan	1,7	1,1
17	Argentinien	1,6	1,1
18	Israel	1,6	1,1
19	Kuwait	1,6	1,0
20	Schweiz	1,4	0,9

Tabelle 18: Länder mit der höchsten Zahl an Migranten 1990 und 2005
Teil 2

Rang	2005		
	Land oder Bereich	Anzahl der Migranten (in Millionen)	Als Prozentsatz des Ganzen
1	Vereinigte Staaten von Amerika	38,4	20,2
2	Russische Föderation	12,1	6,4
3	Deutschland	10,1	5,3
4	Ukraine	6,8	3,6
5	Frankreich	6,5	3,4
6	Saudi-Arabien	6,4	3,3
7	Kanada	6,1	3,2
8	Indien	5,7	3,0
9	Vereinigtes Königreich	5,4	2,8
10	Spanien	4,8	2,5
11	Australien	4,1	2,2
12	Pakistan	3,3	1,7
13	Vereinigte Arabische Emirate	3,2	1,7
14	Hong Kong	3,0	1,6
15	Israel	2,7	1,4
16	Italien	2,5	1,3
17	Kasachstan	2,5	1,3
18	Cote d'Ivoire	2,4	1,2
19	Jordanien	2,2	1,2
20	Japan	2,0	1,1

Anmerkung: Von allen Migranten im Jahr 2005 lebten schätzungsweise etwa 5,3% in Deutschland.

Quelle: UN 2006a: 3.

4 Bevölkerungsvorausberechnungen

Vorausberechnungen der Bevölkerung nach Größe und Struktur werden von den nationalen statistischen Ämtern der einzelnen EU-Staaten teilweise in regelmäßigen Abständen durchgeführt. In Deutschland erfolgt eine regelmäßige Bevölkerungsvorausberechnung inzwischen alle drei Jahre. Die Letzte stammt vom November 2006. Von Eurostat wird eine Vorausschätzung für alle Mitgliedstaaten der EU alle drei bis fünf Jahre vorgenommen, zuletzt im Jahr 2005. Die globale Bevölkerungsentwicklung wird von den Vereinten Nationen vorausberechnet, wobei alle zwei Jahre aktualisierte Daten zugrunde gelegt werden. Die „2006 Revision" wurde im Jahr 2007 vorgelegt. Der Vorausberechnungszeitraum der Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland, die EU und die Welt reicht jeweils bis 2050.

4.1 Aussagekraft von Bevölkerungsvorausberechnungen

Die Vorausberechnung der unter bestimmten Annahmen zu erwartenden zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung wird auch mit Prognose bzw. Vorhersage, Vorausschätzung bzw. Projektion oder Modellrechnung bezeichnet. Die Begriffe werden verschiedentlich synonym verwendet, obwohl sie nicht deckungsgleich sind. Das Ziel einer Bevölkerungsprojektion besteht nicht in einer punktgenauen Vorausberechnung, sondern im Aufzeigen der Konsequenzen der getroffenen Annahmen für die Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland zeigen auf, wie sich die künftige Entwicklung vollziehen würde, wenn die getroffenen Annahmen eintreten würden. Bevölkerungsvorausberechnungen liefern auf die Zukunft gerichtete Basisinformatio-

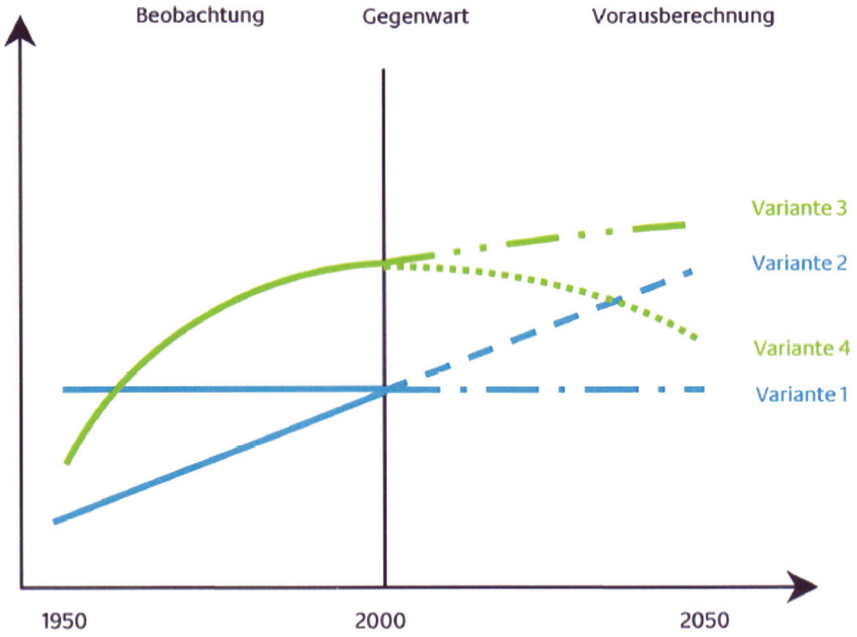
nen für politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungsprozesse. Sie verdeutlichen die Auswirkungen heute bereits angelegter Strukturen und erkennbarer Veränderungen auf die künftige Bevölkerung nach Größe und Zusammensetzung.

Grundlage einer Vorausberechnung ist eine Bevölkerungszählung bzw. die aktualisierte Fortschreibung des so ermittelten Bevölkerungsbestands. Gegeben ist demnach eine Bevölkerung, die nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren gegliedert ist. Für diese Bevölkerung werden, ebenfalls differenziert nach dem Alter, die Geburten-, Sterbe-, Zu- und Abwanderungswahrscheinlichkeiten berechnet, anhand derer die Vorausberechnungen vorgenommen werden.

Das eigentliche Problem besteht darin, möglichst gültige Annahmen zur Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration zu treffen. Voraussetzung hierfür ist die Verfügbarkeit des Verlaufs der drei Komponenten in der Vergangenheit, da nur unter Berücksichtigung bereits beobachteter Verläufe eine relativ verlässliche Vorausberechnung durchgeführt werden kann. Die Annahmevariationen können dabei sehr komplex sein. Vereinfacht lassen sich vier Möglichkeiten unterscheiden (siehe Abbildung 25): Die einfachste Möglichkeit besteht darin, einen Wert für die Zukunft konstant zu halten. Wenn z.B. die Lebenserwartung bei Geburt in den letzten Jahrzehnten gleich geblieben ist, kann man diesen Wert konstant setzen (siehe Variante 1). Die zweite Möglichkeit ist die lineare Fortschreibung. Wenn die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten jeweils pro Jahr um zwei Monate zugenommen hat, kann man diesen Trend für die Zukunft fortschreiben (siehe Variante 2). Die dritte Möglichkeit ist eine Modifikation der linearen Fortschreibung. Zeigte sich in der Vergangenheit ein Trend, der zwar nicht linear verlief, aber als Funktion statistisch messbar ist, kann man diese Funktion ebenso fortschreiben. Die Lebenserwartung würde zwar weiterhin zunehmen, der Anstieg würde sich aber in jedem Jahr um die Hälfte des Vorjahres verringern, womit sich

die Kurve immer weiter abschwächen würde (siehe Variante 3). Die vierte Möglichkeit ist am schwierigsten zu begründen und setzt komplexe Vorstellungen über denkbare Entwicklungen voraus, die eine Trendwende in der Zukunft hervorrufen könnten (siehe Variante 4). Trendwenden, die in Deutschland bei den Sterblichkeitsverhältnissen bisher nicht auftraten, sind für die Fertilität selten und kurzfristig von geringer Wirkung, für die Migration jedoch häufig. Wirtschaftliche Umbrüche, rechtliche Veränderungen, politische Konflikte und/oder ökologische Krisen im In- und Ausland können zu raschen und deutlichen Veränderungen von Zahl und Struktur der Migranten führen. Da sich solche Veränderungen kaum vorhersagen lassen, wird für die Migration zumeist mit Varianten gerechnet, die einen für die Zukunft gleich bleibenden Wanderungssaldo unterstellen.

Abbildung 25: Vorausschätzungsvarianten



Die Güte der Vorausberechnung hängt somit davon ab, wie genau die Annahmen die kommende Entwicklung abbilden. Mit Blick auf Deutschland scheint dies für die Geburtenhäufigkeit ziemlich eindeutig zu sein. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist seit rund drei Jahrzehnten auf einem konstant niedrigen Niveau, und es gibt keine begründete Erwartung, dass es zu einem (deutlichen) Wiederanstieg der Geburtenhäufigkeit kommen könnte. Auch die weitere Entwicklung der Lebenserwartung scheint relativ eindeutig zu sein, so dass die bisherigen Trends auch für die Zukunft – wenngleich in abgeschwächter Form – fortgeschrieben werden können. Weitaus schwieriger ist es jedoch, die zukünftigen Zu- und Abwanderungen vorherzusehen. In der Vergangenheit wurden in Deutschland größere Schwankungen bei der jährlichen Zahl der Zu- und Abwanderungen beobachtet, so dass es nicht möglich ist, nur einen Trend aus der Vergangenheit fortzuschreiben. Politische, wirtschaftliche und ökologische Bedingungen können sich schnell und unerwartet ändern, so dass sich Zu- und Abnahme von Wanderungen einer Vorhersage weitgehend entziehen.

Vorausberechnungen sind kurz- und mittelfristig relativ genau, sofern man die Ausgangsbevölkerung exakt kennt, da auch nach einem Zeitraum von zehn Jahren 90% der Ausgangsbevölkerung Teil der vorausberechneten Bevölkerung sind. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmender Vorausberechnungsdauer aber immer schwerer vorhersehbar ist, haben langfristige Rechnungen dann nur noch Modellcharakter. Mögliche Trends werden in verschiedenen Varianten berechnet. Man versucht damit einen Korridor zu beschreiben, in dem die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung nach Größe und Struktur plausibel ist. Eine Bevölkerungsvorausberechnung ist daher keine Prognose, welche die Zukunft exakt vorhersagt. Sie zeigt vielmehr, wie sich die Bevölkerung nach Zahl und Struktur entwickeln würde, wenn die aktuell getroffenen Annahmen zu Fertilität, Mortalität und Migration über einen langen Zeitraum gelten würden. Vorausberechnungen haben damit auch eine wichti-

ge gesellschaftspolitische Steuerungsfunktion, indem die Ergebnisse der Politik eventuellen Handlungsbedarf anzeigen.

4.2 Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2050

Im November 2006 wurden vom Statistischen Bundesamt die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vorgestellt (Statistisches Bundesamt 2006). Die Vorausberechnung wird normalerweise in einem Turnus von drei Jahren aktualisiert. Die vorherige Vorausberechnung stammt aus dem Jahr 2003 (Statistisches Bundesamt 2003). Die 11. Bevölkerungsvorausberechnung zeigt auf der Grundlage verschiedener Annahmen und in mehreren Varianten die mögliche Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050 auf. Die Neuberechnung beinhaltet sowohl die aktuelle Datenlage als auch veränderte Bewertungen zu zukünftigen Trends der Bevölkerungsentwicklung. Sie geht vom Bevölkerungsstand am 31.12.2005 aus. Die Angaben zur Bevölkerung beruhen seit der letzten Volkszählung von 1987 (bzw. von 1981 in der ehemaligen DDR) auf Fortschreibungen aus Bevölkerungsregistern. Die Bevölkerungsfortschreibung rechnet die Ergebnisse eines Zensus auf Gemeindeebene fort, im wesentlichen mit den Meldungen der Standesämter über Geburten und Sterbefälle sowie mit den Daten der Meldebehörden über Zu- und Fortzüge. Mit zunehmendem Abstand von der letzten Volkszählung werden die Angaben ungenauer. Schätzungen gehen von einer Überhöhung der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl von über einer Million aus (Statistisches Bundesamt 2006d).

4.2.1 Annahmen

Die Vorausberechnung beruht auf Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Wanderungsgeschehen (Saldo der Zu- und Fortzüge), die sich in drei Punkten von der vorherigen unterscheiden. Erstens wurden alternative Verläufe der zukünftigen Entwicklung der Fertilität berücksichtigt. Zweitens wurde zukünftig ein höherer Anstieg

der Lebenserwartung angenommen. Und drittens wurden für die Wanderungen nur noch zwei statt bisher drei Annahmen verwendet, wobei eine geringere Zuwanderung angenommen wird. Für die einzelnen Einflussgrößen wurden folgende Annahmen getroffen:

Geburtenhäufigkeit

Die beiden letzten Bevölkerungsvorausberechnungen gingen von einer langfristigen Fortsetzung des heute geringen Fertilitätsniveaus von rund 1,4 Kindern je Frau aus. Auch die aktuelle Schätzung unterstellt, dass dies der wahrscheinlichste Fall ist. Zusätzlich wurden aber noch zwei weitere Verläufe berücksichtigt. Zum einen wurde ein leichter Anstieg auf 1,6 Kinder je Frau ab dem Jahr 2025 angenommen. Dies könnte eintreten, wenn die Geburtenhäufigkeit bei den Frauen unter 30 Jahren nicht mehr abnimmt und sich die positiven Trends bei den über 30-jährigen Frauen fortsetzen, sich also mehr ältere Frauen für ein Kind entscheiden. Ein solcher Verlauf wäre denkbar, wenn u.a. die neu konzipierten und umstrukturierten familienpolitischen Maßnahmen wie z.B. das Elterngeld oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen greifen und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eine demographische Wirkung entfalten würden. Zum anderen wurde aber auch die Möglichkeit eines leichten Rückganges der Fertilität auf 1,2 Kinder je Frau bis 2050 berücksichtigt, sofern insbesondere der Anteil an kinderlosen Frauen weiter zunimmt und/oder immer mehr Frauen den Zeitpunkt der Familiengründung auf ein höheres Alter verlagern. Für die Geburtenhäufigkeit liegen somit drei Annahmen vor:

- 1,4 Kinder je Frau konstant bis 2050 (leichter Anstieg bis 2025, dann Konstanz)
- bis 2025 leicht ansteigende Geburtenhäufigkeit auf 1,6 Kinder je Frau, anschließend bis 2050 konstant 1,6 Kinder je Frau
- bis 2050 leicht fallende Geburtenhäufigkeit auf 1,2 Kinder je Frau.

Lebenserwartung bei Geburt

In der 9. Bevölkerungsvorausberechnung von 2000 wurde als Hauptannahme für Männer im Jahr 2050 eine Lebenserwartung bei Geburt von 78,1 Jahren und für Frauen von 84,5 Jahren angenommen. Daneben wurde eine Variante mit höherer Lebenserwartung berechnet. Bereits in der folgenden 10. Bevölkerungsvorausberechnung von 2003 wurden Werte von 81,1 Jahre bei Männern und 86,6 Jahre bei Frauen in der mittleren Annahme unterstellt. Dazu kamen eine niedrigere und eine höhere Annahme. Die Annahme der aktuellen Berechnung wurde noch einmal nach oben korrigiert und liegt jetzt bei 83,5 Jahren für Männer und 88,0 Jahren für Frauen in der Basisannahme. In einem zweiten Szenario wird sogar mit einem Anstieg der Lebenserwartung auf 85,4 Jahre für Männer und 89,9 Jahre für Frauen gerechnet. Für die Lebenserwartung bei Geburt sind somit zwei Entwicklungen denkbar:

- Anstieg bis 2050 bei Jungen um 7,6 und bei Mädchen um 6,5 Jahre
- Anstieg bis 2050 bei Jungen um 9,5 und bei Mädchen um 8,3 Jahre.

Zuwanderung

Im Vergleich zur Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung ist die Zuwanderung schwerer voraus zu berechnen. Wanderungen umfassen deutsche und ausländische Personen, deren Zuzugs- und Fortzugsverhalten unterschiedlich ist. Da das Zuzugspotenzial von Spätaussiedlern weitgehend ausgeschöpft ist, geht es vor allem um die Abschätzung der Zuwanderung von Ausländern. In den vergangenen 20 Jahren betrug der jährliche Wanderungssaldo bei Ausländern im Durchschnitt +191.000 Personen. Aufgrund politischer Maßnahmen und verschiedener Ereignisse (z.B. Ende des Ost-West-Konfliktes, Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien) unterlag er jedoch starken Schwankungen. In der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von 2003 wurde ein Wanderungsgewinn von jährlich 200.000 Personen als mittlere Variante angenommen. In wei-

teren Annahmen wurde von nur 100.000, aber auch von 300.000 Personen ausgegangen. In der aktuellen Schätzung wird nun ein jährlicher Wanderungsgewinn von 100.000 Personen bzw. 200.000 Personen als Gesamtwanderungssaldo angesetzt. Diese Korrektur nach unten ist den relativ geringen Wanderungsgewinnen der letzten Jahre geschuldet: 2005: 95.717, 2004: 55.217 und 2003: 102.696 Personen. (In einer zusätzlichen Modellrechnung wird auch eine Annahme mit einem jährlichen Wanderungsgewinn von 300.000 Personen berechnet.)

Je nach Variante wird die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 zwischen 67 Mio. und 74 Mio. betragen. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2003 kam auf der Basis von neun verschiedenen Varianten zu einer Bevölkerungszahl für das Jahr 2050, die zwischen 67 Mio. und 81 Mio. liegt. Allerdings war dabei auch ein jährlicher Wanderungssaldo von 300.000 Personen einbezogen.

4.2.2 Ergebnisse

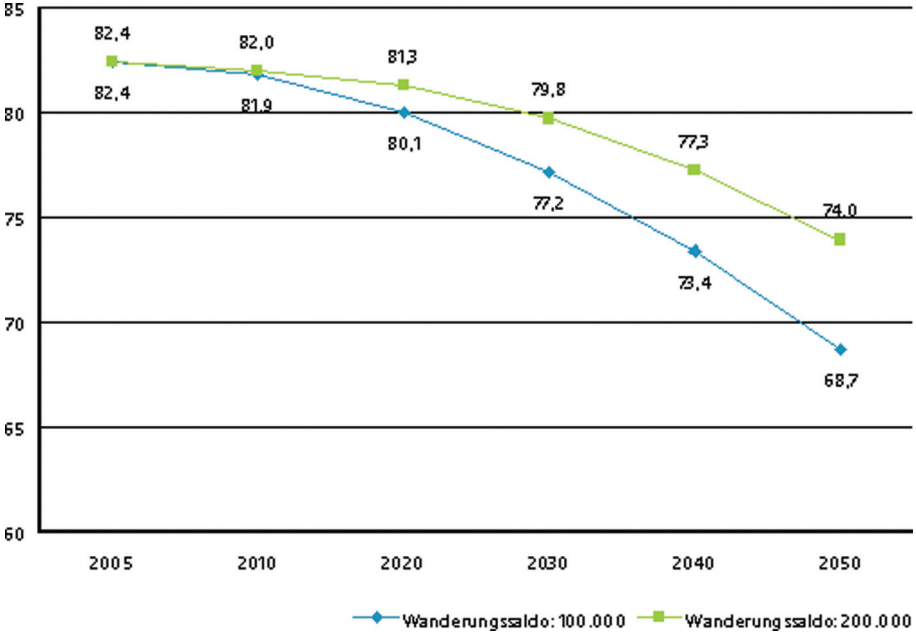
Aus der Kombination der Annahmen ergeben sich zwölf verschiedene Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung. Im Folgenden werden die Ergebnisse anhand der zwei „mittleren" Varianten der Bevölkerungsentwicklung (Untergrenze und Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung) genauer dargestellt. Die so genannte „mittlere" Variante geht von den Annahmen annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit (1,4 Kinder je Frau), eines Anstiegs der Lebenserwartung um etwa sieben Jahre für beide Geschlechter und eines positiven Wanderungssaldos von 100.000 bzw. 200.000 Personen pro Jahr aus. Insofern variiert bei den beiden „mittleren" Varianten nur die Höhe des Wanderungssaldos. Diese Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demographischen Trends fortsetzen. Im Basis-Szenario kommt es zu einem schnelleren Bevölkerungsrückgang und zu einer stärkeren demographi-

schen Alterung als noch 2003 in der damals mittleren Variante angenommen wurde.

Bevölkerungsgröße

Die Bevölkerung Deutschlands wird sich bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen von derzeit 82,4 Mio. Einwohnern auf rund 69 Mio. im Jahr 2050 verringern. Bei einer höheren Zuwanderung von 200.000 Personen würde der Bevölkerungsrückgang geringer ausfallen und die Einwohnerzahl würde 74 Mio. betragen (siehe Abbildung 26). Dies stellte 2003 noch die mittlere Variante dar.

Abbildung 26: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 2005 - 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 57f.).

Die Gründe für den Bevölkerungsrückgang sind eine stetige Abnahme der Geburtenzahlen und eine Zunahme der Sterbefälle. Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt langfristig auch dazu, dass die Anzahl potenzieller Mütter immer kleiner wird, so dass die Zahl der Geburten von derzeit 686.000 auf etwa 500.000 im Jahr 2050 sinkt. Zudem beeinflusst auch das Alter der Mütter zum Zeitpunkt der ersten Geburt die Geburtenentwicklung. Immer mehr Frauen verlagern den Zeitpunkt der Familiengründung auf ein höheres Alter und bekommen ihr erstes Kind erst mit Anfang 30, was die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten verringert.

Die Zahl der Sterbefälle wird – trotz steigender Lebenserwartung – zunehmen, weil die geburtenstarken Jahrgänge in das hohe Alter hineinwachsen werden. Das bereits seit 1972 jährlich zu verzeichnende Geburtendefizit wird dadurch von 144.000 im Jahr 2005 auf über 300.000 im Jahr 2020 anwachsen. Im Jahr 2050 werden die Sterbefälle die Zahl der Geburten dann sogar um 570.000 bis 600.000 übersteigen. Das Geburtendefizit wird zudem nicht mehr durch die Nettozuwanderung kompensiert. Die bereits seit 2004 rückläufige Bevölkerungszahl wird daher auch aus diesem Grund weiter abnehmen. Demnach befindet sich Deutschland bereits heute in der Phase eines anhaltenden Bevölkerungsrückganges. Den höchsten Bevölkerungsstand hätte Deutschland demnach im Jahr 2003 erreicht. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2003 erwartete in ihrer mittleren Variante noch, dass die Bevölkerungsabnahme erst um 2013 einsetzen würde.

Bevölkerungsalterung

Parallel zur Bevölkerungsabnahme wird sich die Alterung der Bevölkerung weiter fortsetzen. Ende 2005 waren 20% der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, 19% älter als 64 Jahre und 61% waren im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2050 werden dagegen – bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen – 15% unter 20 Jahre, 33% 65 Jahre und älter und nur noch etwa 52% im Erwerbsalter sein (siehe Tabelle 19). Durch

diese Entwicklung wird sich das durchschnittliche Alter der Bevölkerung von 42 Jahren im Jahr 2005 auf circa 50 Jahre im Jahr 2050 erhöhen.

Tabelle 19: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach Hauptaltersgruppen 2005-2050

		31.12. des Jahres					
		2005	**2010**	**2020**	**2030**	**2040**	**2050**
Bevölkerungs-stand	**1000...**	**82.438**	**81.887**	**80.057**	**77.203**	**73.422**	**68.743**
	2005 = 100...	**100**	**99,3**	**97,1**	**93,6**	**89,1**	**83,4**
unter 20 Jahre	1000...	16486	15025	13501	12673	11487	10362
	%...	20	18,3	16,9	16,4	15,6	15,1
	2005 = 100...	100	91,1	81,9	76,9	69,7	62,9
20 bis unter 65 Jahre	1000...	50082	50038	47992	42399	38384	35524
	%...	60,8	61,1	59,9	54,9	52,3	51,7
	2005 = 100...	100	99,9	95,8	84,7	76,6	70,9
65 Jahre und älter	1000...	15870	16824	18565	22132	23550	22856
	%...	19,3	20,5	23,2	28,7	32,1	33,2
	2005 = 100...	100	106	117	139,5	148,4	144

Anmerkung: Variante: Untergrenze der „mittleren Bevölkerung“, d.h. Geburtenhäufigkeit: relativ konstant, Lebenserwartung: Basisannahme, Wanderungssaldo: 100.000.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006: 57.

Die Zahl der Kinder im Vorschulalter wird sich von derzeit 4,3 Mio. auf etwa 3 Mio. im Jahr 2050 verringern, die der schulpflichtigen Kinder von 6 bis 10 Jahren von 3,2 Mio. auf 2 Mio. Bereits bis zum Jahr 2012 wird die Zahl der jungen Menschen im ausbildungsrelevanten Alter zwischen 16 und 20 Jahren von heute 4 Mio. auf etwa 3 Mio. zurückgehen.

Die Zahl der über 65-Jährigen wird von derzeit etwa 16 Mio. auf circa 24 Mio. bis zum Ende der 2030er Jahre ansteigen und danach wieder leicht sinken. Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich jedoch kontinuierlich von unter 4 Mio. im Jahr 2005 auf gut 10 Mio. im Jahr 2050 erhöhen. Über 40% der 65-Jährigen und Älteren werden dann mindestens 80 Jahre alt sein.

Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) altert und schrumpft langfristig. Bis etwa 2015 bleibt die Zahl relativ stabil bei 50 Mio. Dabei nimmt die ältere Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen so stark zu, dass sie die deutliche Abnahme bei den unter 50-Jährigen ausgleicht und die Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt zunächst konstant bleibt. Danach wird sie jedoch bis 2030 auf 42 bzw. 44 Mio. und bis 2050 auf 36 bzw. 39 Mio. Personen (jeweils Unter- bzw. Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung) schrumpfen.

Insgesamt verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung im Erwerbsalter deutlich. Zur Zeit gehören 50% zur mittleren Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren, knapp 20% zur jungen von 20 bis 29 Jahren und 30% zur älteren von 50 bis 64 Jahren. Während der Anteil der jungen Altersgruppe bis 2050 nur schwach abnimmt, wird die mittlere Altersgruppe nur noch 43% betragen, die ältere Altersgruppe jedoch auf knapp 40% ansteigen. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird somit stark durch die Älteren geprägt sein und deutlich schrumpfen. Bei einer Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre wird die Zahl der Personen im Erwerbsalter im Jahr 2050 allerdings um etwa 2 Millionen höher liegen.

Jugend- und Altenquotient

Auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) entfallen gegenwärtig 33 unter 20-Jährige. Der Jugendquotient geht nur leicht zurück und liegt 2050 bei 29. Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig jedoch immer mehr Ältere gegenüberstehen. Im Jahr 2005 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter 32 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2030 wird der Altenquotient – bei einem Wanderungssaldo von 100.000 Personen – bei 52 und im Jahr 2050 bei 64 liegen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre würde der Altenquotient 2050 mit 56 deutlich höher liegen als heute (siehe Tabelle 20).

Tabelle 20: Entwicklung des Altenquotienten in Deutschland bei unterschiedlichen Altersgrenzen 2005 - 2050

		31.12. des Jahres					
		2005	2010	2020	2030	2040	2050
Variante: Untergrenze der "mittleren Bevölkerung" (1)	Altenquotient 60+	45,2	47,4	58,2	78,4	83,5	90,8
	Altenquotient 65+	31,7	33,6	38,7	52,2	61,4	64,3
	Altenquotient 67+	25,8	29,5	32,9	43,3	54,5	56,2
Variante: Obergrenze der "mittleren Bevölkerung" (2)	Altenquotient 60+	45,2	47,3	57	75,2	78,9	85,1
	Altenquotient 65+	31,7	33,5	38	50,3	58	60,1
	Altenquotient 67+	25,8	29,5	32,3	41,8	51,5	52,5
Variante: "relativ junge" Bevölkerung (3)	Altenquotient 60+	45,2	47,3	57	75,1	77,7	81,7
	Altenquotient 65+	31,7	33,5	38	50,2	57,2	58
	Altenquotient 67+	25,8	29,5	32,3	41,7	50,8	50,7
Variante: "relativ alte" Bevölkerung (4)	Altenquotient 60+	45,2	47,5	59,1	80,8	88,2	99,2
	Altenquotient 65+	31,7	33,7	39,5	54,2	65,3	70,9
	Altenquotient 67+	25,8	29,6	33,6	45,1	58,1	62,3

Anmerkung: (1) TFR 1,4 und Wanderungssaldo 100.000 (2) TFR 1,4 und Wanderungssaldo 200.000 (3) TFR 1,6 und Wanderungssaldo 200.000 (4) TFR 1,2 und Wanderungssaldo 100.000.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 57ff.).

Auch die Entwicklung des Gesamtquotienten, das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen, zu den Personen im Erwerbsalter, wird durch den Altenquotienten geprägt. 2005 betrug dieser 65, 2050 wird er sich voraussichtlich auf 94 belaufen. Die Verschärfung der Alterungsproblematik in den Ergebnissen ist offenbar zu einem Gutteil der geringer angenommenen Zuwanderung geschuldet, aber auch die höhere Lebenserwartung spielt eine Rolle.

Indem nicht mehr die Altersgrenze von 60 Jahren, wie bei der 10. Vorausberechnung von 2003, zu Grunde gelegt, sondern mit einer Altersgrenze von 65 Jahren gerechnet wird, fällt die Zunahme des Altenquotienten deutlich geringer aus. Die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters auf zunächst 67 Jahre folgt dem voranschreitenden Prozess der demographischen Alterung. Eine Entschärfung der Altersproblematik kann zukünftig jedoch nur durch einen Anstieg des tatsächlichen Renten-

eintrittsalters erreicht werden, das im Jahr 2005 bei knapp unter 61 Jahren lag. Inwieweit es zukünftig zu einem Anstieg der Alterserwerbsarbeit kommt, ist allerdings nicht nur vom Arbeitskräfteangebot und von der Bereitschaft der Arbeitnehmer abhängig, länger zu arbeiten, sondern auch von der künftigen Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage (Fuchs/Dörfler 2005; Fuchs et al. 2005; Fuchs 2006). In jedem Fall ist eine alternde und schrumpfende Gesellschaft stärker gefordert, ihre sich verändernden und knapper werdenden Potenziale besser auszuschöpfen (BMBF 2006).

4.2.3 Zusammenfassung

In der mittleren Variante kommt es zu einem schnelleren Bevölkerungsrückgang und zu einer stärkeren demographischen Alterung als noch 2003 angenommen wurde. Die Gründe hierfür sind eine stetige Abnahme der Geburtenzahlen und eine Zunahme der Sterbefälle. Zudem wird nur noch ein jährlicher Wanderungsgewinn von 100.000 Personen bzw. von 200.000 Personen unterstellt. Diese Korrektur nach unten ist den relativ geringen Wanderungsgewinnen der letzten Jahre geschuldet.

Die Bevölkerung Deutschlands wird sich bei einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Personen von derzeit 82,4 Mio. Einwohnern auf 69 Mio. im Jahr 2050 verringern. Bei einer höheren Zuwanderung von 200.000 Personen würde der Bevölkerungsrückgang geringer ausfallen und die Einwohnerzahl würde 74 Mio. betragen. Dies wurde 2003 noch als die wahrscheinlichste Entwicklung angenommen. Demnach befindet sich Deutschland bereits heute in der Phase eines anhaltenden Bevölkerungsrückganges. Den höchsten Bevölkerungsstand hätte Deutschland bereits im Jahr 2003 erreicht. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung erwartete noch, dass die Bevölkerungsabnahme erst um 2013 einsetzen würde.

Parallel zur Bevölkerungsabnahme wird sich die Alterung der Bevölkerung weiter fortsetzen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen sowie der

jungen Menschen im Ausbildungsalter nimmt ab. Dagegen wird sich die Zahl der Hochaltrigen nahezu verdreifachen. Je nach Ausmaß der Zuwanderung wird sich der Anteil der Personen im Erwerbsalter um 22% bzw. 29% verringern. Die Altersstruktur innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe verschiebt sich schnell. Bereits 2020 wird der Anteil der 50- bis 64-Jährigen von 30% auf 40% angewachsen sein. Der Altenquotient wird sich von derzeit 32 je nach Variante auf 60 bzw. 64 erhöhen. Bei Verschiebung der Altersgrenze auf 67 Jahre erreicht der Altenquotient je nach Variante 52 oder 56. Wollte man den Altenquotienten von 32 konstant halten, müsste die Altersgrenze im Jahr 2050 bei 74 bzw. 75 Jahren liegen (Statistisches Bundesamt 2006a:2).

Als Fazit ist festzuhalten: Im Gegensatz zur Bevölkerungsschrumpfung, die sich durch Zuwanderung abschwächen lässt, ist die Bevölkerungsalterung mindestens bis zur Jahrhundertmitte irreversibel.

4.3 Bevölkerungsvorausschätzungen für die Europäische Union bis 2050

Im April 2005 wurden von Eurostat nach Geschlecht und Alter differenzierte Bevölkerungsvorausschätzungen für jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) sowie für die damaligen Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien vorgelegt. Die Basisannahmen für die alten EU-15 Mitgliedstaaten sowie Zypern und Malta orientieren sich stark an der bisherigen Entwicklung. Für die neuen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten wurde ein davon abweichender Ansatz gewählt. Es wurde davon ausgegangen, dass die aktuellen Bevölkerungsstrukturen in diesen Ländern wesentlich durch die Umbruchjahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes beeinflusst wurden. Es ist jedoch anzunehmen, dass ein Konvergenzprozess hin zu westlichen Verhaltensmustern stattfindet und es im Zeitverlauf zu einer weitgehenden Angleichung der Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse kommt (Eurostat 2006:170). Die von Eurostat getroffenen Annahmen unterscheiden sich teilweise von denen der nationalen

Statistischen Ämter. Einige der von Eurostat vorgelegten Ergebnisse differieren daher zu denen einzelner Mitgliedstaaten vor allem im Hinblick auf die Höhe von Zu- und Abwanderungen.

4.3.1 Annahmen

Für das Trend-Szenario wurden drei Varianten (Basis-, hohe und niedrige Variante) mit unterschiedlichen Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung bei Geburt und zum Wanderungssaldo berechnet. Für die einzelnen Einflussgrößen wurden folgende Annahmen getroffen:

Geburtenhäufigkeit

Für die Entwicklung des Fertilitätsniveaus in der EU wird angenommen, dass sich der Trend zur späten Schwangerschaft fortsetzt, was weniger Geburten zur Folge hat. Je höher das Alter einer Frau bei der Erstgeburt, desto geringer ist ihre endgültige Kinderzahl. Die Mitgliedstaaten befinden sich allerdings in unterschiedlichen Phasen. Während bei den nord- und westeuropäischen Ländern davon ausgegangen wird, dass sie sich bereits in einer Spät- oder Endphase befinden, sind die südlichen Länder in einer mittleren Phase, und die osteuropäischen Länder durchlaufen eine noch frühe Phase. Eurostat (2006a:7) nimmt an, dass die Fertilitätsrate in den Ländern, in denen eine Verschiebung stattfindet, voraussichtlich langsam steigen wird. In südeuropäischen Ländern dürfte eine Zunahme der Fertilität etwa ab 2010 stattfinden, während sie in Ost-Mitteleuropa im kommenden Jahrzehnt noch niedrig bleiben und erst dann leicht steigen wird. Für die nord- und westeuropäischen Länder wird von einem eher gleich bleibenden Fertilitätsniveau ausgegangen. In keinem EU-Land wird demzufolge das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau erreicht werden. Die Fertilitätsrate wird sich je nach Variante voraussichtlich wie folgt entwickeln:

- In der Basisvariante wird sich die TFR von derzeit 1,49 bis etwa 2025 auf 1,6 erhöhen und dann bis 2050 konstant bleiben.

- In der niedrigen Variante wird eine geringfügige Abnahme der TFR auf konstant 1,4 unterstellt.
- In der hohen Variante wird die TFR bis etwa 2025 auf 1,9 ansteigen und dann bis 2050 konstant bleiben.

Lebenserwartung bei Geburt

Hinsichtlich der Sterblichkeit wird angenommen, dass die Lebenserwartung bei Geburt in der EU-25 zwar für beide Geschlechter weiter zunehmen, sich das Tempo der Zunahme aber verlangsamen wird. Die Trends der verbesserten Sterblichkeit werden vor allem Menschen im höheren Alter zugute kommen, und die Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern werden sich weiter verringern. Für die EU-15 werden höhere Werte erwartet als für die neuen Mitgliedstaaten. Diese werden sich hinsichtlich relativer Verbesserungen vermutlich der EU-15 annähern, jedoch nicht beim absoluten Sterblichkeitsniveau. Deutliche Unterschiede in der Lebenserwartung bei Frauen und Männern zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten dürften daher auch noch im Jahr 2050 vorliegen.

Zuwanderung

Bei der Annahme zur Wanderung werden die Auswirkungen der Erweiterung berücksichtigt. Dabei wird unterstellt, dass eine allmähliche Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte stattfindet und dass die neuen Mitgliedstaaten bei der Basis- und hohen Variante von Entsende- zu Aufnahmeländern werden. Der größte Teil der Zuwanderung wird auf die EU-15 entfallen, während die neuen Mitgliedstaaten zwar bis 2050 einen positiven Saldo erzielen werden, dabei jedoch mit einer viel geringeren Zuwanderung zu rechnen ist. Im gesamten Vorausschätzungszeitraum wird die EU-25

- nach der Basisvariante fast 40 Mio.,
- nach der niedrigen Variante 20 Mio. und
- nach der hohen Variante 63 Mio. Migranten aufnehmen.

4.3.2 Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse anhand der Basisvariante genauer dargestellt.

Bevölkerungsgröße

Aufgrund der Wechselwirkung zwischen der Struktur der Ausgangsbevölkerung und den getroffenen Annahmen zu Fertilität, Mortalität und Wanderung ergeben sich in der Basisvariante mehr Sterbefälle als Geburten. Der positive Wanderungssaldo sorgt lediglich für einen Aufschub des Bevölkerungsrückganges, der etwa im Jahr 2025 einsetzt.

Von 2004 bis 2025 dürfte die Bevölkerung der EU-25 um rund 12 Mio. auf 470 Mio. Einwohner anwachsen. Die Bevölkerungszunahme bis 2025 wird hauptsächlich auf die Nettozuwanderung zurückzuführen sein, da die Sterberate die Geburtenrate bereits ab 2010 übersteigen wird. Die Nettozuwanderung wird den natürlichen Bevölkerungsrückgang nach 2025 allerdings nicht mehr ausgleichen können, so dass eine allmähliche Abnahme der Bevölkerung erfolgt. Für den Zeitraum von 2025 bis 2050 wird ein Rückgang der Bevölkerung um gut 20 Mio. erwartet, so dass die EU-25 dann nur noch rund 450 Mio. Menschen zählen wird (siehe Tabelle 21). Gegenüber 2005 wird die Bevölkerungszahl um rund 7 Mio. bzw. -1,5% geringer sein, weil der Rückgang um 8,7 Mio. bzw. 11,7% in den zehn neuen Mitgliedstaaten den Anstieg in der EU-15 um 1,7 Mio. bzw. +0,4% bei weitem überwiegt (Eurostat 2006a:6).

Tabelle 21: Bevölkerungsentwicklung in der EU-25 2004 - 2050

	Bevölkerung (in 1.000)				Veränderung gegenüber 2004 in Prozent		
	2004	2015	2025	2050	2015	2025	2050
EU-25	**456.815**	**467.307**	**470.057**	**449.831**	**2,3**	**2,9**	**-1,5**
EU-15	**382.674**	**394.727**	**398.780**	**384.356**	**3,1**	**4,2**	**0,4**
Neue Mitgliedstaaten	**74.141**	**72.580**	**71.278**	**65.475**	**-2,1**	**-3,9**	**-11,7**
Belgien	10.396	10.674	10.898	10.906	2,7	4,8	4,9
Tschechien	10.212	10.012	9.812	8.894	-2	-3,9	-12,9
Dänemark	5.398	5.498	5.557	5.430	1,9	2,9	0,6
Deutschland	82.532	82.864	82.108	74.642	0,4	-0,5	-9,6
Estland	1.351	1.279	1.224	1.126	-5,3	-9,4	-16,6
Griechenland	11.041	11.390	11.394	10.632	3,2	3,2	-3,7
Spanien	42.345	45.264	45.556	42.834	6,9	7,6	1,2
Frankreich	59.901	62.616	64.392	65.704	4,5	7,5	9,7
Irland	4.028	4.555	4.922	5.478	13,1	22,2	36
Italien	57.888	58.630	57.751	52.709	1,3	-0,2	-8,9
Zypern	730	828	897	975	13,3	22,8	33,5
Lettland	2.319	2.174	2.068	1.873	-6,3	-10,8	-19,2
Litauen	3.446	3.258	3.134	2.881	-5,5	-9,1	-16,4
Luxemburg	452	499	544	643	10,4	20,5	42,3
Ungarn	10.117	9.834	9.588	8.915	-2,8	-5,2	-11,9
Malta	400	439	468	508	9,8	17	27,1
Niederlande	16.258	16.957	17.429	17.406	4,3	7,2	7,1
Österreich	8.114	8.358	8.501	8.216	3	4,8	1,3
Polen	38.191	37.429	36.836	33.665	-2	-3,5	-11,8
Portugal	10.475	10.762	10.730	10.009	2,7	2,4	-4,4
Slowenien	1.996	2.019	2.014	1.901	1,1	0,9	-4,8
Slowakei	5.380	5.309	5.237	4.738	-1,3	-2,7	-11,9
Finnland	5.220	5.354	5.439	5.217	2,6	4,2	-0,1
Schweden	8.976	9.373	9.769	10.202	4,4	8,8	13,7
Vereinigtes Königreich	59.652	61.934	63.792	64.330	3,8	6,9	7,8
Bulgarien	7.801	7.130	6.465	5.094	-8,6	-17,1	-34,7
Rumänien	21.711	20.917	19.746	17.125	-3,7	-9,1	-21,1

Quelle: Eurostat 2005: 3.

Bevölkerungsalterung

Vor dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang wird bereits ab 2007 eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren einsetzen. Insgesamt wird sich die Zahl von 307 Mio. im Jahr 2004 auf 255 Mio. im Jahr 2050 verringern, was einer Abnahme des Anteils dieser Altersgruppe von 67,2% auf 56,7% entspricht. Diesen Anteil dürfte auch Deutschland in etwa aufweisen. Parallel dazu wird sich auch der Anteil der Menschen zwischen 0 und 14 Jahren von 16,4% im Jahr 2004 auf 13,4% im Jahr 2050 verringern. Mit 11,9% wird Deutschland einen unterdurchschnittlichen Anteil aufweisen. Im Gegensatz dazu wird der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in der EU beträchtlich zunehmen: von 16,5% im Jahr 2004 auf 29,9% im Jahr 2050 bzw. von 75,3 Mio. auf 134,5 Mio. Menschen. Mit einem Anteil von 31,5% wird Deutschland auch am Ende des Vorausberechnungszeitraumes weiterhin über dem EU-Durchschnitt liegen (siehe Tabelle 22). Die Menschen ab 80 Jahren werden nicht nur relativ, sondern auch absolut deutlich zunehmen: von 4,0% im Jahr 2004 auf 11,4% im Jahr 2050 bzw. von 18 Mio. auf 50 Mio., was nahezu einer Verdreifachung entspricht. Aufgrund der zunehmenden Alterung der geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboom-Generation“ bei gleichzeitig längerer Lebenserwartung wird die Zunahme an Hochaltrigen etwa ab 2025 besonders deutlich ausfallen.

Tabelle 22: Bevölkerungsentwicklung in der EU-25 nach Hauptaltersgruppen 2004 - 2050

	Anteil (%) im Alter 0 - 14			Anteil (%) im Alter 15 - 64			Anteil (%) im Alter 65+		
	2004	2025	2050	2004	2025	2050	2004	2025	2050
EU-25	**16,4**	**14,4**	**13,4**	**67,2**	**63,0**	**56,7**	**16,4**	**22,6**	**29,9**
EU-15	**16,3**	**14,4**	**13,5**	**66,7**	**62,8**	**56,5**	**17,0**	**22,8**	**30,0**
EU-10	**16,7**	**14,4**	**13,2**	**69,7**	**64,5**	**57,7**	**13,6**	**21,1**	**29,1**
Belgien	17,3	15,6	14,7	65,6	61,9	57,6	17,1	22,5	27,7
Tschechien	15,2	13,5	12,6	70,8	64,1	56,5	14,0	22,4	30,9
Dänemark	18,9	15,9	15,7	66,2	62,9	60,2	14,9	21,2	24,1
Deutschland	14,7	12,9	11,9	67,3	62,5	56,5	18,0	24,6	31,6
Estland	16,0	16,2	14,8	67,9	63,9	59,6	16,1	19,9	25,6
Griechenland	14,5	13,3	12,3	67,7	63,9	55,2	17,8	22,8	32,5
Spanien	14,5	12,8	11,5	68,6	65,2	52,9	16,9	22,0	35,6
Frankreich	18,6	16,7	15,8	65,1	60,9	57,0	16,3	22,4	27,2
Irland	20,9	18,2	16,0	68,0	65,3	57,8	11,1	16,5	26,2
Italien	14,2	12,1	11,2	66,6	62,9	53,5	19,2	25,0	35,3
Zypern	20,0	15,6	13,3	68,1	65,2	60,5	11,9	19,2	26,2
Lettland	15,4	16,2	14,8	68,4	64,1	59,1	16,2	19,7	26,1
Litauen	17,7	15,1	13,7	67,3	65,7	59,6	15,0	19,2	26,7
Luxemburg	18,8	17,1	16,6	67,1	64,9	61,3	14,1	18,0	22,1
Ungarn	15,9	14,3	13,8	68,6	63,7	58,1	15,5	22,0	28,1
Malta	18,2	15,6	14,5	68,7	63,1	60,8	13,1	21,3	24,7
Niederlande	18,5	16,1	15,8	67,6	63,3	60,7	13,9	20,6	23,5
Österreich	16,3	13,8	12,3	68,2	64,1	57,3	15,5	22,1	30,4
Polen	17,2	14,6	13,0	69,8	64,3	57,6	13,0	21,1	29,4
Portugal	15,7	14,2	13,1	67,4	63,7	55,0	16,9	22,1	31,9
Slowenien	14,6	13,4	12,8	70,4	63,8	56,0	15,0	22,8	31,2
Slowakei	17,6	14,0	12,8	70,9	67,1	57,9	11,5	18,9	29,3
Finnland	17,6	16,0	15,3	66,8	59,4	57,8	15,6	24,6	26,9
Schweden	17,8	17,1	16,3	65,0	60,7	59,4	17,2	22,2	24,3
Vereinigtes Königreich	18,3	16,1	14,7	65,7	63,0	58,7	16,0	20,9	26,6
Bulgarien	14,2	11,7	11,5	68,7	64,5	55,0	17,1	23,8	33,5
Rumänien	16,4	14,1	12,5	69,1	66,9	57,9	14,5	19,0	29,6

Quelle: Eurostat 2005: 4.

Der Altenquotient (Personen ab 65 Jahren im Verhältnis zu Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) wird sich von 24,5 im Jahr 2004 bis zum Jahr 2050 mit 52,8 mehr als verdoppeln. Während im Jahr 2004 noch eine ältere Erwerbsperson auf vier Personen im erwerbsfähigen Alter kam, wird dieses Verhältnis im Jahr 2050 etwa eins zu zwei betragen (siehe Tabelle 23). Die Bevölkerungsalterung spiegelt sich auch im Anstieg des Medianalters wider, jenem Alter, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung älter und die andere jünger ist. Bis 2050 wird das Medianalter von derzeit 39 Jahre auf knapp 49 Jahre steigen. Neben der zunehmenden Zahl von Menschen, die ein hohes Alter erreichen, ist dies auf den Rückgang der Bevölkerung im jungen Alter aufgrund anhaltend niedriger Fertilität zurückzuführen (Eurostat 2006a:2).

Tabelle 23: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in der EU-25 2004 - 2050

	Jugendquotient (%)			Altenquotient (%)			Gesamtquotient (%)		
	2004	2025	2050	2004	2025	2050	2004	2025	2050
EU-25	**24,4**	**22,9**	**23,7**	**24,5**	**35,7**	**52,8**	**48,9**	**58,7**	**76,5**
EU-15	**24,5**	**23,0**	**23,9**	**25,5**	**36,3**	**53,2**	**50,0**	**59,3**	**77,1**
EU-10	**24,0**	**22,4**	**22,8**	**19,6**	**32,7**	**50,4**	**43,5**	**55,1**	**73,2**
Belgien	26,4	25,2	25,4	26,1	36,5	48,1	52,5	61,7	73,5
Tschechien	21,5	21,1	22,2	19,7	35,0	54,8	41,2	56,1	77,1
Dänemark	28,5	25,3	26,0	22,5	33,8	40,0	51,0	59,1	66,0
Deutschland	21,9	20,7	21,1	26,8	39,3	55,8	48,7	60,0	76,9
Estland	23,6	25,3	24,8	23,8	31,3	43,1	47,4	56,6	67,9
Griechenland	21,4	20,9	22,3	26,4	35,5	58,8	47,8	56,4	81,1
Spanien	21,2	19,7	21,7	24,6	33,6	67,5	45,8	53,3	89,2
Frankreich	28,5	27,4	27,7	25,2	36,9	47,9	53,7	64,3	75,6
Irland	30,7	27,9	27,7	16,4	25,2	45,3	47,1	53,0	73,0
Italien	21,3	19,3	21,0	28,9	39,7	66,0	50,2	59,0	86,9
Zypern	29,4	24,0	22,0	17,5	29,3	43,2	46,9	53,3	65,2
Lettland	22,5	25,2	25,0	23,6	30,7	44,1	46,1	55,9	69,1
Litauen	26,2	23,1	23,0	22,3	29,2	44,9	48,6	52,2	67,8
Luxemburg	28,0	26,4	27,1	21,0	27,7	36,1	49,0	54,1	63,3
Ungarn	23,1	22,4	23,7	22,6	34,5	48,3	45,7	56,9	72,0
Malta	26,5	24,7	23,9	19,0	33,8	40,6	45,5	58,4	64,6
Niederlande	27,4	25,4	26,1	20,5	32,5	38,6	47,9	57,9	64,7
Österreich	23,9	21,5	21,5	22,8	34,5	53,2	46,7	56,0	74,6
Polen	24,7	22,6	22,6	18,6	32,8	51,0	43,3	55,4	73,5
Portugal	23,3	22,3	23,8	24,9	34,7	58,1	48,3	57,0	81,9
Slowenien	20,8	21,1	22,9	21,4	35,8	55,6	42,1	56,9	78,5
Slowakei	24,8	20,9	22,2	16,3	28,1	50,6	41,0	49,0	72,9
Finnland	26,4	27,0	26,4	23,3	41,4	46,7	49,7	68,3	73,1
Schweden	27,4	28,2	27,5	26,4	36,5	40,9	53,8	64,6	68,4
Vereinigtes Königreich	27,8	25,5	25,0	24,3	33,2	45,3	52,1	58,7	70,3
Bulgarien	20,6	18,1	21,0	24,9	36,9	60,9	45,5	55,0	81,9
Rumänien	23,8	21,0	21,6	20,9	28,5	51,1	44,6	49,5	72,6

Anmerkung: Jugendquotient: unter 15-Jährige je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren; Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren; Gesamtquotient: unter 15-Jährige und ab 65-Jährige je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Quelle: Eurostat 2005: 4.

Natürliches Bevölkerungswachstum

Bei anhaltend niedriger Fertilität wird die Geburtenzahl weiter zurückgehen. Werden die Generationen der Frauen im reproduktionsfähigen Alter zahlenmäßig immer kleiner, so führt dies zu weniger Geburten als bisher. Gleichzeitig erreichen immer mehr Menschen ein höheres Alter, so dass die Zahl der Sterbefälle steigen wird. Etwa ab 2010 wird die zunehmende Zahl von Sterbefällen die Geburtenzahl übersteigen, so dass kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr vorliegt (Eurostat 2006:128).

Wanderungen

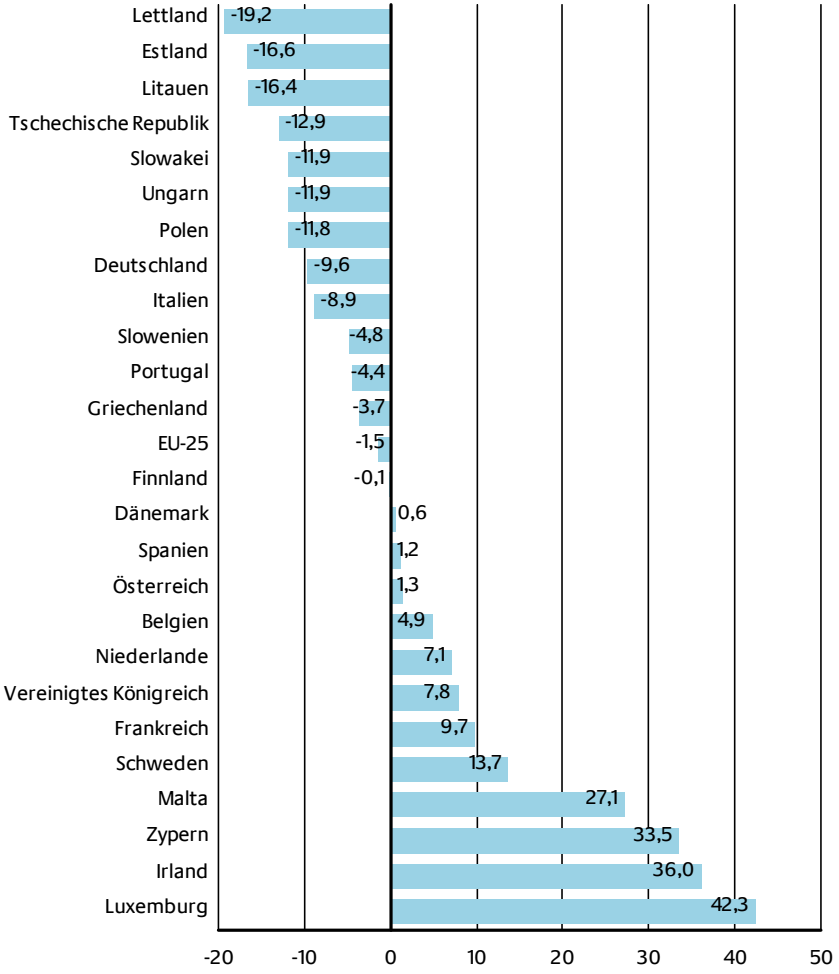
Ein positiver Wanderungssaldo wäre dann der einzige Wachstumsfaktor, der aber bereits ab etwa 2025 das negative Bevölkerungswachstum nicht mehr ausgleichen kann. Nach der Basisvariante, die einen positiven Wanderungssaldo von etwa 40 Mio. Personen im Vorausschätzungszeitraum unterstellt, würde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 52 Mio. und die Gesamtbevölkerung um 7 Mio. abnehmen (Eurostat 2006a:3). Die Gesamtbevölkerung nimmt insofern weniger ab, da mit steigender Lebenserwartung immer mehr Menschen älter werden und sich damit dieser Bevölkerungsteil vergrößert. Dagegen wirkt sich das Geburtendefizit auf die jüngeren Altersgruppen bzw. auf Personen im Erwerbsalter aus. Die anhaltend niedrige Fertilität ist somit die wichtigste Ursache für den erwarteten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der nur teilweise durch Zuwanderung ausgeglichen wird.

4.3.3 Unterschiede zwischen den Ländern

Hinsichtlich Ausmaß und Zeitpunkt werden sich die demographischen Prozesse auf die einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich auswirken. Nach der Basisvariante ist in 20 der 25 Mitgliedstaaten mit einem Bevölkerungsrückgang im Vorausschätzungszeitraum zu rechnen, wobei das Ergebnis aber höher liegen kann als 2004. Bereits zum Ausgangspunkt der Berechnung ist die Bevölkerung in sieben Mitgliedstaaten rückläufig: in der Tschechischen Republik, in Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Po-

len und in der Slowakei. Dies gilt auch für die Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien. Bis 2025 wird die Bevölkerungszahl in sechs weiteren Mitgliedstaaten zurückgehen: in Italien (2013), Deutschland (2014), Slowenien (2014), Portugal (2018), Griechenland (2020) und Spanien (2022). Danach werden sieben weitere Länder folgen: Finnland (2028), Österreich (2029), Dänemark (2032), die Niederlande (2036), Belgien (2037), das Vereinigte Königreich (2040) und Frankreich (2042). Einen Bevölkerungszuwachs bis 2050 werden voraussichtlich weiterhin nur Irland, Zypern, Luxemburg, Malta und Schweden verzeichnen. Mit Ausnahme von Malta werden diese Länder nicht nur positive Wanderungssaldi, sondern auch ein positives natürliches Bevölkerungswachstum aufweisen. Zwischen 2004 und 2050 dürften die relativ stärksten Bevölkerungsrückgänge die osteuropäischen und die baltischen Länder sowie die beiden neuen Beitrittsländer verzeichnen. Die relativ stärksten Zuwächse dürften in Luxemburg, Irland, Zypern und Malta zu beobachten sein. In absoluten Zahlen wird der stärkste Bevölkerungsrückgang in Deutschland (-7,9 Mio.) erwartet, gefolgt von Italien (-5,8 Mio.) sowie Polen und Rumänien (jeweils -4,5 Mio.) (Eurostat 2005). Aufgrund des vorangegangenen Bevölkerungswachstums dürfte trotz der nachfolgenden Bevölkerungsabnahme in knapp der Hälfte der Mitgliedstaaten die Bevölkerung im Jahr 2050 immer noch größer sein als im Jahr 2004 (siehe Abbildung 27). Eine stärkere relative Zunahme dürfte auf Schweden, Malta, Zypern, Irland und Luxemburg entfallen, deren absolutes Bevölkerungsgewicht aber zumeist gering ist (Eurostat 2006:127).

Abbildung 27: Bevölkerungsentwicklung in den Ländern der EU-25 2004 - 2050



Angaben in Prozent
Quelle: Eurostat 2006: 127, Eurostat 2005: 3

Auch bei der Entwicklung der Altersstruktur sind erhebliche Unterschiede zu erwarten. Im Jahr 2050 wird sich der Anteil junger Menschen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung zwischen 16,6% in Luxemburg und 11,2% in Italien bewegen. Mit einem Anteil von 11,9% wird auch Deutschland einen sehr geringen Anteil an jungen Menschen aufweisen.

Die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter wird mit Ausnahme von Irland, Zypern, Luxemburg, Malta und Schweden in allen Ländern 2050 wesentlich kleiner sein als 2005. In Deutschland wird der Rückgang über 11 Mio. Personen betragen, was einer Verringerung der gegenwärtigen Bevölkerung im Erwerbsalter um ein Viertel entspricht. Relativ gesehen werden die größten Verluste (über 30%) in ost- und mitteleuropäischen Ländern erwartet. Einen geringen Rückgang (weniger als 8%) können dagegen Finnland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich erwarten (Eurostat 2006:128). Der Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren wird von 67,2% im Jahr 2004 auf 56,7% im Jahr 2050 sinken. 2050 werden die niedrigsten Anteile der Bevölkerung im Erwerbsalter in Spanien (52,9%), Italien (53,5%), Portugal (55,0%) und Griechenland (55,2%) zu verzeichnen sein und die höchsten Anteile in Luxemburg (61,3%), Malta (60,8%), den Niederlanden (60,8%) und Zypern (60,5%) – in Ländern mit einem zumeist geringen Bevölkerungsgewicht. Deutschland wird mit einem Anteil von 56,5% in etwa dem Durchschnittswert entsprechen.

Mit der rückläufigen Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter geht eine Beschleunigung des Alterungsprozesses der Gesamtbevölkerung einher. Vor allem für die Mittelmeerländer ist etwa ab 2025 mit besonders großen Herausforderungen durch eine alternde Bevölkerung zu rechnen. Im Jahr 2050 wird erwartet, dass der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren in Spanien (35,7%), Italien (35,3%) und Griechenland (32,5%) am höchsten ist und in Luxemburg (22,1%), den Niederlanden (23,5%) und Dänemark (24,1%) am niedrigsten. Deutschland wird mit einem Anteil von 31,5% über dem Durchschnittswert für die EU-25 von 29,9% liegen.

Die unterschiedliche Betroffenheit vom Prozess der demographischen Alterung spiegelt sich im Altenquotienten (Verhältnis der Zahl der 65-Jährigen und Älteren zur Zahl der 15- bis 64-Jährigen) wider, der wäh-

rend des gesamten Vorausschätzungszeitraumes von 24,5 im Jahr 2004 auf 52,8 im Jahr 2050 ansteigen wird. 2050 ist mit den höchsten Altenquotienten in Spanien (67,5), Italien (66,0), Griechenland (58,8), Portugal (58,1) und Deutschland (55,8) zu rechnen, mit den niedrigsten dagegen in Luxemburg (36,1), den Niederlanden (38,6) und Dänemark (40,0). Der Anteil der sehr alten Menschen (80 Jahre und älter) dürfte in der EU-25 von 4,0% im Jahr 2004 auf 11,4% im Jahr 2050 zunehmen, wobei die höchsten Anteile in Italien (14,1%), Deutschland (13,6%) und Spanien (12,8%) erwartet werden (Eurostat 2005).

Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zeigen sich auch im Hinblick auf das Ausmaß der Zu- und Abwanderung (siehe Tabelle 24). Der „Basisvariante" zufolge wird die EU-25 im gesamten Prognosezeitraum einen positiven Wanderungssaldo aufweisen, der sich auf rund 40 Mio. kumuliert. Der größte Teil davon wird in die EU-15 migrieren (37.123 Mio. bzw. 93,5%), während die neuen Mitgliedstaaten zwar bis 2050 einen positiven Saldo erzielen werden, dabei jedoch mit einem sehr viel geringeren kumulierten Wert zu rechnen ist (2.587 Mio. bzw. 6,5%). Für die Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien wird auch bis 2050 ein negativer Wanderungssaldo angenommen. In absoluten Zahlen wird die stärkste Zuwanderung in Deutschland (+8,98 Mio.) erwartet, gefolgt von Spanien (+6,24 Mio.), Italien (+5,78 Mio.), dem Vereinigten Königreich (+4,94 Mio.) und Frankreich (+2,82 Mio.). Damit entfallen rund drei Viertel (72,4%) des gesamten Zuwanderungsaufkommens auf diese fünf Länder. Für Deutschland wird bis etwa 2015 ein positiver Wanderungssaldo von durchschnittlich 210.000 Personen pro Jahr unterstellt. Erst danach wird eine schrittweise Abnahme auf 180.000 Personen pro Jahr bis 2050 erwartet (Eurostat 2006a:6; 2006:132). Ob bis 2050 tatsächlich rund 9 Mio. Menschen zuwandern, ist allerdings unsicher, da aus heutiger Sicht die Wanderungsannahme von durchschnittlich 200.000 Personen pro Jahr deutlich zu hoch gegriffen scheint. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass dieser Fall eintreten könnte.

Tabelle 24: Wanderungssaldo in den Ländern der EU-25 2005 - 2050

EU-25	39.710	Irland	645
EU-15	37.123	Dänemark	323
Deutschland	8.930	Polen	318
Spanien	6.255	Finnland	288
Italien	5.777	Slowenien	287
Vereinigtes Königreich	4.939	Zypern	238
Frankreich	2.823	Luxemburg	192
Griechenland	1.743	Malta	113
Niederlande	1.480	Slowakei	100
Schweden	1.069	Lettland	30
Osterreich	985	Litauen	28
Belgien	897	Estland	19
Portugal	808		
Ungarn	795	Bulgarien	-352
Tschechien	647	Rumänien	-475

Basisvariante; Angaben in 1.000
Quelle: Eurostat 2006a: 6.

4.4 Schätzungen der Weltbevölkerung bis 2050

Schätzungen für die Weltbevölkerung können aufgrund der unzureichenden Datenlage nur einen Rahmen möglicher Entwicklungen abbilden. Gleichwohl verdeutlichen sie, dass im globalen Kontext Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahrzehnten der dominante Trend bleiben wird und Bevölkerungsrückrang und -alterung nur für relativ wenige und zumeist europäische Staaten von Relevanz sind.

4.4.1 Grundlagen und Annahmen der Vorausberechnungen

Im Jahr 1951 hat die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN) erstmals Schätzungen mit dem Basisjahr 1950 zur Entwicklung der Weltbevölkerung, zu den Makroregionen bzw. Kontinenten und für die einzelnen Mitgliedsländer der UN erstellt. Seitdem sind 20 Revisionen der "World Population Prospects" veröffentlicht worden. In jüngster Zeit wurden alle zwei Jahre aktualisierte Daten zur Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur vorgelegt. Die 19. Aktualisierung erfolgte 2005 für

das Jahr 2004 (UN 2005). Erste Ergebnisse der "2006 Revision" wurden im Frühjahr 2007 veröffentlicht. Dieser Datensatz enthält Schätzungen der demographischen Komponenten Fertilität, Mortalität und Wanderungen von 1950 bis 2005 sowie Projektionen bzw. Modellrechnungen bis zum Jahr 2050 in verschiedenen Varianten (UN 2007). Revisionen des Datensatzes sind regelmäßig erforderlich, weil aus den rund 200 Mitgliedsländern ständig aktualisierte Daten vorliegen. Basierend auf den neuen Daten werden rückwirkend bisherige Entwicklungen bereinigt und die Annahmen für die Schätzungen den veränderten Entwicklungen angepasst. Eine Hauptaufgabe der Bevölkerungsabteilung der UN besteht somit darin, eine möglichst zuverlässige Datenbasis für die Vergangenheit durch Zählungen und unterschiedliche Informationsquellen bis hin zu Luftaufnahmen über die Dichte der besiedelten Flächen zu erarbeiten, auf der die Vorausberechnungen aufbauen können.

Die UN hat in ihrer "2006 Revision" die Größe der Weltbevölkerung im Jahr 2050 erneut leicht nach oben korrigiert: von 9,075 Mrd. auf 9,191 Mrd. Menschen. Der Zuwachs von 116 Mio. beruht zum einen auf einer nochmals geringfügig höher angesetzten Lebenserwartung ab Geburt für beide Geschlechter von 75,1 auf 75,4 Jahre. Zum anderen beruht die Zunahme auf dem stärker steigenden Bevölkerungswachstum in den am wenigsten entwickelten Ländern, obwohl die globale Fertilitätsrate von 2,05 auf 2,02 wieder nach unten korrigiert wurde.

Die Annahmen der UN-Vorausberechnungen mit dem Basisjahr 2005 gehen in der mittleren Variante von einem Rückgang der Geburtenrate der Weltbevölkerung von 2005-2010 bis 2045-2050 von 2,55 auf 2,02 aus. Zudem wird unterstellt, dass die Lebenserwartung im Durchschnitt für Männer und Frauen von 67,2 auf 75,4 Jahre zunimmt. Bei Eintreffen dieser Annahmen erhöht sich bei gegebener Bevölkerungsstruktur die Weltbevölkerung von 2005 bis 2050 von 6,67 auf 9,19 Mrd. Menschen. Diese mittlere Variante wird durch eine untere und eine obere Variante er-

gänzt. Zum einen wird davon ausgegangen, dass die Geburtenrate bis 2050 weltweit in etwa auf das heutige Durchschnittsniveau der Industrieländer von 1,54 sinkt; zum anderen wird angenommen, dass die Geburtenrate nur auf den Wert von 2,51 fällt. Die Weltbevölkerung beträgt dann im Jahr 2050 bei der unteren Variante 7,79 Mrd. und bei der oberen Variante 10,76 Mrd. Menschen. Damit wird ein Korridor möglicher Entwicklungen aufgezeigt, in dem Abweichungen von rund 1,5 Mrd. nach oben wie unten möglich sind. Zudem wird eine Sondervariante gerechnet, welche die zentrale Bedeutung der Fertilitätsannahmen im Vergleich zu Änderungen der Mortalität unterstreicht: Bliebe die Geburtenrate auf dem Niveau von 2005 konstant, würde die Weltbevölkerung im Jahr 2050 nicht 9,19 Mrd., sondern 11,86 Mrd. Menschen betragen (siehe Tabelle 25).

Tabelle 25: Entwicklung der Weltbevölkerung nach Ländergruppen, Makroregionen und Projektionsvarianten 1950 - 2050 Teil 1

Hauptgebiete	Bevölkerung (in Mio.)					
	1950		1975		2005	
	in Mio.	in Prozent	in Mio.	in Prozent	in Mio.	in Prozent
Welt	2.535	100	4.076	100	6.671	100
Höher entwickelte Regionen	814	32,1	1.048	25,7	1.223	18,3
weniger entwickelte Regionen	1.722	67,9	3.028	74,3	5.448	81,7
Am wenigsten entwickelte Länder	200	7,9	358	8,8	804	12,1
Andere weniger entwickelte Länder	1.521	60	2.670	65,5	4.644	69,6
Afrika	224	8,8	416	10,2	965	14,5
Asien	1.411	55,6	2.394	58,7	4.030	60,4
Europa	548	21,6	676	16,6	731	11
Latein-Amerika und die Karibik	168	6,6	325	8	572	8,6
Nordamerika	172	6,8	243	6	339	5,1
Ozeanien	13	0,5	21	0,5	34	0,5

Tabelle 25: Entwicklung der Weltbevölkerung nach Ländergruppen, Makroregionen und Projektionsvarianten 1950 - 2050 Teil 2

Hauptgebiete	Bevölkerung im Jahr 2050 (in Mio.)							
	Niedrig	in Prozent	Mittel	in Prozent	Hoch	in Prozent	Konstant	in Prozent
Welt	7.792	100	9.191	100	10.759	100	11.858	100
Höher entwickelte Regionen	1.065	13,7	1.245	13,5	1.451	13,5	1.218	10,3
weniger entwickelte Regionen	6.727	86,3	7.946	86,5	9.306	86,5	10.639	89,7
Am wenigsten entwickelte Länder	1.496	19,2	1.742	19,0	2.002	18,6	2.794	23,6
Andere weniger entwickelte Länder	5.231	67,1	6.204	67,5	7.304	67,9	7.845	66,2
Afrika	1.718	22,0	1.998	21,7	2.302	21,4	3.251	27,4
Asien	4.444	57,0	5.266	57,3	6.189	57,5	6.525	55,0
Europa	566	7,3	664	7,2	777	7,2	626	5,3
Latein-Amerika und die Karibik	641	8,2	769	8,4	914	8,5	939	7,9
Nordamerika	382	4,9	445	4,8	517	4,8	460	3,9
Ozeanien	42	0,5	49	0,5	56	0,5	57	0,5

Quelle: UN 2007 (Tabelle 1.1 und 1.2).

4.4.2 Entwicklung der Bevölkerung nach Weltregionen

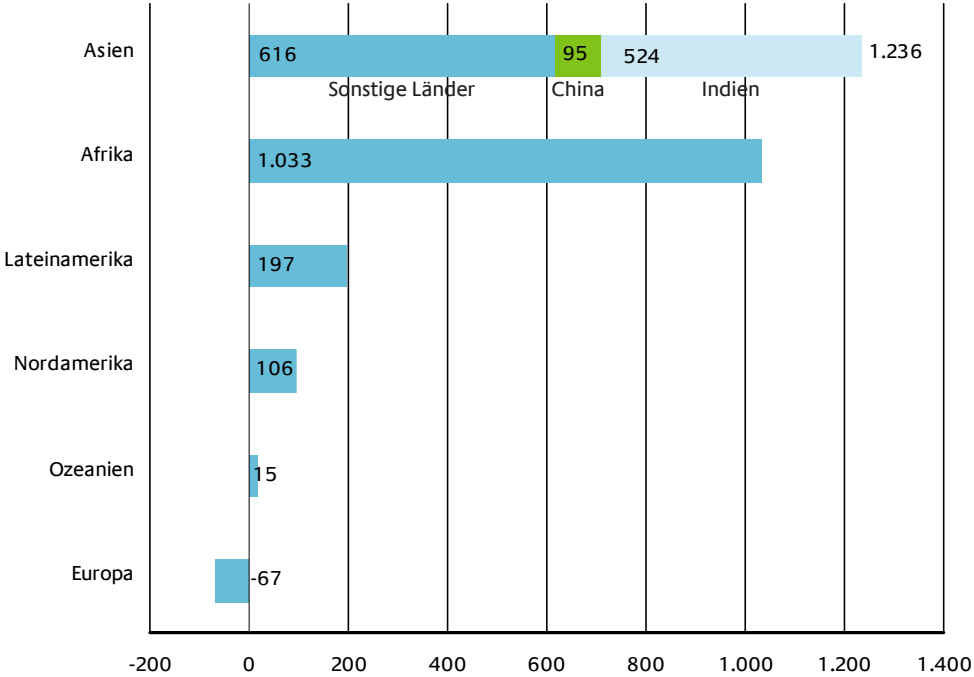
Die Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung nach Kontinenten zeigt, dass auch in Zukunft der größte Teil der Menschheit in Asien leben wird. Die mit knapp vier Milliarden bevölkerungsreichste Makroregion der Erde wächst bis 2050 voraussichtlich um weitere 1,2 Mrd., wobei sich die Bevölkerungszunahme aber zunehmend abschwächt. China wird aufgrund seiner Bevölkerungspolitik mit einem Zuwachs von 95 Mio. Menschen einen deutlich kleineren Teil beitragen als Indien, das um 524 Mio. Menschen wachsen wird. Etwa 2025 dürfte China als Land mit der weltweit höchsten Bevölkerungszahl von Indien abgelöst werden.

Eine ähnlich moderate Wachstumsrate der Bevölkerung wie Asien (0,65) dürften auch Lateinamerika (0,71), Nordamerika (0,65) und Ozeani-

en (0,84) verzeichnen. Lateinamerika wird um 197 Mio., Nordamerika um 106 Mio. und Ozeanien um 15 Mio. Menschen zunehmen. Dagegen wird Europa mit einer Wachstumsrate von -0,21 als einzige Weltregion einen Rückgang der Bevölkerung um 67 Mio. Menschen von 731 Mio. auf 664 Mio. verzeichnen. Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1,72% zwischen 2005 und 2050 ist das Wachstumspotenzial des afrikanischen Kontinents weitaus am größten (UN 2007: Tabelle I.3). Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas von heute 965 Mio. Menschen auf knapp 2 Mrd. mehr als verdoppeln (siehe Abbildung 28).

Die Verteilung der Weltbevölkerung nach dem sozioökonomischen Entwicklungsstand zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung in den am wenigsten entwickelten Ländern von 12,1% auf 19,0% deutlich zunehmen wird, während der Anteil in den mehr entwickelten Ländern von 18,3% auf 13,5% abnimmt. Unterscheidet man nach Weltregionen, dann nimmt der Anteil in Afrika von 14,5% auf 21,7% zu. Dagegen sinkt der Anteil in Nordamerika geringfügig von 5,1% auf 4,8% und in Europa deutlich von 11,0% auf 7,2%. Die Bevölkerungsgewichte werden sich somit weiter zu Gunsten der weniger entwickelten Länder in Asien und Afrika verschieben, während der Anteil der entwickelten Länder bzw. Makroregionen an der Weltbevölkerung abnimmt. Vor allem in den 50 am wenigsten entwickelten Ländern wird sich die Bevölkerung bis 2050 von 0,8 Mrd. auf über 1,7 Mrd. mehr als verdoppeln.

Abbildung 28: Zu- und Abnahme der Bevölkerung in den Weltregionen 2005 - 2050



Angaben Mittlere Variante; in 1.000.
Quelle: UN 2007 (Tabelle 1.1).

4.4.3 Geburtenentwicklung

Die durchschnittliche Fertilitätsrate wird sich global bis 2050 von heute 2,55 auf 2,02 Kinder pro Frau verringern, wobei für die Industrieländer ein Wert von 1,79 und für die Entwicklungsländer ein Wert von 2,05 unterstellt wird. Unterscheidet man nach Weltregionen, dann werden mit Ausnahme von Afrika alle Kontinente deutlich unter dem Ersatzniveau von 2,1 liegen, wobei Europa mit 1,76 die niedrigste Fertilitätsrate aufweisen und für Deutschland ein (unwahrscheinlicher) Anstieg der Geburtenrate von 1,36 auf 1,74 unterstellt wird. Allein Afrika wird mit einer Geburtenrate von 2,46 deutlich über dem globalen Durchschnittswert liegen (siehe Tabelle 26).

Auf Länderebene zeigen sich noch weitaus größere Unterschiede. In einigen Entwicklungsländern sinkt die Fertilität kontinuierlich auf das bestandserhaltende Niveau oder sogar darunter (z.B. in Thailand und Tunesien). In anderen Ländern verlangsamt sich der Rückgang der Kinderzahlen pro Frau (z.B. in Indonesien). In einer dritten Gruppe von Entwicklungsländern hat sich bisher kaum ein Rückgang der Fertilität abgezeichnet (z.B. in Kenia). In Ländern mit einer sehr jungen Altersstruktur wie Afghanistan oder Niger wird sich die Bevölkerung bis 2050 daher sogar verdreifachen, in bevölkerungsreichen Ländern wie Nigeria und Pakistan verdoppeln (UN 2007:42ff.).

Ein Geburtenrückgang hat neben einem Niveaueffekt auch einen ganz wesentlichen Struktureffekt. In den Entwicklungsländern werden von den Frauen in allen Altersklassen mehr Kinder geboren als in den Industrieländern. In Abhängigkeit vom sozioökonomischen Entwicklungsstand verschiebt sich jedoch die Altersklasse, in der die meisten Kinder geboren werden, nach oben. In den weniger entwickelten Ländern werden die meisten Kinder von 20- bis 24-jährigen Frauen geboren, in den mehr entwickelten Ländern dagegen von den 25- bis 29-jährigen Frauen. Ein Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau beruht darauf, dass sich das Alter von Frauen bei der Erstgeburt nach oben verschiebt und junge bzw. jüngere Frauen weniger Kinder gebären – eine Entwicklung, die auch in Entwicklungsländern zunehmend zu beobachten ist.

Tabelle 26: Entwicklung der Geburtenrate nach Ländergruppen, Makroregionen und Projektionsvarianten 2005 - 2050

Hauptgebiete	Fertilität (durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau)					
	1970-1975	2005-2010	2045-2050			
			Niedrig	Mittel	Hoch	Konstant
Welt	4,47	2,55	1,54	2,02	2,51	3,49
Höher entwickelte Regionen	2,13	1,60	1,29	1,79	2,28	1,68
Weniger entwickelte Regionen	5,41	2,75	1,57	2,05	2,54	3,69
Am wenigsten entwickelte Länder	6,61	4,63	2,02	2,50	2,99	5,49
Andere weniger entwickelte Länder	5,25	2,45	1,42	1,91	2,41	3,07
Afrika	6,27	4,67	1,97	2,46	2,95	5,47
Asien	5,04	2,34	1,40	1,90	2,39	2,94
Europa	2,16	1,45	1,26	1,76	2,26	1,47
Latein-Amerika und die Karibik	5,04	2,37	1,36	1,86	2,36	2,67
Nordamerika	2,01	2,00	1,35	1,85	2,35	1,99
Ozeanien	3,23	2,30	1,43	1,93	2,43	2,83

Quelle: UN 2007 (Tabelle II.1).

4.4.4 Entwicklung der Lebenserwartung

Die Lebenserwartung bei Geburt für beide Geschlechter wird sich global von 67,2 auf 75,4 um 8,2 Jahre erhöhen. Gegenüber der „2004 Revision“ wird die Lebenserwartung zwar um 0,4 Jahre zunehmen, zukünftig wird jedoch mit einem langsameren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet, so dass bis 2050 der Gewinn an Lebensjahren mit rund acht Jahren um zwei Jahre geringer ausfällt. In den Industriestaaten wird die Lebenserwartung von 76,5 auf 82,4 und in den Entwicklungsländern von 65,4 auf 74,3 Jahre steigen. In den Industriestaaten fällt der Zuwachs mit 5,9 Jahren aufgrund des höheren Ausgangsniveaus geringer aus als in den Entwicklungsländern mit 8,9 Jahren. Gleichwohl wird der Unterschied in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Entwicklungsstand auch in Zu-

kunft rund acht Jahre betragen. Den größten Zuwachs mit 12,6 Jahren werden die am wenigsten entwickelten Länder verzeichnen, mit 67,2 Jahren im Jahr 2050 werden sie aber erst eine Lebenserwartung erreicht haben, welche die Menschen in den Industriestaaten bereits rund 100 Jahre früher aufwiesen. Unter allen Kontinenten verzeichnet Afrika mit 66,1 Jahren die mit Abstand geringste Lebenserwartung (siehe Tabelle 27). In einigen afrikanischen Ländern stagniert sie und in anderen südlich der Sahara hat die Ausbreitung der HIV-Epidemie dazu geführt, dass sie wieder gesunken und unter das bereits erreichte Niveau Ende der 1980er Jahre gefallen ist. Die niedrigste Lebenserwartung mit rund 54 bis 58 Jahren werden 2050 afrikanische Länder aufweisen, die höchste mit etwa 87 Jahren Japan (UN 2007: Tabelle A16).

Tabelle 27: Lebenserwartung bei Geburt nach Ländergruppen und Makroregionen 2005-2050

Hauptgebiet	2005 - 2010	2045 - 2050
Welt	67,20	75,40
Höher entwickelte Regionen	76,50	82,40
Weniger entwickelte Regionen	65,40	74,30
Am wenigsten entwickelte Länder	54,60	67,20
Andere weniger entwickelte Länder	67,90	76,40
Afrika	52,80	66,10
Asien	69,00	77,40
Europa	74,60	81,00
Latein-Amerika und die Karibik	73,30	79,60
Nordamerika	78,50	83,30
Ozeanien	75,20	81,00

Quelle: UN 2007 (Tabelle III.1).

Generell steigt mit der Lebenserwartung auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern, wobei Frauen einen höheren Wert aufweisen als Männer. In den am wenigsten entwickelten Ländern ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern jedoch deutlich niedriger als in den Industriestaaten. In den mehr entwickelten Ländern beträgt der Unterschied

derzeit 7,3 Jahre, in den weniger entwickelten Ländern 3,5 Jahre und in den am wenigsten entwickelten Ländern nur 2,4 Jahre. Bis 2050 wird zwar eine Annäherung der Sterblichkeitsentwicklungen erwartet, die Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bleiben jedoch tendenziell bestehen (siehe Tabelle 28). Die Ursachen für die kaum höhere Lebenserwartung von Frauen in den am wenigsten entwickelten Ländern beruhen auf deren ungünstigen Lebensbedingungen. Dies zeigt sich auch in der hohen Müttersterblichkeit, wobei ein Zusammenhang zwischen der Abnahme der Kinderzahl und der Zunahme der Lebenserwartung von Frauen besteht.

Tabelle 28: Lebenserwartung für Männer und Frauen nach Ländergruppen 2005 - 2050

Hauptgebiete	Lebenserwartung bei Geburt (in Jahren)					
	2005 – 2010			2045 - 2050		
	Männer	Frauen	Differenz	Männer	Frauen	Differenz
Welt	65,0	69,5	4,5	73,1	77,8	4,7
Höher entwickelte Regionen	72,9	80,2	7,3	79,4	85,4	6,0
Gering entwickelte Regionen	63,7	67,2	3,5	72,1	76,5	4,4
Am wenigsten entwickelte Länder	53,4	55,8	2,4	65,4	69,1	3,7

Quelle: UN 2007 (Tabelle III.2).

4.4.5 Bevölkerungsalterung

Die Weltbevölkerung wird im Durchschnitt immer älter. Erstmals in der Geschichte der Menschheit werden etwa ab dem Jahr 2045 weltweit mehr Menschen im Alter von 60 Jahren und älter leben als Kinder unter 15 Jahren. Dies ist eine Folge einer langfristigen Fertilitätsverringerung bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung, was zu einem kontinuierlichen Altern der Weltbevölkerung führt.

Dieser Trend ist für Europa nicht neu. Bereits seit 1995 gibt es weniger Kinder als Alte. Bis 2050 werden in Europa sogar mehr als doppelt so viele ältere Menschen wie Kinder leben. Deutschland zählt in Europa wie

weltweit zu jenen Ländern, in denen der Prozess der demographischen Alterung bereits besonders weit fortgeschritten ist. Auch in Nordamerika, Ozeanien, Lateinamerika und Asien nimmt der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung stetig zu. In Nordamerika und Ozeanien wird es voraussichtlich in zehn Jahren auch dort weniger Kinder als ältere Menschen geben. In Lateinamerika und Asien wird dies vermutlich in 30 Jahren der Fall sein. In diesen Makroregionen wird bis 2050 etwa jeweils ein Viertel der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein, in Europa sogar über ein Drittel. Dagegen altert Afrika relativ langsam und moderat. Die Kindergeneration ist aufgrund hoher Fertilität und niedriger Lebenserwartung sehr groß. Entsprechend nimmt auf dem afrikanischen Kontinent zunächst vor allem der Anteil der Menschen im Erwerbsalter zwischen 15 und 59 Jahren zu (siehe Tabelle 29). In allen anderen Kontinenten wird der Anteil der Erwerbsbevölkerung dagegen zurückgehen, von 63,5% auf 50,9% am stärksten in Europa (UN 2007a:6).

Tabelle 29: Entwicklung der Altersstruktur nach Ländergruppen und Weltregionen 2005 -2050

Hauptgebiete	Hauptaltersgruppen in Prozent							
	2005	2050	2005	2050	2005	2050	2005	2050
	0 - 14		15 – 59		60 +		80 +	
Welt	28,3	19,8	61,4	58,3	10,3	21,8	1,3	4,4
Höher entwickelte Regionen	17,0	15,2	62,9	52,2	20,1	32,6	3,7	9,4
Weniger entwickelte Regionen	30,9	20,6	61,0	59,3	8,1	20,1	0,8	3,6
Am wenigsten entwickelte Länder	41,5	28,2	53,4	61,5	5,1	10,3	0,4	1,1
Andere weniger entwickelte Länder	29,1	18,4	62,3	58,7	8,6	22,9	0,9	4,3
Afrika	41,4	28,0	53,4	61,7	5,2	10,4	0,4	1,1
Asien	28,0	18,0	62,7	58,3	9,2	23,7	1,0	4,5
Europa	15,9	14,6	63,5	50,9	20,6	34,5	3,5	9,6
Latein-Amerika und die Karibik	29,8	18,0	61,2	57,8	9,0	24,3	1,2	5,2
Nordamerika	20,5	17,1	62,7	55,6	16,7	27,3	3,5	7,8
Ozeanien	24,9	18,4	61,0	56,9	14,1	24,8	2,6	6,8

Quelle: UN 2007a: 6.

Ein zentraler Aspekt der globalen Bevölkerungsalterung ist die „doppelte Alterung“. In allen Makroregionen wächst die Gruppe der über 80-Jährigen schneller als jede andere Altersgruppe (UN 2007: Tabelle I.3). In Europa wird im Jahr 2050 etwa jede zehnte und in Nordamerika jede zwölfte Person 80 Jahre und älter sein. Gegenwärtig leben jeweils etwa 50% der Hochaltrigen in den Industrie- und Entwicklungsländern, aufgrund des starken Bevölkerungswachstums werden bis 2050 jedoch über zwei Drittel aller alten Menschen in den weniger entwickelten Ländern leben (UN 2007a:7). Heute sind weltweit 55% der über 60-Jährigen und 64% der über 80-Jährigen Frauen, wobei Europa mit 59% bzw. 70% die höchsten Anteile an Frauen aufweist. Auch in Zukunft wird das Alter stärker weiblich sein, die Geschlechterdifferenzen dürften sich bei einer Annäherung der Lebensbedingungen mit 54% bzw. 61% aber etwas verringern (UN 2007a:8).

Tabelle 30: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten nach Ländergruppen und Weltregionen 2005 - 2050

Ländergruppen / Weltregionen	Jugendquotient		Altenquotient		Gesamtquotient	
	2005	2050	2005	2050	2005	2050
Welt	44	31	11	25	55	56
Höher entwickelte Regionen	25	26	23	45	48	71
weniger entwickelte Länder	49	32	9	23	57	54
am wenigsten entwickelte Länder	75	43	6	11	81	54
Afrika	75	43	6	11	81	54
Asien	43	28	10	27	52	55
Europa	23	25	23	48	47	73
Latein-Amerika und die Karibik	47	28	10	29	57	57
Nordamerika	31	28	18	35	49	63
Ozeanien	38	30	16	31	54	61

Anmerkung: Mittlere Variante.
Quelle: UN 2007.

Die Bevölkerungsalterung kommt auch in veränderten Altenquotienten zum Ausdruck, der in den Industrieländern von 23 auf 45 und in den Entwicklungsländern von 9 auf 23 steigen wird. In Europa wird er mit 48 am höchsten und in Afrika mit 11 am niedrigsten sein (siehe Tabelle 30).

Die fortschreitende Bevölkerungsalterung spiegelt sich auch im Medianalter wider, das die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt. Das Medianalter hängt, wie der Bevölkerungsaufbau, von der durchschnittlichen Kinderzahl und der Lebenserwartung (sowie auf Länderebene von den Wanderungen) ab. Beide Komponenten werden entscheidend von der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes geprägt. In Europa haben alle Länder mit Ausnahme von Albanien, Moldawien und Irland gegenwärtig ein Medianalter von über 34 Jahren; in zwölf Ländern beträgt es sogar über 40 Jahre. Die älteste Bevölkerung der Welt hat Japan mit einem Medianalter von 43 Jahren. Danach folgen Deutschland und Italien mit 42 Jahren sowie weitere europäische Länder. Im Jahr 2050 werden alle Industriestaaten ein Medianalter von über 40 Jahren aufweisen, Macao und Japan sogar von 55 Jahren, während es in zahlreichen afrikanischen Staaten zwischen 21 und 24 Jahren beträgt (UN 2007: Tabelle A11). Die Unterscheidung nach Kontinenten zeigt, dass im Jahr 2050 mit Ausnahme von Afrika alle Makroregionen ein Medianalter von 40 und mehr Jahren aufweisen, wobei Europa mit 47 Jahren auch in Zukunft die älteste Bevölkerung haben wird. In Afrika wird das Medianalter von 19 auf 28 Jahre steigen und damit erst im Jahr 2050 das heutige Medianalter der Weltbevölkerung erreicht haben (siehe Tabelle 31).

Tabelle 31: Medianalter nach Ländergruppen und Weltregionen 2005 - 2050

Hauptgebiete	Medianalter (in Jahren)			
	1950	1975	2005	2050
Welt	23,9	22,4	28,0	38,1
Höher entwickelte Regionen	29,0	31,1	38,6	45,7
Gering entwickelte Regionen	21,5	19,4	25,5	36,9
Am wenigsten entwickelte Länder	19,5	17,6	19,0	27,9
Andere gering entwickelte Länder	21,8	19,6	26,6	39,4
Afrika	19,1	17,5	19,0	28,0
Asien	22,2	20,2	27,6	40,2
Europa	29,7	32,1	38,9	47,3
Latein-Amerika und die Karibik	20,0	19,3	26,0	40,1
Nordamerika	29,8	28,7	36,3	41,5
Ozeanien	28,0	25,6	32,3	40,0

Anmerkung: Mittlere Variante.
Quelle: UN 2007a: 3.

4.4.6 Internationale Wanderungen

Die Entwicklung des Wanderungssaldos je 1.000 Einwohner von 1950 bis 2005 nach Makroregionen zeigt, dass die Wanderungssalden über die Zeit relativ stabil geblieben sind. Den größten Zuwanderungssaldo je 1.000 Einwohner hatten Ozeanien, Nordamerika und Europa, den größten Abwanderungssaldo Lateinamerika, Afrika und Asien (Swiaczny 2006:138). In sozioökomischer Unterscheidung waren Hauptzielregionen die Industrieländer, deren Zuwanderungssaldo je 1.000 der Bevölkerung von 1950 bis 2005 erheblich zunahm. Die regionale Verteilung der Länder mit Zuwanderungsgewinnen konzentrierte sich auf die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Australien, auf verschiedene europäische Industriestaaten wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Spanien, auf die Golfstaaten und die asiatischen Stadtstaaten. Wanderungen in den weniger entwickelten Regionen waren zumeist politischen Konflikten und anderen Ereignissen geschuldet sowie Folge der Rückführung von Flüchtlingen. Die Regionen mit hoher Abwanderung

konzentrierten sich auf Afrika, die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, Iran und Pakistan sowie Mexiko und einige südamerikanische Länder.

Betrachtet man das Verhältnis von natürlichem Bevölkerungswachstum zu Wanderungsgewinnen bzw. -verlusten, dann hat bis 2005 in den weniger entwickelten Ländern das natürliche Wachstum die Bevölkerungsentwicklung maßgeblich beeinflusst. In Afrika beträgt das natürliche Wachstum fast 25 je 1.000 Einwohner, in Asien und Lateinamerika jeweils rund 15. Wanderungsverluste mit um 1 je 1.000 Einwohner fallen kaum ins Gewicht. In Nordamerika und Ozeanien liegt das natürliche Wachstum mit 5 bzw. 10 deutlich niedriger, so dass Wanderungsgewinne erheblich zum Bevölkerungswachstum beitragen. In Ozeanien und Nordamerika liegt der Wanderungsüberschuss je 1.000 Einwohner derzeit bei rund 4 bzw. 3 und in Europa bei knapp 2. In Europa wird das leicht negative natürliche Wachstum durch Wanderungsgewinne gerade noch kompensiert (Swiaczny 2005:51; 2006:136f.).

Für die Dekade 2000-2010 wird ein jährliches Wanderungsaufkommen von 2,9 Mio. Personen geschätzt, wobei die Abwanderung vollständig zu Lasten der Entwicklungsländer geht und lediglich 1% der Gesamtabwanderung auf die am wenigsten entwickelten Länder entfällt. Gegenüber der Dekade 1990-2000 zeigt sich, dass die Abwanderung aus den weniger entwickelten Ländern um 400.000 Personen jährlich zugenommen hat, bei den am wenigsten entwickelten Ländern dagegen um 8.000 Personen jährlich weiter zurückgegangen und zeitweise sogar in einen Rückwanderungsüberschuss umgeschlagen ist (UN 2007: Tabelle IV.1). Die Abwanderung erfolgt gegenwärtig somit kaum noch aus den sozioökonomisch ärmsten Regionen, sondern aus Entwicklungsländern, die in den Globalisierungsprozess mehr oder minder eingebunden sind und deren Bevölkerungen über ein Mindestmaß an Einkommen und Wissen verfügen, um in ein Industrieland erfolgreich migrieren zu können. Korreliert

man Länder nach der Nettowanderungsziffer und der Rate des natürlichen Bevölkerungswachstums, dann zeigt sich, dass es keinen engen Zusammenhang zwischen beiden Größen gibt. Ein geringer Geburtenüberschuss bzw. ein negatives natürliches Wachstum hat nicht zwingend eine hohe Zuwanderung zur Folge; umgekehrt führt ein hoher Geburtenüberschuss bzw. ein positives natürliches Wachstum nicht zwingend zu einer hohen Abwanderung (Schulz/Swiaczny 2005:446f.).

Für den Zeitraum ab 2010 bis 2050 wird von der UN für die Modellrechnungen ein jährliches Migrationsaufkommen von nur noch rund 2,3 Mio. Personen angenommen, wobei weiterhin unterstellt wird, dass die Abwanderung nahezu vollständig zu Lasten der Entwicklungsländer geht. Bis 2045-2050 geht in den weniger entwickelten Ländern das natürliche Wachstum zurück und das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich. Vermutet wird, dass sich deshalb auch deren Wanderungsverluste verringern. In Zukunft werden die am wenigsten entwickelten Länder allerdings wieder eine stärkere Abwanderung verzeichnen und mit rund 16% ein Sechstel des gesamten Wanderungsaufkommens tragen. Unterscheidet man das Wanderungsgeschehen nach Kontinenten, dann stellt Asien mit 1,2 Mio. die Hauptherkunftsregion, gefolgt von Lateinamerika mit 600.000 und Afrika mit 400.000 Abwanderern. Hauptzielregion ist Nordamerika mit 1,3 Mio., gefolgt von Europa mit 800.000 und Ozeanien mit 100.000 Zuwanderern. In allen drei Hauptzielregionen wird sich gegenüber der Dekade 2000-2010 das Zuwanderungsaufkommen verringern: in Nordamerika um jährlich etwa 150.000, in Ozeanien um 10.000 und in Europa um gut 460.000 Personen (siehe Tabelle 32). Für Deutschland wird eine Abnahme der jährlichen Nettomigration von 200.000 auf 150.000 Personen unterstellt.

Tabelle 32: Jährliche Nettomigration pro Dekade nach Ländergruppen und Weltregionen 1990 - 2050

Hauptgebiete	Nettomigrationsrate in Tausend					
	1990 - 2000	2000 - 2010	2010 - 2020	2020 - 2030	2030 - 2040	2040 - 2050
Höher entwickelte Regionen	2.493	2.902	2.268	2.269	2.272	2.272
Weniger entwickelte Regionen	-2.493	-2.902	-2.268	-2.269	-2.272	-2.272
Am wenigsten entwickelte Länder	-37	-29	-277	-373	-375	-375
Andere weniger entwickelte Länder	-2.456	-2.873	-1.991	-1.896	-1.897	-1.897
Afrika	-310	-416	-377	-395	-393	-393
Asien	-1.340	-1.311	-1.210	-1.221	-1.222	-1.222
Europa	1.051	1.271	799	805	808	808
Latein-Amerika und die Karibik	-755	-1.108	-616	-590	-595	-595
Nordamerika	1.277	1.453	1.305	1.300	1.300	1.300
Ozeanien	96	111	99	101	102	102

Anmerkung: Mittlere Variante.
Quelle: UN 2007: 26.

Der von den UN unterstellte Wanderungsrückgang im Zeitraum 2010-2050 spiegelt sich auch im Rückgang der Wanderungssalden je 1.000 der Bevölkerung bei weitgehend gleich bleibender Struktur der Wanderungsströme wider (siehe Tabelle 33). Nordamerika wird von 4,1 auf 2,9 einen stärker abnehmenden, Ozeanien von 2,8 auf 2,1 einen leicht abnehmenden und Europa von 1,3 auf 1,2 einen nahezu gleich bleibenden Zuwanderungssaldo je 1.000 der Bevölkerung haben. Für Deutschland wird eine leicht steigende Nettomigrationsrate von 1,8 auf 2,0 angenommen. Asien, Lateinamerika und Afrika werden auch in Zukunft Hauptabwanderungsregionen sein, wobei die Abwanderung aus Asien von –0,3 auf –0,2 und aus Afrika von –0,4 auf –0,2 leicht, aus Lateinamerika von –1,5 auf –0,8 jedoch stärker zurückgehen wird (UN 2007).

Tabelle 33: Entwicklung der Nettomigrationsrate je 1.000 der Bevölkerung nach Ländergruppen und Weltregionen 2000 - 2050

Ländergruppe Weltregion	2000 - 2005	2005 - 2010	2010 - 2015	2015 - 2020	2025 - 2030	2035 - 2040	2045 - 2050
Welt	0	0	0	0	0	0	0
Höher entwickelte Regionen	2,7	2,1	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
Weniger entwickelte Regionen	-0,6	-0,5	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3
Andere weniger entwickelte Länder	-0,1	0	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2
Afrika	-0,5	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2
Asien	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2
Europa	2,2	1,3	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Latein-Amerika und die Karibik	-2,5	-1,5	-1,1	-0,9	-0,8	-0,8	-0,8
Nordamerika	4,7	4,1	3,7	3,5	3,3	3,1	2,9
Ozeanien	3,9	2,8	2,7	2,6	2,4	2,2	2,1

Anmerkung: Mittlere Variante.
Quelle: UN 2007.

4.4.7 Globale Entwicklungstrends

Die zukünftigen Bevölkerungsveränderungen auf globaler Ebene werden vor allem von folgenden Trends bestimmt werden:

- Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung auf 9,2 Mrd. Menschen anwachsen – plus oder minus 1,5 Mrd., je nachdem, welche Annahmen über die künftigen Geburten- und Sterberaten getroffen werden.
- Die Weltbevölkerung wird langsamer wachsen als in den Jahrzehnten zuvor, weil sich die Geburtenrate global abschwächt. Im Jahr 2005 hatten 73 Länder mit zusammen 2,9 Mrd. Einwohnern,

was einem Anteil von 43% an der Weltbevölkerung entsprach, eine Geburtenzahl, die unterhalb des bestandserhaltenden Niveaus von 2,1 Geburten je Frau lag. Für das Jahr 2050 wird ein Anstieg auf 148 Länder mit zusammen 7,3 Mrd. Menschen erwartet, was 80% an der Weltbevölkerung entsprechen wird (UN 2007:Tabelle II.2).

- Die Lebenserwartung wird, bei regional unterschiedlichen Entwicklungen, weiter ansteigen – von 67,2 auf 75,4 Jahre. Die Lebenserwartung ist umso höher, je weiter die sozioökonomische Entwicklung fortgeschritten ist.
- Aufgrund des Geburtenrückganges und in geringem Maße aufgrund des Anstiegs der Lebenserwartung wird die Weltbevölkerung im Durchschnitt älter. Die demographische Alterung ist ein weltweites Phänomen, das sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer betrifft. Jeder zweite Mensch war 1950 älter als 23,9 und 2005 älter als 28,1 Jahre. Bis 2050 erhöht sich das Medianalter auf 38,1 Jahre.
- Ein Großteil der Menschen wird zukünftig in Städten leben. Etwa ab dem Jahr 2007 wird es weltweit mehr Menschen geben, die in der Stadt und nicht auf dem Land leben (Swiaczny/Gückel 2007:24ff.).

Die globalen Entwicklungstrends verdecken jedoch die wachsende Diversität demographischer Trends und deren ungleichzeitige Entwicklungen in den einzelnen Makroregionen. Weltweit bestehen sehr heterogene und zum Teil gegenläufige Bevölkerungsdynamiken. Die Unterschiede innerhalb der Entwicklungsländer sind dabei in der Regel größer als die Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Weltbevölkerung spaltet sich in eine kleine Gruppe von entwickelten Ländern mit Bevölkerungsschrumpfung und in eine große Mehrheit von Ländern mit Bevölkerungswachstum:

- Der Bevölkerungszuwachs, der gegenwärtig bereits zu 95% von den weniger entwickelten Regionen getragen wird, wird zukünftig mit 97% fast vollständig auf sie entfallen.
- In 25 Industrieländern, darunter Deutschland mit -10,3%, und in 15 Entwicklungsländern wird die Bevölkerung bis 2050 abnehmen (UN 2007:58).
- Der Anteil der Bevölkerung der Industrieländer an der Weltbevölkerung, der 1950 32,1% und 2005 noch 18,3% betrug, sinkt bis 2050 auf 13,5%. Für Europa betragen die Zahlen 21,6% im Jahr 1950, 11,0% im Jahr 2005 und 7,2% im Jahr 2050. Dagegen betrug der Anteil der weniger entwickelten Länder 1950 67,9% und 2005 81,7%. Bis 2050 wird deren Anteil auf 86,5% steigen.
- Europa ist der einzige Kontinent, dessen Bevölkerungszahl schrumpft. Dabei vollzieht sich jedoch eine scherenartige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, indem die jüngeren Altersgruppen abnehmen, während die älteren zunehmen.
- Der Anteil älterer Menschen wird zwar in allen Regionen steigen, gleichzeitig werden die weniger entwickelten Regionen aber auch einen hohen und wachsenden Anteil an jüngeren Menschen aufweisen.
- Die Wanderungsströme werden sich auch in Zukunft tendenziell nicht ändern. Bei weitgehend gleich bleibender Struktur wird allerdings mit einem Rückgang des weltweiten Migrationsaufkommens von jährlich 2,9 Mio. auf 2,3 Mio. gerechnet. Der Anteil der Migranten an der Weltbevölkerung dürfte sich auf 2,5% verringern – und damit unter dem Anteil von 3% zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegen (Global Commission 2005:83; UN 2006a:1).
- Die Abwanderung wird nahezu vollständig zu Lasten der Entwicklungsländer gehen, wobei 85% auf die weniger und 15% auf

die am wenigsten entwickelten Länder entfällt. Asien hat einen Anteil von 55%, Lateinamerika von 27% und Afrika von 18%. Die Zuwanderung wird zu etwa 59% auf Nordamerika, zu 5% auf Ozeanien und zu 36% auf Europa entfallen. Etwa 19% der Zuwanderung nach Europa wird von Deutschland getragen, wobei eine Abnahme der jährlichen Nettomigration von 200.000 auf 150.000 angenommen wird.

- In den weniger entwickelten Ländern wird auch in Zukunft das natürliche Wachstum die Bevölkerungsentwicklung maßgeblich bestimmen. Wanderungsverluste in der bisherigen Größenordnung fallen kaum ins Gewicht. In den entwickelten Ländern spielen Wanderungsgewinne dagegen eine wichtige Rolle: In Nordamerika werden Wanderungsgewinne auch weiterhin mehr zum Bevölkerungswachstum beitragen als das nur noch leicht positive natürliche Wachstum. In Ozeanien gewinnen Wanderungen aufgrund sinkender Fertilität zunehmend an Gewicht. Und in Europa werden Wanderungsgewinne den Bevölkerungsrückgang nur noch zu einem geringen Teil kompensieren können. Die demographischen Folgen der Zuwanderung sind in den Industrieländern somit deutlich ausgeprägter als die Folgen der Abwanderung für die Entwicklungsländer.
- Bisher gab es keinen engen Zusammenhang zwischen der Rate des natürlichen Bevölkerungswachstums und der Nettowanderungsrate. Zunahme oder Abnahme und Alterung einer Bevölkerung sind offensichtlich keine ausreichenden Faktoren, die Wanderungen auslösen. Weiterhin zeigt sich, dass die Abwanderung überwiegend nicht aus den sozioökonomisch ärmsten Regionen, sondern aus Entwicklungsländern erfolgt, die mehr oder weniger in den Globalisierungsprozess eingebunden sind.

Die Weltbevölkerung insgesamt wird zwar vermutlich um das Jahr 2070 ihren Gipfelpunkt überschreiten, die Intensität demographisch bedingter Probleme wird danach aber nicht abnehmen. Die Kontraste zwischen schrumpfenden und wachsenden Bevölkerungen werden bis 2050 beständig zunehmen und sich auch in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts kaum nivellieren.

5 Migrationspotenziale nach Deutschland

Für die künftige Bevölkerungsentwicklung nach Umfang und Struktur ist – neben der Entwicklung von Geburten und Sterbefällen – auch der Wanderungssaldo ausschlaggebend. Bevölkerungsschätzungen unterstellen für Deutschland eine jährliche Nettozuwanderung zwischen 100.000 und 200.000 Personen. Nachfolgend wird dargelegt, inwieweit sich der künftige Wanderungssaldo innerhalb dieses Korridors bewegen dürfte.

5.1 Entwicklung des bisherigen Wanderungsgeschehens

Außenwanderungen umfassen deutsche und ausländische Personen, deren Zu- und Fortzugsverhalten unterschiedlich ist. Etwa vier Fünftel des gesamten Wanderungsvolumens entfällt auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zu- und Fortzüge hängen zum einen vom Migrationspotenzial aufgrund politischer, wirtschaftlicher, demographischer und ökologischer Entwicklungen in den Herkunftsländern ab. Zum anderen wird der Wanderungssaldo von der sozioökonomischen Situation und der Migrationspolitik in Deutschland beeinflusst. Deutschland weist zwar eine positive Wanderungsbilanz auf, der Wanderungssaldo von Ausländern unterlag in der Vergangenheit jedoch starken Schwankungen. Im Gegensatz zur Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung lässt sich aus den bisherigen Wanderungssalden kaum ein Trend ableiten.

Die zu- und fortziehenden ausländischen Personen weisen eine spezifische Geschlechts- und Altersstruktur auf (Statistisches Bundesamt 2006:46). Männer haben insgesamt eine höhere Mobilität als Frauen: Etwa zwei Drittel der Zu- und Fortzüge erfolgen von Männern. Per Saldo bleiben jedoch seit 1993 mehr Frauen als Männer in Deutschland. Besonders häu-

fig wandern ausländische Männer im Alter von Anfang 20 bis Mitte 30 und Frauen im Alter zwischen 19 und 29 Jahren. In jüngeren Altersstufen überwiegen die Zuzüge, bei Männern bis Anfang 30 und bei Frauen bis Mitte 50. Jenseits dieser Altersgrenzen überwiegen die Fortzüge. Gegenwärtig sind die wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Zuwanderer Polen, die Türkei, Russland, Rumänien, Serbien und Montenegro sowie Italien. Die Abwanderungen erfolgen ebenfalls vor allem in diese Länder sowie nach Griechenland.

Die Zuwanderung von Deutschen spielte viele Jahrzehnte kaum eine Rolle. Erst nach dem politischen Umbruch in Ost- und Südosteuropa Ende der 1980er Jahre stieg die Zuwanderung durch den Zuzug von Spätaussiedlern. In den letzten Jahren kam es zu einem erheblichen Rückgang des Wanderungssaldos der Deutschen. Diese Entwicklung hing zum einen mit den rückläufigen Spätaussiedlerzahlen zusammen. Zum anderen nahmen die Fortzüge von Deutschen zu. Unter den deutschen Migranten sind Männer und Frauen in etwa gleich stark vertreten. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre stieg der Anteil der Männer sowohl bei den Zu- als auch bei den Fortzügen an. Per Saldo blieben aber mehr Männer als Frauen in Deutschland. Auch nach dem Alter verteilen sich die Wanderungen von Deutschen weit gleichmäßiger als diejenigen von Ausländern. In der Altersverteilung spiegelt sich – neben der Arbeitsmigration – eine Familien- und Ruhesitzwanderung wider. In den letzten Jahren zeigt sich allerdings, dass die Abwanderung von Personen im Alter von 20 bis 40 Jahren gestiegen ist. Die zugenommene Abwanderung von Deutschen in dieser Altersgruppe wird immer weniger durch die abgeschwächte Zuwanderung von Deutschen insgesamt kompensiert.

5.2 Einschätzung der künftigen Wanderungsentwicklung

Zur Einschätzung der künftigen Wanderungsentwicklung ist einerseits von Interesse, wie sich das Wanderungsverhalten von Deut-

schen entwickeln könnte. Andererseits ist aufgrund des größeren Migrationsaufkommens der Ausländer von besonderem Interesse, welche demographischen Veränderungen in den für Deutschland relevanten Herkunftsregionen erwartet werden können. Die demographische Entwicklung in diesen Ländern zeigt ein mögliches Potenzial an Migranten auf. Demographische Veränderungen sind für das Wanderungsverhalten allein nicht ausschlaggebend, im Gegensatz zu wirtschaftlichen, politischen oder ökologischen Entwicklungen aber besser abschätzbar.

Zwischen Deutschland bzw. den entwickelten Staaten in der EU und den Ländern an der europäischen Peripherie besteht zumeist ein demographisches und ökonomisches Gefälle. Das Pro-Kopf-Einkommen in Südosteuropa, den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, der Türkei, Nordafrika und dem Nahen Osten beläuft sich durchschnittlich auf rund ein Fünftel des Niveaus in der EU-15. Mit Ausnahme der osteuropäischen Länder besteht jedoch ein erhebliches Gefälle zwischen dem Bildungs- und Ausbildungsniveau in diesen Ländern und den Ländern der EU. Die Bereitschaft der EU, die Arbeitsmärkte vollständig zu öffnen, dürfte daher eher gering sein. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass selbst bei einem hohen Einkommensgefälle in der Regel immer nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in den Herkunftsländern bereit ist zu wandern. Zudem beschränken auch in mehr entwickelten Ländern hohe Wanderungskosten die Möglichkeiten zur Migration für breite Bevölkerungsteile.

Die ausländischen Zuwanderer in Deutschland kommen vor allem aus Ost- und Südosteuropa sowie der Türkei. Die Bevölkerung Osteuropas (das nach UN-Definition die zehn Staaten Bulgarien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Tschechien, Ukraine, Ungarn und Weißrussland umfasst) nimmt bereits seit Anfang der 1990er Jahre ab. Die kontinuierliche Abnahme wird bis zum Jahr 2050 zu einem Bevölkerungsrückgang von 310 Mio. auf 224 Mio. um 25% führen. Die von der Abwanderung potenziell besonders stark betroffene Altersgruppe der etwa

20- bis 40-Jährigen wird in diesem Zeitraum von 70 Mio. auf 35 Mio. sogar um 50% abnehmen. Der überproportional starke Rückgang der jüngeren Altersgruppen führt dazu, dass das Medianalter bis zum Jahr 2050 auf über 47 Jahre steigt (Statistisches Bundesamt 2006:50). Zukünftig werden in den osteuropäischen Ländern weniger junge Arbeitskräfte verfügbar sein. Damit könnte auch die Arbeitsplatzsuche als zentrale Abwanderungsursache an Relevanz verlieren. Um die Arbeitsmigration zu begrenzen, reicht ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot jedoch nicht aus. Bei signifikanten Unterschieden im Lohnniveau und sonstigen Beschäftigungsbedingungen sowie strukturellem Arbeitskräftedefizit in Deutschland könnte die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem Jahr 2011 daher zu einer verstärkten und längerfristig anhaltenden Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Staaten führen.

Vor allem die neuen Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien verzeichnen als Folge der Umbruchsituation seit Anfang der 1990er Jahre ein negatives Bevölkerungswachstum. In beiden Ländern zählt die Geburtenziffer von 1,31 bzw. 1,30 im Jahr 2005 zu den niedrigsten weltweit. Auch zukünftig werden beide Länder ein negatives natürliches Bevölkerungswachstum aufweisen, das sich im Zeitverlauf weiter verstärkt und das durch Zuwanderung nicht kompensiert werden dürfte. Beide Staaten verzeichnen bis 2050 starke Bevölkerungsrückgänge: Bulgarien von 7,6 Mio. auf 4,9 Mio. um 35% und Rumänien von 21,4 Mio. auf 15,9 Mio. um 26%. In beiden Ländern wird der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgehen und in Bulgarien sogar deutlich unter den Durchschnitt innerhalb der EU fallen. Gleichzeitig steigt das Medianalter: in Bulgarien von 40,8 auf 52,3 und in Rumänien von 36,7 auf 51,4 Jahre, womit das mittlere Alter in Deutschland von 49,4 deutlich übertroffen wird. Beide Staaten werden in Zukunft daher sowohl ein abnehmendes als auch ein relativ altes Erwerbspersonenpotenzial verzeichnen. Die erwartete demographische Entwicklung spricht somit gegen eine starke Abwanderung nach Deutschland. Von Eurostat (2006) wird für beide Länder allerdings bis

2050 ein negativer Wanderungssaldo angenommen. Offensichtlich wird unterstellt, dass sich die sozioökonomischen Bedingungen nur sehr langsam verbessern. Wie für andere osteuropäische Länder könnten daher auch für diese beiden Staaten Arbeitsmarktgründe ursächlich für die Abwanderung sein. Dies könnte zu einem positiven Wanderungssaldo mit der südosteuropäischen Region führen, der sich größenmäßig aber in Grenzen halten dürfte. Gleiches dürfte auch für die Balkan-Staaten Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien gelten. Eine demographische Sondersituation weist allein Albanien auf.

Das demographisch entgegen gesetzte Bild zeigt sich für die Türkei, für die eine Bevölkerungszunahme um gut ein Drittel (38%) von heute 75 Mio. auf 99 Mio. im Jahr 2050 erwartet wird. Aufgrund der Fertilitätsabnahme von 2,14 auf 1,86 im Jahr 2025 nimmt das Bevölkerungswachstum mit der Zeit jedoch an Intensität ab. Die Bevölkerungszunahme in der potenziell besonders aktiven Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen wird von derzeit 19,5 Mio. nur auf rund 20 Mio. (+2%) im Jahr 2050 steigen (Statistisches Bundesamt 2006:50). Der Anteil an allen Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 und 59 Jahren wird sich sogar von 63,5% auf 58,0% verringern, den Anteil von Deutschland mit 49,4% aber deutlich übersteigen (UN 2007:59ff.). Gleichzeitig wird die Bevölkerung allmählich altern: Im Jahr 2050 wird die Hälfte der Bevölkerung 40,7 Jahre alt sein. Damit wird das mittlere Alter allerdings immer noch unter dem von Deutschland mit 42,1 Jahren im Jahr 2005 liegen.

Hinsichtlich der demographischen Entwicklung sind zwei weitere Aspekte zu bedenken. Erstens wird die Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen in Deutschland dann sinken, wenn die gleiche Altersgruppe in der Türkei auf hohem Niveau verharrt. Zweitens ist die Geburtenrate in der Türkei räumlich ungleich verteilt. Die östlichen Regionen weisen eine deutlich höhere Geburtenrate auf als die Westtürkei. Sozioökonomische Disparitäten innerhalb des Landes beeinflussen die Migrationsströme, und

das hohe Geburtenniveau bewirkt eine hohe demographische Dynamik und einen zusätzlichen Abwanderungsdruck (Bucher/Mai 2006:319). Hinzu kommt, dass die Türkei bisher das mit Abstand bedeutendste Herkunftsland von Zuwanderern in Deutschland war. Umgekehrt war Deutschland bisher das mit Abstand bedeutendste Zielland für Migranten aus der Türkei. Vor dem Hintergrund der vielfältigen sozioökonomischen Verflechtungen ist davon auszugehen, dass die Türkei als Herkunftsland von Zuwanderern, und dies schließt Arbeitsmigration, Familiennachzug, Asylmigration und illegale Migration mit ein, auch weiterhin eine große Bedeutung für Deutschland haben wird. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass bildungsferne Schichten aus peripheren Räumen mit traditionellen Wertvorstellungen die türkische Arbeitsmigration nach Deutschland stark geprägt haben und die Integrationsprobleme der zweiten und dritten Generation eine Folge der vergangenen „Gastarbeitermigration" sind. Da die Kettenmigration (Zuzug von Ehepartnern, Verwandten, Freunden und Bekannten) weiterhin von großer Bedeutung ist, stellt nicht die Migration allgemein, sondern die sich selbst verstärkende selektive Migration aus der Türkei ein Problem für die deutsche Migrations- und Integrationspolitik dar.

Zu den Regionen, die bisher keine umfangreiche Zuwanderung nach Deutschland aufweisen, in denen aber die demographische Entwicklung zu hohem Abwanderungsdruck führen kann, gehört Nordafrika, das nach UN-Definition die Staaten Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Westsahara, Sudan und Tunesien umfasst. Die Bevölkerung Nordafrikas wird um rund zwei Drittel (+63%) von heute 191 Mio. auf 310 Mio. im Jahr 2050 zunehmen. Die potenziell besonders aktive Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren wird sich im gleichen Zeitraum um ein Drittel (+33%) von derzeit 50 Mio. auf 66 Mio. erhöhen (Statistisches Bundesamt 2006:51). Die Hälfte der Einwohner Nordafrikas wird im Jahr 2050 jünger als 38 Jahre sein (UN 2007:65ff.). Europäische Hauptzielländer der Migration aus Nordafrika sind aufgrund der kolonialen Vergangenheit Frankreich und Spanien.

Deutschland hatte nur mit Marokko (1963) und mit Tunesien (1965) ein Anwerbeabkommen geschlossen und wies zeitweise einen relativ hohen Wanderungssaldo gegenüber diesen Staaten auf. Wie sich die Wanderungsströme aus Nordafrika künftig entwickeln, ist nicht vorhersehbar. Das mit Ausnahme von Tunesien starke Bevölkerungswachstum in den nordafrikanischen Staaten dürfte jedoch zu einem anhaltenden Abwanderungsdruck führen, dessen primäres Ziel allein schon aus geographischen Gründen Europa bzw. die EU-Staaten sein könnten.

Gleiches gilt auch für die Staaten des Nahen Ostens Libanon, Syrien und Jordanien. Für Migranten aus diesen Ländern war Deutschland in der Vergangenheit jedoch kein bevorzugtes Zielland. Im Jahr 2006 betrug deren Zahl in Deutschland 39.380 bzw. 28.099 bzw. 7.981 Personen. Dagegen könnte für potenzielle Migranten aus dem Iran und dem Irak Deutschland von Interesse sein, da hier bereits große Gemeinschaften leben. Mit 73.561 Menschen im Jahr 2006 weist Deutschland die größte Gemeinschaft an Irakern in Europa auf.

5.3 Annahmen zur künftigen Wanderungsentwicklung

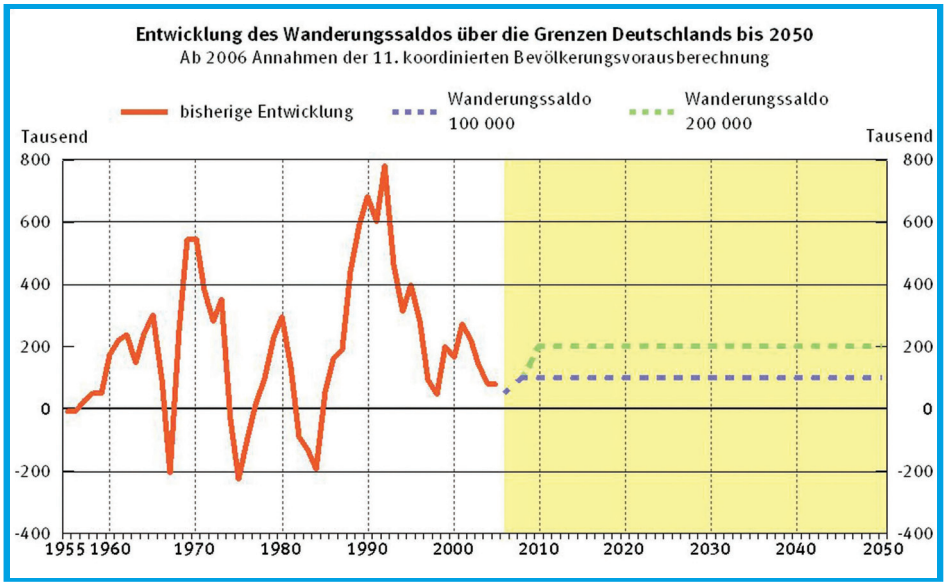
Zwischen Deutschland und den ost- bzw. südosteuropäischen Ländern bestehen mehr oder weniger große sozioökonomische Unterschiede. Spätestens ab 2011 besteht für die der EU im Jahr 2004 neu beigetretenen Staaten auch in Deutschland vollständige Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Bei weiterhin vorliegenden sozioökonomischen Unterschieden dürfte eine Zuwanderung aus diesen Staaten wahrscheinlich sein. Das Zuwanderungspotenzial ist jedoch begrenzt, da in diesen Staaten ebenfalls ein demographisch bedingter Rückgang an jüngeren Arbeitskräften zu erwarten ist.

Zwischen Deutschland und den Ländern der südlichen Mittelmeeranrainer besteht nicht nur ein erhebliches sozioökonomisches, sondern auch ein demographisches Gefälle. Die Türkei und die Staaten Nordafrikas

werden auch in den kommenden Jahrzehnten wachsende junge Bevölkerungen haben, in denen es beim Fehlen ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu einem verstärkten Wanderungsdruck kommen dürfte. Dieser muss mit Blick auf die nordafrikanischen Länder nicht zwangsläufig zu einer Zuwanderung nach Deutschland führen, würde jedoch ein Migrationspotenzial begründen. Dem steht in Deutschland ein schrumpfendes und älter werdendes Erwerbspersonenpotenzial gegenüber, so dass bei einem strukturellen Arbeitskräftedefizit ab etwa 2015 eine verstärkte Nachfrage nach gut ausgebildeten ausländischen Arbeitskräften entstehen kann. Eine Migrationspolitik, welche die demographische Bevölkerungsstruktur Deutschlands beeinflussen will, muss die Voraussetzungen hierfür vorausblickend schaffen. Der Beitrag der Migration zur Bewältigung des demographischen Wandels wird umso höher ausfallen, je besser es gelingt, eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Migranten zu gewinnen und diese in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu integrieren.

In der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2006:52) wird von einem positiven Wanderungssaldo von 100.000 bzw. 200.000 Personen ausgegangen. Die Spanne zwischen beiden Annahmen berücksichtigt den langjährigen Durchschnitt der Außenwanderung. Dieser betrug zwischen 1951 und 2005 179.000 und zwischen 1996 und 2005 159.000 Personen. Die Spanne bildet somit einen Korridor, innerhalb dessen sich das zukünftige Wanderungsgeschehen vollziehen dürfte. Die tatsächlichen Wanderungen dürften auch weiterhin aus einer Vielzahl von Gründen Schwankungen unterliegen und von rechtlichen Regelungen beeinflusst sein, so dass die angenommenen Werte nur als langjährige Durchschnitte zu verstehen sind. Die Gesamtzahl der per Saldo zugewanderten Personen würde sich im Zeitraum von 2006 bis 2050 bei einem Wanderungssaldo von 100.000 auf 4,4 Mio. und bei einem Wanderungssaldo von 200.000 auf 8,6 Mio. Personen belaufen (siehe Abbildung 29).

Abbildung 29: Entwicklung des Außenwanderungssaldos Deutschlands bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 53).

Damit ergeben sich für die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands mehrere Effekte. Zum einen dominieren die Zu- und Fortzüge von Ausländern das Wanderungsgeschehen. Die Zuwanderung von Spätaussiedlern dürfte weiter auf niedrigem Niveau verbleiben. In Zukunft dürfte der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung weiter zunehmen. Zum anderen sind die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Personen im Durchschnitt jünger als die fortziehenden. Daraus resultiert für die in Deutschland verbleibende Bevölkerung ein „Verjüngungseffekt", der durch die von Migrantinnen geborenen Kinder verstärkt wird. Schließlich wird durch den positiven Wanderungssaldo die Bevölkerungsabnahme abgeschwächt. Gleichwohl verringert sich bis 2050 bei einem Wanderungssaldo von 100.000 Personen pro Jahr die Bevölkerung von 82,3 Mio. auf 68,7 Mio. um 16,6% und bei einem Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr von 82,3 Mio. auf 74,0 Mio. immerhin noch um 10,3%.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die getroffenen Wanderungsannahmen eintreten, ist schwer zu beurteilen. Denkbar sind auch höhere Wanderungssalden, wobei mehrere Ursachen eine Rolle spielen könnten. Auf globaler Ebene könnten erstens fortschreitende Globalisierungsprozesse eine Zunahme der Arbeitsmigration bewirken, was auch einen Anstieg der temporären Migration von Deutschen zur Folge hätte. Zweitens könnte sich aufgrund der globalen Bevölkerungszunahme der Migrationsdruck erhöhen. Der Anteil von Migranten an der Weltbevölkerung dürfte sich dann nicht verringern, sondern würde das bisherige Niveau von etwa 3% überschreiten. Drittens könnte der Zusammenhang von natürlichem Wachstum und Nettomigrationsrate enger werden. Auf regionaler Ebene könnten Handlungsoptionen einer demographisch optimierten Zuwanderungssteuerung zur Kompensation des demographischen Wandels in den Industriestaaten an Bedeutung gewinnen. Die demographische Entwicklung der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens, Europas wichtigste Nachbarn, wird einen wachsenden Einfluss auf potenzielle Migrationsströme in der Mittelmeerregion haben. Wenn mit der Einführung der Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ein wachsender Arbeitskräftebedarf bei gleichzeitigem Rückgang an jüngeren und qualifizierten Erwerbspersonen spürbar werden sollte, könnte in Zukunft Deutschland einen Wanderungssaldo am oberen Rand des Korridors aufweisen. Gleichzeitig werden Europa bzw. die EU verstärkt gefordert sein, Einfluss auf die Entwicklung zunehmender demographischer Ungleichgewichte zu nehmen und die Migration durch entsprechende Konzepte zu steuern.

Literatur

Bähr, Jürgen (1997[3]): Bevölkerungsgeographie. Stuttgart: Ulmer.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Hrsg. (2005): Daten – Fakten – Trends. Deutschland im Europäischen Vergleich. Berlin.

Berger, Peter A./Kahlert, Heike (2006): Das „Problem" des demographischen Wandels. In: Dies. (Hrsg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/Main: Campus, 9-24.

Bucher, Hansjörg/Mai, Ralf (2006): Bevölkerungsschrumpfung in den Regionen Europas. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2006, S. 311-344.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2004): Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen - Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des BiB. Wiesbaden.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Fachkräfteentwicklung in Deutschland – Aktuelle Einschätzungen, künftige Herausforderungen und Maßnahmen der Bundesregierung. Berlin.

Bundesministerium des Innern, Hrsg. (2006): Migrationsbericht 2005. (Bearbeitung Stefan Rühl). Berlin.

Bundesministerium des Innern, Hrsg. (2007): Migrationsbericht 2006. (Bearbeitung Stefan Rühl). Berlin. (Manuskript).

Council of Europe (2005f): Recent demographic developments in Europe. Strasbourg: Council of Europe Publishing.

Deutscher Bundestag (1994): Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik." Bundestagsdrucksache 12/7876.

Deutscher Bundestag (1998): Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik." Bundestagsdrucksache 13/11460.

Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik." Bundestagsdrucksache 14/8800.

Diefenbach, Heike/Weiß, Anja (2007): Gutachten „Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung." München: Stelle für interkulturelle Arbeit, Sozialreferat und Statistisches Amt der Landeshauptstadt München.

Ehmer, Josef (2004): Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800 – 2000. München: Oldenbourg.

Eurostat (2005): Bevölkerungsvorausschätzungen 2004-2050. Pressemitteilung 48/2005 vom 8. April 2005.

Eurostat (2006): Bevölkerungsstatistik 2006. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat (2006a): Langfristige Bevölkerungsvorausschätzungen auf nationaler Ebene. Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen 3/2006.

Eurostat (2006b): Erste Bevölkerungsschätzungen für 2005. Statistik kurz gefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen 1/2006.

Fuchs, Johann (2006): Rente mit 67. Neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik. In: IAB Kurzbericht Nr. 16/2006. Nürnberg.

Fuchs, Johann/Dörfler, Katrin (2005): Projektion des Arbeitsangebots bis Anfang 2050 - Demographische Effekte sind nicht mehr zu bremsen. In: IAB Kurzbericht Nr. 11/2005. Nürnberg.

Fuchs, Johann/Schnur, Peter/Zika, Gerd (2005): Arbeitsmarktbilanz bis 2020. Besserung langfristig möglich. In: IAB Kurzbericht Nr. 24/2005. Nürnberg.

Global Commission on International Migration (2005): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.

Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle/Sommer, Bettina (2007): Bevölkerungsentwicklung 2005. In: Wirtschaft und Statistik 1/2007, 45-57.

Grünheid, Evelyn (2006): Die demographische Lage in Deutschland 2005. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 31:1, 3-104.

Grünheid, Evelyn/Roloff, Juliane (2000): Die demographische Lage in Deutschland 1999 mit dem Teil B „Die demographische Entwicklung in den Bundesländern – ein Vergleich." In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25:1, 3-150.

Han, Petrus (2006): Theorien zur internationalen Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Haug, Sonja/Sauer, Leonore (2006): Bestimmungsfaktoren internationaler Migration. Ein Überblick über Theorien zur Erklärung von Wanderungen. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst Migration und ethnische Minderheiten Band 2006/1. Informationszentrum Sozialwissenschaften: Bonn, S. 7-34.

Kalter, Frank (2003): Stand und Perspektiven der Migrationssoziologie. In: Orth, Barbara et al. (Hrsg.): Soziologische Forschung. Stand und Perspektiven. Ein Handbuch. Opladen: Leske & Budrich, 324-337.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen (Zeitraum 1. Mai 2004 – 30. April 2006). Brüssel.

Kreienbrink, Axel/Rühl, Stefan/Breustedt, Wiebke (2007): Familiennachzug in Deutschland. Studie im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Manuskript).

Lederer, Harald (2004): Indikatoren der Migration. Bamberg: efms.

Lestaeghe, Ron (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18:3, 313-354.

Luy, Marc (2004): Warum Frauen länger leben. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28:1, 5-36.

Mai, Ralf/Scharein, Manfred (2006): Effekte der Außenwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2006, S. 365-388.

Mau, Steffen (2006): Transnationalisierung von unten. Die Entgrenzung individueller Lebenswelten. In: WZB Mitteilungen Nr. 114, 40-43.

Mau, Steffen (2006a): Nationalstaatliche Entgrenzung und kosmopolitische Politisierung. WZB Working Paper P 2006-12. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Mau, Steffen/Mewes, Jan (2007): Transnationale soziale Beziehungen. Eine Kartographie der deutschen Bevölkerung. In: Soziale Welt 58:2, S. 203-222.

Meier-Braun, Karl-Heinz (2006): Der lange Weg ins Einwanderungsland Deutschland. In: Zuwanderung und Integration. Der Bürger im Staat 56:4, S. 204-208.

Opfermann, Heike/Grobecker, Claire/Krack-Roberg, Elle (2006): Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik. In: Wirtschaft und Statistik 5/2006, S. 480-494.

Roloff, Juliane/Schwarz, Karl (2002): Bericht 2001 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B „Sozio-ökonomische Strukturen der ausländischen Bevölkerung“. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27:1, 3-68.

Sauer, Leonore/Ette, Andreas (2007): Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 123. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden.

Schimany, Peter (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt/Main: Campus.

Schimany, Peter (2005): Die alternde Gesellschaft. Working Paper 4/2005. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Schulz, Reiner/Swiaczny, Frank (2005): Bericht 2005 zur Entwicklung der Weltbevölkerung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30:4, 409-453.

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006a): Geburtenentwicklung in Deutschland im langfristigen Vergleich. Pressemitteilung vom 17. März 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006b): Im Jahr 2050 doppelt so viele 60-Jährige wie Neugeborene. Pressemitteilung vom 7. November 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen, Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006d): Intensive Vorbereitung des registergestützten Zensus beginnt. Pressemitteilung vom 29. August 2006. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006e): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006f): Strukturdaten zur Migration in Deutschland 2004. Wiesbaden.

Swiaczny, Frank (2005): Aktuelle Aspekte des Weltbevölkerungsprozesses. Regionalisierte Ergebnisse der UN World Population Prospects 2004. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 117. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wiesbaden.

Swiaczny, Frank (2006): Internationale Wanderung als globales Phänomen und seine Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den Industrie- und Entwicklungsländern. In: Ders./Haug, Sonja (Hrsg.): Neue Zuwanderergruppen in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungsforschung Heft 118, S. 127-157. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Swiaczny, Frank/Gückel, Bernhard (2006): Die Urbanisierung schreitet weiter voran – Ergebnisse der „World Urbanization Prospects 2005 Revision" der UN Population Division. In: BiB-Mitteilungen 4/2006, 24-26.

United Nations (2001): Replacement Migration. Is it a solution to declining and ageing populations? New York: United Nations.

United Nations (2005): World Population Prospects. The 2004 Revision. Highlights. New York: United Nations.

United Nations (2006): World Population Prospects. The 2004 Revision. Volume III. Analytical Report. New York: United Nations.

United Nations (2006a): Trends in total Migrant Stock. The 2005 Revision. New York: United Nations.

United Nations (2007): World population Prospects : The 2006 Revision. Highlights. New York : United Nations.

United Nations (2007a): World Population Prospects : The 2006 Revision. Population Ageing. New York : United Nations Population Division.

Van de Kaa, Dirk (1987): Europe's Second Demographic Transition. Population Bulletin Bd. 42. Washington (DC): Population Reference Bureau.

Impressum

Herausgeber:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90343 Nürnberg

Tel.: (911) 943-4815
Fax: (911) 943-4407
email: info@bamf.bund.de
Internet: www.bamf.de

Gesamtverantwortung:
Antje Kiss
Dr. habil. Peter Schimany

Layout:
Gertraude Wichtrey

Stand:
Oktober 2007
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
Nürnberg 2007

ISBN:
3-5807743-9-2

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.